

GESCHÄFTSBERICHT 2015

L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2011–2015 In Mio. EUR	2011	2012	2013	2014	2015
Bilanzsumme	67.991,94	70.629,81	70.682,10	70.190,09	73.294,92
Eigenkapital	2.368,79	2.516,15	2.616,91	2.714,68	2.765,31
Zinsüberschuss ¹	420,76	437,82	414,03	375,54	365,41
Jahresüberschuss	640,96	147,35	100,77	49,19	50,63

	2011	2012	2013	2014	2015
Kernkapitalquote ²	9,71 %	14,15 %	15,68 %	14,17 %	16,38 %
Kernkapitalquote fully phased-in ³	–	–	12,11 %	13,95 %	16,38 %
Gesamtkapitalquote	15,79 %	19,07 %	20,28 %	16,87 %	19,00 %
Eigenkapitalrendite	23,04 % ⁴	14,02 %	11,73 %	12,22 %	10,67 %
Cost-Income-Ratio	29,46 %	30,08 %	32,67 %	39,62 %	41,00 %

2015	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

¹ Betriebswirtschaftliche Betrachtung ² bis 2013 Basel II, ab 2014 CET1-Quote Basel III ³ CET1-Quote Basel III ⁴ Ohne Berücksichtigung der Auflösung der Vorsorgereserven gem. § 26a KWG a. F. und 340f HGB ermittelt

INHALT

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS	06
GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN	08
GESCHÄFTSFELDER	
L-Bank: Förderschub für Baden-Württemberg	10
Wirtschaftsförderung durch Eigenkapitalvergabe	11
Wirtschaftsförderung durch Standortentwicklung	12
Förderung durch Ausreichen von Finanzhilfen	13
Förderung durch Kreditfinanzierung	15
SCHWERPUNKTTHEMA	
Gründungsförderung bedeutet zukünftiges Wirtschaftswachstum	24
CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	41
LAGEBERICHT	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2015	44
Bericht des Verwaltungsrats	87
JAHRESABSCHLUSS	89

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner,

die Fördernachfrage ist so hoch wie noch nie in der Geschichte der L-Bank, und das, obwohl man es anders vermuten könnte. Denn der durch Förderkredite erzielbare Zinskostenvorteil ist wegen der Niedrigzinsphase derzeit eher gering. Trotzdem erreichten die zugesagten Kreditvolumen im letzten Jahr Höchstwerte. In die Wohnraumförderung flossen 2,2 Milliarden Euro, die Wirtschaft wurde mit 3,5 Milliarden Euro unterstützt. Ganz besonderen Raum nimmt dabei die Finanzierung von Gründern ein.

Eine gute wirtschaftliche Lage, attraktive Chancen in renommierten Unternehmen und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit – die Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg sprechen auf den ersten Blick nicht für die Gründung eines eigenen Unternehmens. Umso mehr freut uns die intensive Nutzung der Gründungsförderung. Das Fördervolumen ist 2015 auch hier sprunghaft um 24,7 Prozent gestiegen und erreichte einen neuen Höchstwert.

Dennoch war es für uns an der Zeit, eine Bestandsaufnahme zu machen. Sind wir mit unserer Existenzgründungsförderung gut aufgestellt? Wir investieren viel in unsere Gründerinnen und Gründer – seit 2011 hat die L-Bank rund 2,4 Milliarden Euro in die Unterstützung von Unternehmensgründungen investiert, mehr als jedes andere Förderinstitut, mehr als in jedem anderen Bundesland. Aber kommt das Geld auch an der richtigen Stelle an? Wir haben dazu eine Studie in Auftrag gegeben, die unsere Gründungsförderung und ihren volkswirtschaftlichen Nutzen genauer unter die Lupe nimmt.

Die Ergebnisse bestärken uns: Gründer in Baden-Württemberg gründen nicht, weil sie in Not sind, sondern weil sie eine Botschaft, eine Idee, ein Produkt, eine Mission haben. Selbstständigkeit ist für sie ein Instrument, um etwas zu bewegen! Eine spannende Erkenntnis: Mehr als 62 Prozent der Gründer wollen Eigenverantwortung übernehmen und ihr eigener Chef sein. Rund 35 Prozent der Gründer entdecken Marktlücken oder haben innovative Ideen, die sie verwirklichen.

Auch die volkswirtschaftlichen Effekte unserer Programme zur Existenzgründungsförderung sind beachtlich. Durch sie werden in den kommenden acht Jahren durchschnittlich 3.400 Arbeitsplätze neu geschaffen, wird zusätzliches Einkommen von 165 Millionen Euro jährlich erarbeitet und das baden-württembergische BIP um zusätzlich zum finanzierten Investitionsvolumen um mindestens 2,3 Milliarden Euro erhöht. Dabei wirken sie wie eine „Frischzellenkur“ für den Mittelstand, bringen mit dem Mut zur Chance neue Ideen an den Start.

Den Mut der Gründerinnen und Gründer machen wir öffentlich. Wir zeigen anhand von vier erfolgreichen Gründungsgeschichten, wie unterschiedlich das Wagnis Selbstständigkeit aussehen kann. Es sind vier ganz eigene, persönliche Geschichten – eines verbindet jedoch alle: der Mut. Der Mut, unternehmerisches Risiko einzugehen. Wir haben diese mutigen Geschichten in Comicform in Szene gesetzt. In jedem Comic gibt es Helden – unsere Helden sind die Gründer.

Wir in der L-Bank kämpfen darum, trotz der steigenden regulatorischen Anforderungen und der daraus resultierenden zusätzlichen Kostenbelastungen und Marktveränderungen auch in Zukunft für das Land und seine Bürger mit unserer Förderung starke Impulse geben zu können. Ich danke unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Weg mutig mit uns gehen und mit ihrem Engagement unsere erfolgreiche Bilanz erst möglich machen.



Dr. Axel Nawrath

Vorsitzender des Vorstands der L-Bank

GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



Die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg zu Beginn des Jahres 2016 ist sehr erfreulich. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, das Wachstum und vor allem die Exportkraft unserer Wirtschaft dagegen sehr hoch. Laut „Innovationsindex“ des Statistischen Landesamtes ist Baden-Württemberg innerhalb der EU sogar die Region mit der höchsten Innovationskraft. Diese Spitzenposition beruht vor allem auf den hohen Forschungsaufwendungen unserer industriellen Leitbranchen, vor allem des Fahrzeug- und Maschinenbaus. Und auch beim Technologietransfer in kleine und mittlere Unternehmen macht uns keiner so schnell etwas vor.

Eine zukunftsorientierte Wirtschaft braucht aber auch viele gut ausgebildete „Querdenker“ und junge, hungrige Unternehmerinnen und Unternehmer, die Chancen rasch ergreifen und Marktnischen schnell besetzen können. Gerade mit Blick auf die digitale Revolution wird es nicht genügen, Technik und Geschäftsmodelle nur in Trippelschritten voranzubringen. Wir brauchen vielmehr den Mut, auch völlig neue Geschäftsideen zu denken und auszuprobieren – sei es in den etablierten Unternehmen oder in Form von Start-ups.

Daher begrüße ich es sehr, dass die L-Bank den Themen „Innovation“ und „Existenzgründung“ besondere Aufmerksamkeit widmet. Innovationsfinanzierung und Gründungsförderung sind ganz wesentliche Teile des Fördergeschäftes der Staatsbank für Baden-Württemberg. Annähernd 3.000 Gründerinnen und Gründer wurden 2015 von der L-Bank unterstützt. Dabei ist das Fördervolumen gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel gestiegen und erreichte den sehr beachtlichen Wert von über 600 Millionen Euro.

Aus Geld allein entsteht allerdings noch kein Unternehmergeist. Denn letztlich geht es bei Unternehmertum und Selbstständigkeit auch um eine kulturelle Frage. Welches Bild haben wir von Menschen, die unternehmerische Wagnisse eingehen? Genießen sie in der Gesellschaft den Respekt, den sie verdienen? Und zwar nicht nur, wenn sie erfolgreich sind, sondern auch dann, wenn sie mit ihrem Start-up eine Bauchlandung hingelegt haben? Ich wünsche mir für Baden-Württemberg eine Kultur der zweiten und dritten Chance, wie sie in den USA schon seit langem selbstverständlich ist.

Eine Kultur der Wertschätzung des Unternehmertums lässt sich aber nicht „verordnen“. Sie muss wachsen. Politik und Gesellschaft können das Wachstum allenfalls anregen. Zum Beispiel indem wir an unseren Schulen mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge vermitteln, an unseren Hochschulen dem Thema „Gründung“ mehr Raum geben und indem wir erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer als Vorbilder würdigen.

Dabei denke ich an Menschen, die ihre Ideen mutig in die Tat umgesetzt haben, Verantwortung übernommen haben für Mitarbeiter und Kunden und die damit erfolgreich waren.

Nur mit Hilfe solcher Vorbilder, davon bin ich überzeugt, können wir am Ende ein gründerfreundliches Klima schaffen. Ein solches Klima aber brauchen wir, wenn wir auch in der Welt von morgen unsere wirtschaftliche Spitzenposition und unseren Wohlstand verteidigen wollen.



Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

L-BANK: FÖRDER- SCHUB FÜR BADEN- WÜRTTEMBERG

10,6 MRD. €

FÖRDERSCHUB
FÜR BADEN-
WÜRTTEMBERG

Als Förderbank des Landes lautet unser Auftrag, den Standort Baden-Württemberg voranzubringen und weiterzuentwickeln. Hierzu setzen wir im Fördergeschäft auf unser Vier-Säulen-Modell: Förderung durch Eigenkapitalvergabe, Förderung durch Standortentwicklung, Förderung durch Ausreichen von Finanzhilfen und Förderkredite zur Wirtschafts-, Wohnraum- und Infrastrukturfinanzierung. Als Förderbank bieten wir dem Land Baden-Württemberg mit unserer Bankinfrastruktur einen wichtigen Mehrwert, den es auch in Zeiten dauerhafter Niedrigzinsen und aufwändiger EZB-Regulatorik zu bewahren gilt. Vor diesem Hintergrund und den sich wandelnden Anforderungen unserer Förderkunden gilt es, unser Förderangebot weiterzuentwickeln und attraktiv zu gestalten.

DIE L-BANK IM 4-SÄULEN-MODELL

L-BANK – EINE SICH SELBST TRAGENDE BANKINFRASTRUKTUR

399.930

TELEFONISCHE
BERATUNGEN
DURCH UNSERE
ZENTRALEN
HOTLINES

FÖRDERUNG
DURCH
EIGENKAPITAL-
VERGABE

FÖRDERUNG
DURCH
STANDORT-
ENTWICKLUNG

FÖRDERUNG
DURCH
AUSREICHEN VON
FINANZHILFEN

FÖRDERKREDITE
ZUR
WIRTSCHAFTS-,
WOHNRAUM-,
INFRASTRUKTUR-
FINANZIERUNG

1. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DURCH EIGENKAPITALVERGABE: FÖRDERSCHUB FÜR VENTURE- UNTERNEHMEN

Das Land Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren stark dafür eingesetzt, Eigenkapitalfinanzierungen für junge innovative Unternehmen weiter zu verbessern. Die L-Bank leistet insbesondere mit ihrem Venture-Capital-Portfolio dazu einen wichtigen Beitrag. Als baden-württembergische Förderbank ist der regionale Fokus vorgezeichnet. Er ist ein entscheidender Vorteil für den Aufbau von spezifischem Know-how, das zur Risikominimierung und Erhöhung der Erfolgchancen führt.

Gemeinsam mit verschiedenen Partnern wurde in Baden-Württemberg für junge, schnellwachsende Unternehmen ein durchgängiges Angebot an Wagnisfinanzierungen etabliert, das zu einem der besten innerhalb Deutschlands zählt. Dieses gut aufeinander abgestimmte System ermöglicht es, die Unternehmen in den jeweils unterschiedlichen Entwicklungsphasen zu unterstützen. Die L-Bank spielt dabei entweder direkt oder indirekt als Gesellschafter von Finanzierungspartnern eine wichtige Rolle. So engagieren wir uns für Unternehmen in allen Lebensphasen und decken zusammen mit unseren Partnern alle Bedarfe ab. Der vom Land Baden-Württemberg zusammen mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG), der LBBW Venture Capital und der L-Bank 2009 initiierte Seedfonds BW ist als Side Fonds für Frühphaseninvestments des High-Tech Gründerfonds aktiv. In der Start-up-Phase greift der durch die MBG gemanagte VC-Fonds Baden-Württemberg.

Mit ihrem VC-Portfolio steht die L-Bank für die Expansionsphase bereit. Hier verfolgen wir eine klare Investitionsstrategie mit Fördercharakter. Das Portfolio konzentriert sich auf technologiestarke Unternehmen vor allem aus der Informations- und Kommunikationstechnologie. Um die Unternehmen in der kritischen Wachstumsphase noch effektiver unterstützen zu können, erhöhte die L-Bank zum Jahreswechsel 2014/2015 ihre Investitionsbereitschaft von 50 auf 100 Millionen Euro. Mit dieser klaren Fokussierung kann Baden-Württemberg bereits heute ein Erfolgsmodell für staatlich organisierte VC-Wachstumsfinanzierungen vorweisen.

Die Aufstockung des Teilportfolios hat sich als richtiger Schritt erwiesen. Bis Ende 2015 wurden bislang 52,1 Millionen Euro in zehn Unternehmen investiert. Von Dritten wurden weitere Investitionen in Höhe von 91,6 Millionen Euro mobilisiert, was dazu führte, dass diese zehn Unternehmen im Jahr 2015 mehr als 150 Millionen Euro an Umsätzen erwirtschafteten und über 1.000 Mitarbeiter beschäftigten. Über alle VC-Aktivitäten der L-Bank hinweg flossen im vergangenen Jahr 14,8 Millionen Euro an Wagniskapital in wachstumsorientierte Unternehmen.

14,8 MIO. €

AN VENTURE-CAPITAL

FÖRDERSCHUB
DURCH VC FÜR
ÜBER

1.000
ARBEITSPLÄTZE

2. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DURCH STANDORTENTWICK- LUNG: FÖRDERSCHUB FÜR UNSERE TECHNOLOGIEPARK- UNTERNEHMEN

253
BETRIEBE

10.118
MITARBEITER

AUF RUND
200.000
QUADRATMETERN

Wenn Unternehmen wachsen und investieren wollen, wenn sie Innovationen voranbringen wollen, ist vielfach der klassische Förderkredit die beste Lösung. Förderkredite und die Zuschüsse des Landes sind daher die tragenden Säulen des Finanzierungsangebots der L-Bank für den Mittelstand. Unser Ziel ist es, der Wirtschaft Baden-Württembergs auch darüber hinaus Impulse zu geben, indem wir ein Umfeld schaffen, das den kleinen und mittleren Unternehmen weitere Spielräume für ihre Entwicklung eröffnet. Die Standortentwicklung ist diese weitere Säule im Förderangebot der L-Bank. In den vergangenen Jahren baute sie als Investor auf bisherigen Brachflächen ein Raumangebot für technologieorientierte Unternehmen. Mit dem Ziel, mit diesen Technologieparks ein Umfeld zu schaffen, das den dort angesiedelten kleinen und mittleren Betrieben die Konzentration auf die Unternehmensziele in jeder Hinsicht erleichtern sollte. So entstanden der Technologiepark Karlsruhe (TPK), der Stuttgart Engineering Park (STEP) und der Technologiepark Tübingen-Reutlingen (TTR). Seit dem Start des ersten Parks 1993 (TPK) haben die Parkgesellschaften Investitionen in Höhe von 461 Millionen Euro getätigt.

Wir setzen auf die Stärken des einzelnen Zentrums und seines wirtschaftlichen Umfelds und setzen uns zum Ziel, diese Stärken individuell auszubauen. Wir bringen die verschiedensten Akteure aus unterschiedlichen Feldern der Wirtschaft und Wissenschaft durch unser Raumangebot zusammen. Damit sollen ein Austausch und eine Zusammenarbeit befördert werden, die Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beteiligten und die Region eröffnen. Ihren Mietern bietet die L-Bank die Möglichkeit, je nach betrieblicher Situation räumlich weiter zu wachsen oder, wenn es erforderlich ist, einen Teil des gemieteten Raums wieder abzugeben.

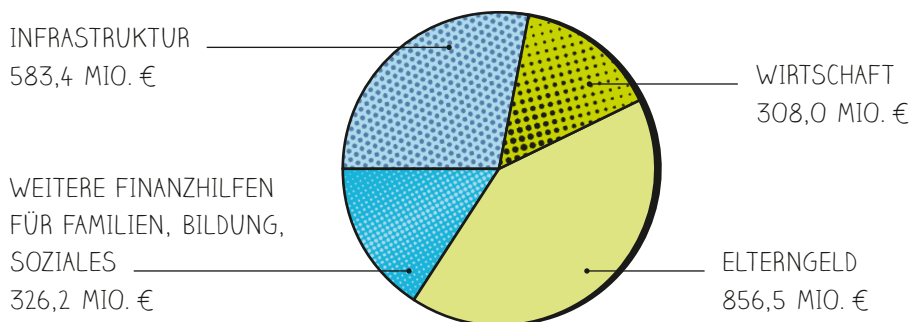
Durch diese Kombination von Service und thematischer Konzentration gelingt es uns, andere Investoren in die Parks zu holen, die mit eigenem Investitionskapital bauen und so eine Clusterbildung vorantreiben. Die Technologieparks der L-Bank sind über die Jahre kontinuierlich gewachsen. Mittlerweile bieten die drei Parks rund 200.000 Quadratmeter an Mietflächen. Die Auslastung des Raumangebots liegt seit Jahren durchgehend bei über 96 Prozent. In den Parks arbeiten 253 Unternehmen mit 10.118 Mitarbeitern – und damit bereits rund 900 Menschen mehr als noch vor einem Jahr.

Unser Parkkonzept ist demnach ein Erfolgsmodell. Aber auch erfolgreiche Konzepte müssen sich nach den aktuellen Anforderungen ausrichten und entwickeln. Künftig soll der Fokus mit unserem neuen Campus Concept auf gut etablierten Parks in Mittel- und Oberzentren mit Hochschulverbindung liegen, mit dem Ziel, diese bei der nächsten Ausbaustufe zu unterstützen. Hierbei setzen wir insbesondere auf unsere Stärke im bautechnischen Kombinieren von Labor- und Büroflächen – eine wichtige Anforderung für viele Hightech-Wachstumsunternehmen, bei der die meisten Investoren eher zurückhaltend agieren. Genau hier wollen wir mit unserem Know-how als Investor dazu beitragen, die vorhandenen starken Potenziale zu stärken.

Für all unsere Aktivitäten in dieser Säule steht uns ein revolvinges Investitionskapital von 130 Millionen Euro zur Verfügung. Damit bauen wir derzeit in allen drei bestehenden Technologieparks – in Reutlingen entsteht ein fünftes Gebäude, in Stuttgart wird der letzte Baustein gesetzt und auch in Karlsruhe wird neuer Entwicklungsraum für Unternehmen gebaut. Darüber hinaus wird mit dem Mannheim Medical Center der erste Baustein unseres neuen Campus Concepts gesetzt.

3. FÖRDERUNG DURCH AUSREICHEN VON FINANZHILFEN

FÖRDERSCHUB DURCH FINANZHILFEN



2,1 MRD. €
AN FINANZHILFEN

Bei vielen Zuschuss-Förderprogrammen von EU, Bund oder Land wird die L-Bank als Dienstleister beauftragt. So wird ein Großteil der vom Land Baden-Württemberg in den Feldern Wirtschaft, Infrastruktur sowie Familien, Bildung und Soziales bereitgestellten Finanzhilfen von der L-Bank vergeben. Mit einer Gesamtsumme von 2,1 Milliarden Euro konnten wir auch in dieser Säule einen Volumenrekord an ausgereichten Zuschüssen erzielen. Dabei übernimmt die L-Bank für das Land auf Wunsch als Komplettanbieter alle Teilschritte eines Förderverfahrens – von der Beratung und Antragsstellung über die Bewilligung und Prüfung bis zur Auszahlung. Das Prozedere ist sehr individuell und variiert je nach Programm. Manchmal kann es auch sein, dass wir lediglich den finanztechnischen Teil übernehmen und im Hintergrund bleiben, das Förderprogramm inhaltlich also von anderen Stellen im Land betreut wird. In allen Spielarten stellt die L-Bank ihre Bankinfrastruktur zur Verfügung, damit die Fördermittel mit dem geringstmöglichen verwaltungstechnischen Aufwand schnellstmöglich an ihr Ziel kommen. So haben wir einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass alle zugesagten EU-Mittel der Förderperiode 2007–2013 in Baden-Württemberg in Anspruch genommen werden konnten. Als eine Säule im Fördergeschäft der L-Bank müssen sich die Finanzhilfen selbst tragen. Deshalb wurden im Jahr 2015 die Themenfelder Vereinheitlichung der Kostenerstattung und Kostendeckung grundsätzlich mit dem Land Baden-Württemberg als Auftraggeber aufgegriffen. So wurden bestehende Förderprogramme neu verhandelt, teilweise auch gekündigt, aber auch sieben neue Verträge abgeschlossen.

FÖRDERSCHUB FÜR

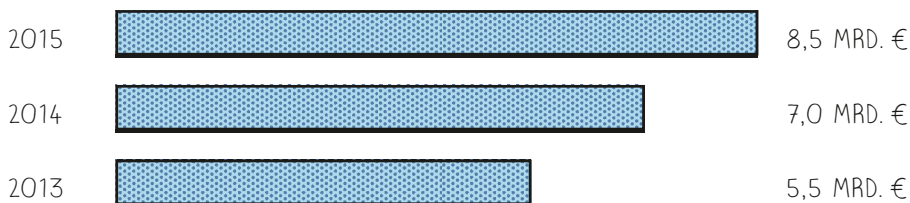
68.983
KINDER IN
SPRACHKURSEN
UND

Das bekannteste Produkt unter den Finanzhilfen ist das Elterngeld, für das 2015 mehr als 140.000 Anträge bei der L-Bank gestellt wurden. Als zentrale Vergabestelle von Elterngeld bieten wir den Familien in Baden-Württemberg einen vielfach gerühmten Service. Denn gerade in der Phase nach der Geburt ist für die Familien wichtig, dass sie mit ihren Fragen zur Förderung und den Anträgen nicht allein gelassen werden und so weit wie möglich vom bürokratischen Aufwand entlastet werden. In Summe konnte im vergangenen Jahr Elterngeld in Höhe von rund 860 Millionen Euro ausgegeben werden. Wenn ein vollständiger Antrag eingeht, kommt die Zusage innerhalb einer Woche. Um den Familien mit kleinen Kindern einen tollen Service zu bieten, können sie im kostenfreien Call-Center der L-Bank ihre Fragen stellen. Im vergangenen Jahr wurden 343.410 Beratungen durchgeführt, also 1.373 Telefonberatungen täglich. Zusätzlich können sich junge Eltern in Karlsruhe vor Ort in unserem Beratungszentrum beraten lassen, was Jahr für Jahr zwischen 6.000 und 7.500 Mütter und Väter zum persönlichen Gespräch nutzen.

16.643
KINDER BEI
HAUSAUFGABEN-
HILFEN

4. FÖRDERUNG DURCH KREDITFINANZIERUNG

FÖRDERKREDITE

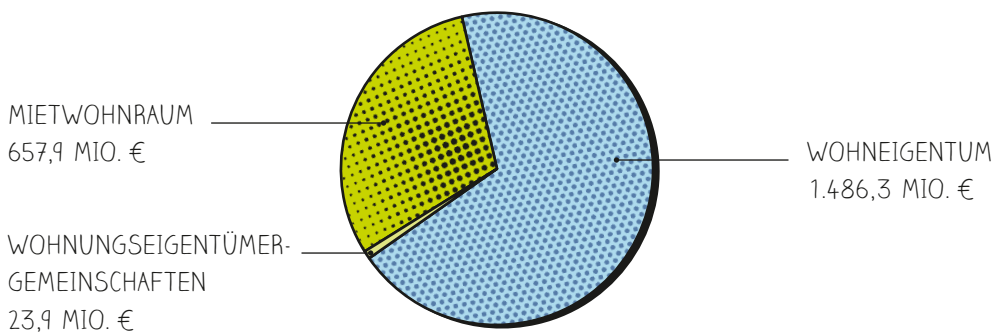


Förderdarlehen sind und bleiben vom Umfang her das wichtigste Instrument in unserem Förder-Werkzeugkasten. Unsere Darlehensangebote in der Wirtschafts-, Wohnraum- und Infrastrukturfinanzierung entwickeln wir dabei stetig weiter. Trotz des allgemein niedrigen Zinsniveaus hat die L-Bank in der Wirtschaftsförderung einen neuen Förderrekord aufgestellt und so viele Förderkredite ausgereicht wie noch nie.

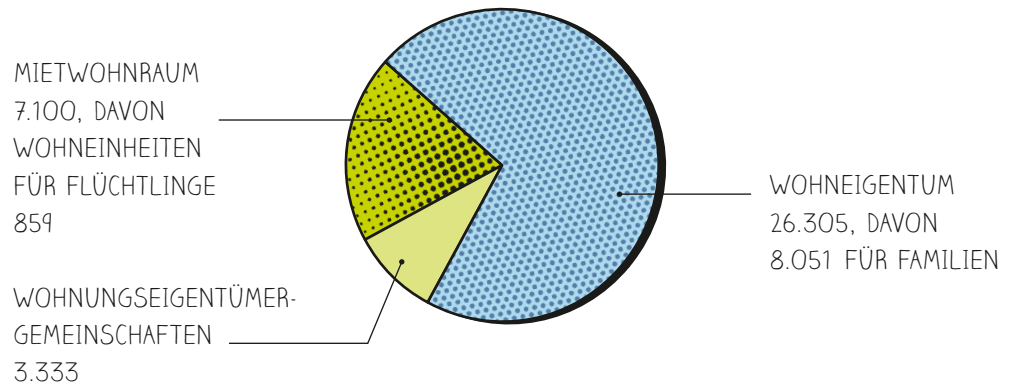
WOHNRAUMFÖRDERUNG – FRISCHE IMPULSE FÜR DEN SOZIALEN WOHNRAUM

Die L-Bank ist der größte Wohnraumfinanzierer unter allen Landesförderinstituten. Das Jahr 2015 zeichnete sich durch zahlreiche Programmverbesserungen in der Landeswohnraumförderung aus. Das hatte zur Folge, dass die Wohnraumförderung um über 9 Prozent gesteigert werden konnte. Die L-Bank vergab für den Bau, Erwerb und die Modernisierung von Wohnungen Kredite und Zuschüsse in Höhe von 2,2 Milliarden Euro.

WOHNRAUMFÖRDERUNG 2015 – 2,2 MRD. € VOLUMEN



WOHNRAUMFÖRDERUNG 2015 – 36.738 WOHN-EINHEITEN



Für den Bau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum wurden Kredite und Zuschüsse in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bewilligt. Bei der Finanzierung von Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG) wurden Kredite in Höhe von knapp 24 Millionen Euro für 3.333 Wohneinheiten ausgegeben. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in einer aktuellen von der L-Bank beauftragten Studie den Förderansatz für energetische Modernisierungen durch WEG, den Baden-Württemberg 2012 als erstes Bundesland einführte, untersucht. Die Absicherung der Kreditrisiken ist bei der WEG-Finanzierung der Schlüssel zum Erfolg, da diese in der Regel ein entscheidendes Finanzierungshemmnis darstellen. Im Rahmen des baden-württembergischen WEG-Förderprogramms können WEG zur Finanzierung energetischer Sanierungen deshalb bei der L-Bank Verbandskredite beantragen, die über eine Landesbürgschaft abgesichert werden.

FÖRDER-SCHUB FÜR

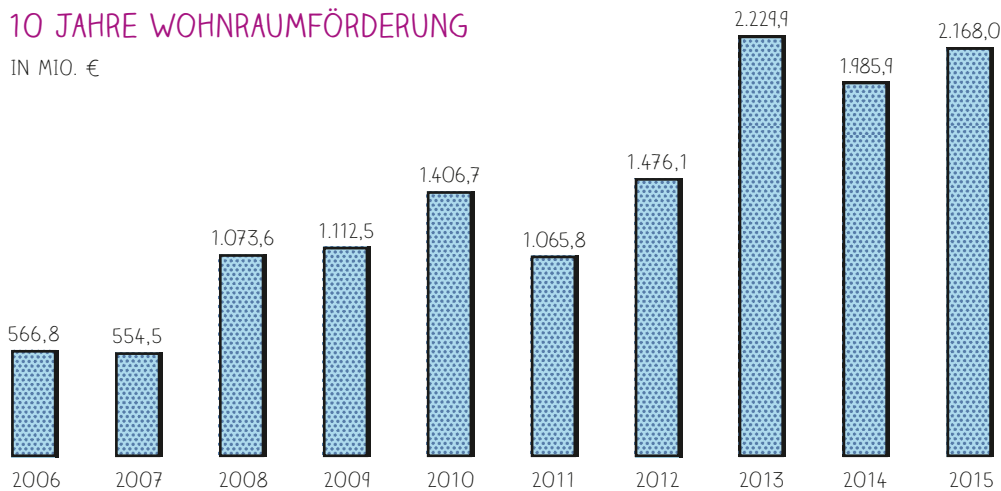
29.861

ENERGIEEFFIZIENTE
BAUVORHABEN

Sowohl die Studie als auch die stark wachsende Nachfrage bei der L-Bank bestätigen, dass dieses Modell den richtigen Hebel bietet, um die dringend anstehende Modernisierung älterer WEG-Immobilien auf den Weg zu bringen. Für WEG lohnt sich die Investition nicht nur wegen des Energieeinsparpotenzials und des höheren Wohnkomforts. Eine Modernisierung ist ein wesentlicher Beitrag zum Werterhalt der Immobilien und wird damit auch zu einem Baustein in der privaten Altersvorsorge.

10 JAHRE WOHNRAUMFÖRDERUNG

IN MIO. €



Um dem steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nachzukommen, wurde das Landeswohnraumförderungsprogramm nicht nur deutlich aufgestockt, sondern auch neu ausgerichtet. Insbesondere wegen des kurzfristig zu erwartenden stark ansteigenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum – gerade in den Verdichtungsräumen des Landes – lag der Schwerpunkt auf der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus.

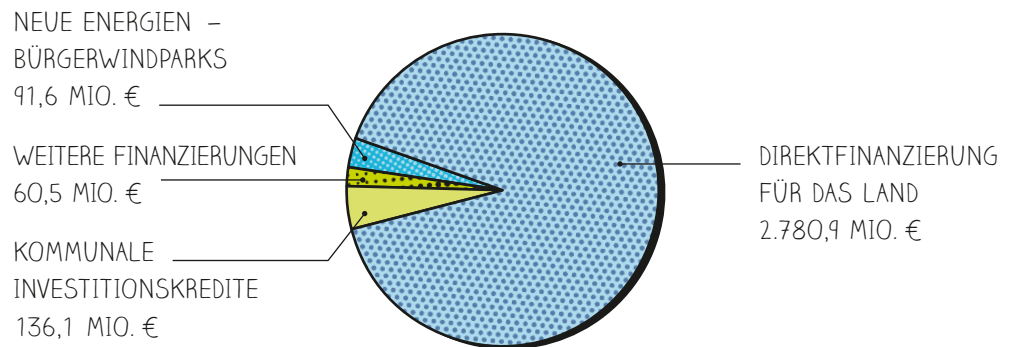
Nachdem die L-Bank bereits in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 3,0 Milliarden Euro an Förderkrediten für den Bau und die Modernisierung von Mietwohnungen im Land bereitgestellt hatte, kamen alleine 2015 rund 660 Millionen Euro für Mietwohnraum dazu.

Über das Landeswohnraumförderungsprogramm, das Programm Wohnraum für Flüchtlinge und die L-Bank-eigenen Programme für Mietwohnungsbau wurden 2015 auf diese Weise nahezu 7.100 Wohneinheiten errichtet und modernisiert. Mit dem zu Jahresbeginn 2015 eingeführten Zusatzprogramm Wohnraum für Flüchtlinge wurde den Kommunen ein schlankes Förderverfahren zur schnellen Milderung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt, das das bewährte Landeswohnraumförderungsprogramm zur Förderung von sozialem Wohnungsbau effektiv und temporär ergänzt. Durch den Einsatz ihrer effizienten Bankinfrastruktur konnte die L-Bank bei der gesellschaftlich so dringlichen Aufgabe der Flüchtlingsintegration einen Beitrag leisten.

386,7 MIO. €
UND

2.944
NEUE WOHN-
EINHEITEN
FÜR SOZIALEN
WOHNRAUM

INFRASTRUKTURFÖRDERUNG – FÖRDERSCHUB FÜR BÜRGERWINDPARKS



3,1 MRD. €
FÖRDERKREDITE FÜR
INFRASTRUKTUR

2015 war ein Rekordjahr beim Ausbau der Windkraft im Südwesten: so wurden im vergangenen Jahr mit knapp 150 Megawatt so viel Leistung zur Stromerzeugung mit Windkraft installiert wie noch nie. Mit 50 neuen Windrädern ist die installierte Leistung auf insgesamt fast 700 Megawatt gestiegen.

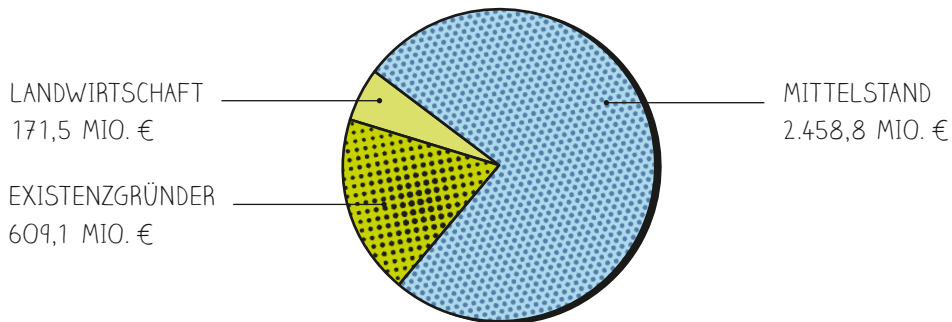
92 MIO. €
FÜR **25**
GEFÖRDERTE
WINDRÄDER

Innerhalb von Baden-Württemberg entwickelt sich die Region Hohenlohe mehr und mehr zum Boomstandort der Windkraft, denn allein in diese Region sind im Jahr 2015 schon über 80 Millionen Euro für Bürgerwindparks geflossen. Die Förderung der L-Bank stärkt wie in Hohenlohe insbesondere lokale Initiativen – Bürger können gemeinsam eine Windkraftanlage betreiben. Die Besonderheit, dass auch Genossenschaften gefördert werden können, erleichtert es vor allem den Kommunen, denn die Rechtsform schafft Akzeptanz bei den Bürgern und ermöglicht so eine Handlungsoption für die Gemeinden.

MIT EINER GESAMT-
LEISTUNG VON
75 MEGAWATT

In der allgemeinen Infrastrukturförderung bietet der Investitionskredit Kommune direkt den Kommunen Baden-Württembergs ein regelrechtes Allroundwerkzeug. Seine Vielseitigkeit zeigt sich gerade auch in der aktuellen Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung: Kommunen können damit schnell, flexibel und langfristig den Bau von Flüchtlingsunterkünften finanzieren.

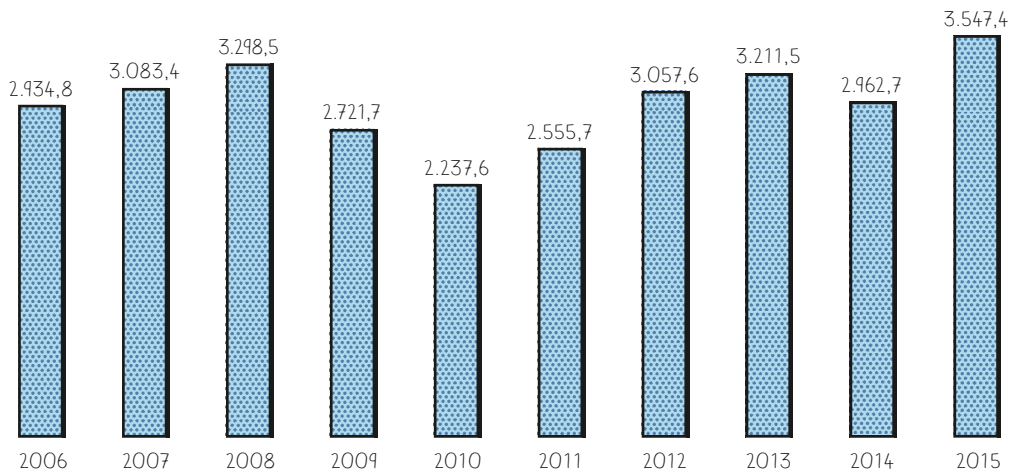
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG – FÖRDERREKORD FÜR GRÜNDER UND MITTELSTÄNDLER



Die Fördernachfrage war so hoch wie noch nie in der Geschichte der L-Bank – auch im Vergleich zur Entwicklung in anderen Bundesländern ist der Anstieg in Baden-Württemberg überdurchschnittlich. Die Entwicklung kann als Signal dafür gesehen werden, dass Baden-Württemberg als Standort sowohl für den Mittelstand als auch für junge Unternehmen attraktiv ist und die Förderangebote der L-Bank unternehmerische Wachstumspläne effektiv und effizient unterstützen.

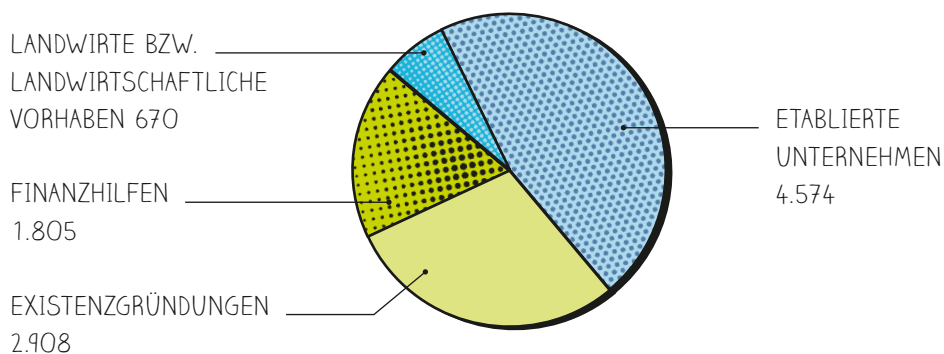
10 JAHRE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DURCH KREDITE UND ZUSCHÜSSE

IN MIO. €



Der baden-württembergische Mittelstand ist ein Jobmotor – und er wird dies auch bleiben. Dafür spricht die erfreuliche Entwicklung in den Förderprogrammen für Investitionsprojekte: Im L-Bank-Flaggschiffprodukt Wachstumsfinanzierung und in der Investitionsfinanzierung wurden zusammen 1,2 Milliarden Euro zugesagt, 9,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Über alle Programme der Mittelstandsförderung hinweg wurden mehr als 5.200 zinsgünstige Kredite an 4.574 Betriebe ausgereicht. Die Schaffung von ca. 6.400 neuen Arbeitsplätzen konnte so unterstützt, rund 216.000 Arbeitsplätze konnten nachhaltig gestärkt werden.

9.957 GEFÖRDERTE BETRIEBE



EFFEKTE UNSERER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG 2015

248.721 BESTEHENDE ARBEITSPLÄTZE ABGESICHERT



10.717 NEUE ARBEITSPLÄTZE UNTERSTÜTZT



Im Jahresverlauf 2015 haben wir unsere Förderangebote weiterentwickelt und ergänzt. Zum einen wurde ein eigener Förderschwerpunkt Innovation mit dem Kreditprogramm Innovationsfinanzierung und dem Bürgschaftsprogramm InnovFin 70 aufgebaut. Mit Blick auf die Herausforderungen, die der Mittelstand bei der Digitalisierung der Wirtschaft meistern muss, haben wir unser Portfolio erweitert. Speziell auf die Finanzierungsbedürfnisse dieser Problemstellung ausgelegt, schaffen die beiden kombinierbaren Instrumente neue Spielräume bei der Finanzierung von innovativen Produkten, Produktionsprozessen und Dienstleistungen. Zum anderen wurde gleich zu Beginn des Jahres 2015 die erfolgreiche Energieeffizienzfinanzierung für Mittelständler zur Ressourceneffizienzfinanzierung erweitert. Die neuen Facetten Materialeffizienz und Umwelttechnik fördern die Einsparung von betrieblichen Ressourcen und leiten Investitionen gezielt in den betrieblichen Umweltschutz. Mit diesem Programm unterstützt die L-Bank die Innovationsstrategie der Landesregierung, die großes Gewicht auf die Schonung von Ressourcen legt.

Eine gute wirtschaftliche Lage, attraktive Chancen in renommierten Unternehmen und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit – die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg sprechen nicht unbedingt für die Gründung eines eigenen Unternehmens. Erfreulicherweise wurde die Gründungsförderung trotzdem stark nachgefragt. Damit bestätigt sich die in der jüngst veröffentlichten GAW-Studie zur Gründungsförderung aufgezeigte Tendenz zur Chancengründung auch in den aktuellen Förderzahlen. Gründer müssen nicht, sie wollen gründen und tun dies auch. Das sind beste Voraussetzungen, sich am Markt dauerhaft zu etablieren. Das Fördervolumen ist 2015 sprunghaft um 24,7 Prozent gestiegen und erreichte 609 Millionen Euro. Annähernd 3.000 Gründer wurden von der L-Bank unterstützt. Kein anderes Landesförderinstitut vergibt Jahr für Jahr so viele Fördermittel für Gründer. Darauf sind wir stolz, unsere Gründungsförderung setzt sichtbar markante Akzente für unser Land.

609 MIO. €
FÜR GRÜNDER

FÖRDERUNG DURCH KREDITFINANZIERUNG: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015

FÖRDERKREDITE ZUR WOHNRAUM-, INFRASTRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	Zusagevolumen	Zusagen	
		8.476.456.792,89	35.133
	Zusagevolumen	Zusagen	Wohneinheiten
WOHNRAUMFÖRDERUNG	2.168.043.319,47	25.622	36.738*
Wohneigentumsförderung	1.486.329.567,70	24.747	26.305
Eigentumsfinanzierung - BW Inkl. Finanzierung Familienzuwachs - Optionsdarlehen (Landeswohnraumförderung)	261.713.751,17	1.829	1.233
Ergänzungsdarlehen	97.104.888,00	1.360	
Energieeffizienzfinanzierung – Bauen	529.390.306,18	9.679	10.745
Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren	228.233.902,10	3.912	5.791
Wohnen mit Kind	332.952.417,96	6.707	6.850
Wohnen mit Zukunft	36.746.355,29	1.256	1.684
Weitere Programme	187.947,00	4	2
Mietwohnraumförderung	657.858.215,11	694	7.100
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Neubau – MW15/MW25 (Landeswohnraumförderung)	96.513.190,82	130	852
Mietwohnungsfinanzierung – BW – Modernisierung (Landeswohnraumförderung)	16.162.000,00	22	319
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Neubau	136.600.000,00	119	2.075
Mietwohnungsfinanzierung L-Bank – Modernisierung	90.552.862,74	136	2.995
Ergänzungsdarlehen (Neubau/Modernisierung)	174.508.956,63	137	
Sonderfinanzierung	115.000.000,00	4	
Wohnraum für Flüchtlinge	28.521.204,92	146	859
Förderung für Wohnungseigentümer- gemeinschaften	23.855.536,66	181	3.333
WEG-Finanzierung (Landeswohnraumförderung)	23.855.536,66	181	3.333

* Die Gesamtsumme enthält Mehrfachzählungen, da die Programme zur Eigentumsfinanzierung teilweise kombiniert werden können.

FÖRDERUNG DURCH KREDITFINANZIERUNG: 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015

	Zusagevolumen	Zusagen	Unternehmen
INFRASTRUKTURFÖRDERUNG	3.069.069.464,48	179	
Investitionskredit Kommune direkt	136.095.790,00	142	
Direktfinanzierungen für das Land	2.780.917.327,34	19	
Neue Energien - Bürgerwindparks	91.576.000,00	12	
Weitere Finanzierungen	60.480.347,14	6	
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	3.239.344.008,94	9.332	8.151
Existenzgründungsfinanzierung	609.090.557,92	3.329	2.908
Startfinanzierung 80	51.539.402,90	968	957
Gründungsfinanzierung	557.551.155,02	2.361	1.951
Mittelstandsfinanzierung	2.458.788.732,23	5.276	4.573
Wachstumsfinanzierung	693.274.252,32	2.508	2.254
Nahverkehrsfinanzierung	14.675.000,00	346	155
Tourismusfinanzierung	4.626.500,00	16	16
Liquiditätskredit	94.946.555,50	419	406
Investitionsfinanzierung	473.329.899,00	784	650
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum	125.523.514,62	441	419
Ressourceneffizienzfinanzierung	496.099.900,00	649	592
Direktdarlehen und Konsortialfinanzierungen	332.027.802,63	25	20
Bürgerschaftsprogramm/Risikounterbeteiligungen	47.885.487,41	49	28
Mezzanine (MezzaFin/Beteiligungsgarantien)	1.941.903,00	7	7
Darlehen an Beteiligungen	9.377.917,75	11	7
Globaldarlehen	150.000.000,00	1	1
Refinanzierung Beteiligungsgesellschaften	4.350.000,00	8	8
Innovationsfinanzierung	10.730.000,00	12	10
Landwirtschaftsfinanzierung	171.464.718,79	727	670
Landwirtschaft Wachstum	85.539.078,79	490	456
Darlehen für Umwelt- und Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, Neue Energien	67.771.940,00	198	177
Darlehen für Betriebsmittel – Wachstum in Agrar- und Ernährungswirtschaft	18.153.700,00	39	37

GRÜNDUNGSFÖRDERUNG BEDEUTET ZUKÜNFTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM.

WAS MOTIVIERT MENSCHEN, EIN UNTERNEHMEN ZU GRÜNDEN? LASSEN SIE SICH IM VORFELD BERATEN? WELCHE ROLLE SPIELEN FÖRDERPROGRAMME? UND WIE GROSS IST DEREN VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG? SPANNENDE FRAGEN NICHT NUR FÜR EINE FÖRDERBANK. SEIT DER UMFANGREICHEN NEUSTRUKTURIERUNG DER GRÜNDUNGSFÖRDERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG ZUM JAHR 2011 FLOSSEN 2,4 MILLIARDEN EURO IN DIE UNTERSTÜTZUNG VON UNTERNEHMENS-GRÜNDUNGEN. KEIN ANDERES BUNDESLAND UNTERSTÜTZT EXISTENZGRÜNDER MIT EINER SO GROSSEN FÖRDERSUMME. DAHER BEAUFTRAGTE DIE L-BANK DIE GESELLSCHAFT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (GAW) UNTER DER WISSENSCHAFTLICHEN LEITUNG VON PROF. DR. FRIEDRICH SCHNEIDER, DIE EFFEKTE IHRER FÖRDERPROGRAMME FÜR GRÜNDER ZU ANALYSIEREN UND DAS GRÜNDUNGSUMFELD ZU HINTERFRAGEN. DAZU WURDEN ÜBER 11.500 FÖRDERFÄLLE DER JAHRE 2011 BIS 2014 SYSTEMATISCH AUSGEWERTET UND ZUSÄTZLICH RUND 300 GEFÖRDERTE GRÜNDER BEFRAGT. ERSTMALS WERDEN AUCH DIE AUSGELÖSTEN GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN EFFEKTE BESCHRIEBEN UND DER DAMIT VERBUNDENE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE NUTZEN WIRD BEZIFFERT. DIE STUDIE ZEIGT, DASS DURCH GEFÖRDERTE EXISTENZGRÜNDUNGEN DAS BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BRUTTOINLANDSPRODUKT SIGNIFIKANT ERHÖHT WIRD – DIE EXISTENZGRÜNDER VON HEUTE SETZEN SOMIT NACHHALTIGE WACHSTUMSIMPULSE FÜR DIE ZUKUNFT.

In unserer Studie betrachten wir die Programme Gründungsfinanzierung und Startfinanzierung 80 der L-Bank im Hinblick auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung für das Bundesland Baden-Württemberg. Analysiert wurde der Zeitraum 2011 bis 2014. Die Ergebnisse, die in dieser Studie ermittelt wurden, basieren auf zwei Informationsquellen: einer deskriptiven Analyse anonymisierter Unternehmensdaten, die die L-Bank zur Verfügung stellte, sowie einer Befragung, die im Sommer 2015 unter geförderten Unternehmen durchgeführt wurde und an der 286 Gründerinnen und Gründer teilnahmen. Um aus diesen Daten die volkswirtschaftlichen Effekte der Existenzgründungsförderung simulieren und quantifizieren zu können, passte die Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) ihr makro-ökonometrisches Regionalmodell auf die Gegebenheiten des Bundeslandes Baden-Württemberg an. Mit dessen Hilfe wurde die Wirtschaftsstruktur des Landes mit den zwischen den Branchen bestehenden Produktions- und Vorleistungsverflechtungen abgebildet. Im Folgenden greifen wir einige wichtige Aspekte der Studie heraus.

DIE STUDIE
FINDEN SIE UNTER
WWW.L-BANK.DE/
STUDIEN

BEDEUTEND FÜR DEN MARKT: DIE FÖRDERPROGRAMME DER L-BANK ERREICHEN DIE GRÜNDER.

Um die Relevanz der beiden Förderprogramme deutlich zu machen, vergleichen wir die Anzahl an Förderfällen mit der Gesamtzahl an jährlich in Baden-Württemberg beobachteten Gründungen: Dazu zählen im Folgenden Neugründungen mit wirtschaftlicher Substanz¹ sowie Umwandlungen und Übernahmen. Insgesamt stieg die Anzahl der Förderfälle sowohl bei der Gründungsfinanzierung als auch bei der Startfinanzierung 80 relativ stetig von 2.668 im Jahr 2011 auf 3.127 im Jahr 2014 an. Demgegenüber sank die Anzahl an Gründungen im gleichen Zeitraum von 26.315 (2011) auf 23.802 (2014). Berücksichtigt man, dass nur etwa 29 Prozent aller Gründungen fremdfinanziert sind (KfW, 2015) und somit überhaupt für eine Förderung in Frage kommen, so zeigt sich, dass bei mehr als 45 Prozent aller fremdfinanzierten Gründungen ein Förderdarlehen der L-Bank in Anspruch genommen wurde.

Die Bedeutung kann auch am Verhältnis zwischen den ausgereichten Darlehenssummen und den damit initiierten Investitionen festgemacht werden. Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 2011 bis 2014 mit einem geförderten Kreditvolumen von 1,7 Milliarden Euro Gründungsinvestitionen im Ausmaß von 2,5 Milliarden Euro ausgelöst. Das durchschnittliche Investitionsvolumen pro Förderfall betrug im Programm Gründungsfinanzierung zuletzt knapp 300.000 Euro bei einem durchschnittlichen Kreditvolumen von knapp 200.000 Euro. Im Programm Startfinanzierung 80, das sich durch eine Bürgschaft von 80 Prozent des Kreditvolumens bei gleichzeitiger Deckelung der Darlehenssumme auszeichnet, sind die Volumina naturgemäß geringer. Im Jahr 2014 betrug die durchschnittliche Kredithöhe 50.000 Euro. Damit wurde ein durchschnittliches Investitionsvolumen im Umfang von 65.000 Euro angeregt.

¹ Zu den Neugründungen mit wirtschaftlicher Substanz zählen alle neu gegründeten Personen- und Kapitalgesellschaften und auch Einzelunternehmen, sofern diese in das Handelsregister oder die Handwerksrolle eingetragen werden und/oder mindestens eine Arbeitnehmerin beschäftigen.

WSEWOLOD
GORNOWSKIJ

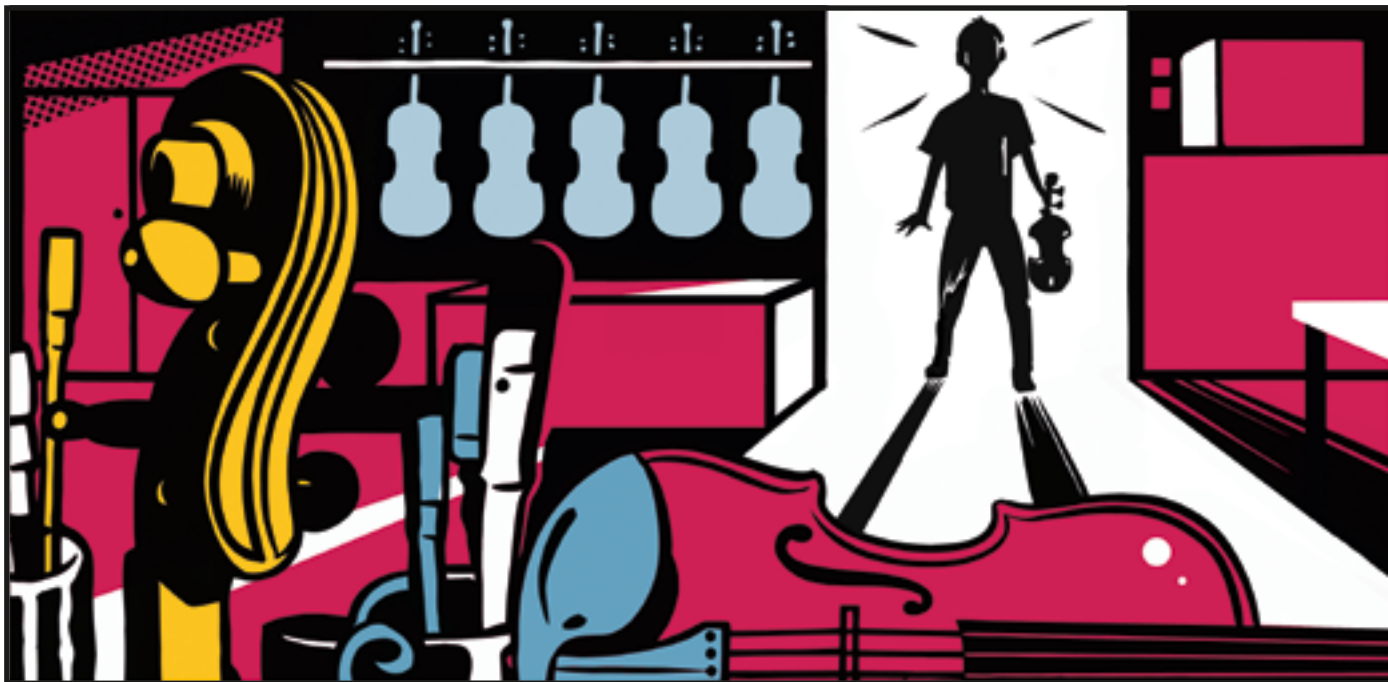
IN

DAS AUFZIEHEN NEUER SAITEN

SCHON
IN MEINER KINDHEIT
IN KASACHSTAN WAR
ICH GEPRÄGT VON
KLASSISCHER MUSIK.



ALS SOHN VON ZWEI BERUFSMUSIKERN BEKAM ICH MIT SIEBEN JAHREN MEINE ERSTE GEIGE. SIE WURDE ZU MEINER LEIDENSCHAFT UND BEGLEITETE MICH DURCH MEINE GESAMTE JUGEND UND IN MEIN MUSIKSTUDIUM.



INZWISCHEN WOHNTE ICH IN DEUTSCHLAND. EINES TAGES BRACHTE ICH MEINE GEIGE ZUR REPARATUR ZU EINEM GEIGENBAUER. ICH BETRAT DIE WERKSTATT UND WAR WIE VERZAUBERT: DER GERUCH DES HOLZES, DIE ELEGANZ DER HALBFERTIGEN GEIGENKÖRPER UND DIESE KONZENTRIERTE, RUHIGE HANDWERKSKUNST. MIR WURDE SCHLAGARTIG KLAR, DASS ICH GEIGENBAUER WERDEN WOLLTE, UND NICHTS KONNTE MICH DAVON ABHALTEN.



ICH BRACH MEIN STUDIUM AB UND ABSOLVIERT EINE AUSBILDUNG AN DER GEIGENBAUSCHULE MITTENWALD. KURZ DARAUF FAND ICH EINE ANSTELLUNG BEI EINEM MEISTER IN TÜBINGEN. ER WAR MIR EIN WAHRER MENTOR UND ZEIGTE MIR ALLES, WAS ER ÜBER DAS HANDWERK WUSSTE. ETWA EIN JAHR SPÄTER BEARBEITETE ICH BEREITS VIELE AUFTRÄGE EIGENSTÄNDIG, KANNT E SEINE KUNDEN GUT UND FÜHLTE MICH RICHTIG WOHL.

DA TEILTE ER MIR PLÖTZLICH MIT, DASS ER EINEN NACHFOLGER SUCHE, UND BOT MIR AN, SEINE WERKSTATT ZU ÜBERNEHMEN. EINE EIGENE WERKSTATT NACH EINEM JAHR BERUFSERF AHRUNG UND OHNE STARTKAPITAL.

ICH GRÜBELTE VIELE NÄCHTE LANG. MEIN VERSTAND SAGTE NEIN, DOCH MEIN BAUCH SAGTE JA. DANN WAR MIR KLAR: ICH MUSS DIESE CHANCE EINFACH NUTZEN. ICH FASSTE MEINEN GANZEN MUT UND ÜBERNAHM DIE WERKSTATT.



DAS WAR DIE BESTE ENTSCHEIDUNG MEINES LEBENS. ICH ARBEITE HART UND OFT BIS SPÄT IN DIE NACHT, DENN ZU MEINEM HANDWERK KAM VIEL ORGANISATORISCHES UND PAPIERKRAM HINZU. DOCH ICH LIEBE, WAS ICH TUE, UND INVESTIERE ALL MEINE KRAFT IN MEINE GRÖSSTE LEIDENSCHAFT.



WSEWOLOD GORNOWSKIJ IN TÜBINGEN

GEGEN ALLE URSPRÜNGLICHEN LEBENSPLÄNE HAT WSEWOLOD GORNOWSKIJ IN SEINER GEIGENBAUWERKSTATT SEINE SELBSTSTÄNDIGKEIT VERWIRKLICHT. MIT EINEM L-BANK GRÜNDERKREDIT AUS DEM PROGRAMM „STARTFINANZIERUNG 80“ ÜBERNAHM DER 32-JÄHRIGE GEBÜRTIGE RUSSLANDEUTSCHE AUS KASACHSTAN 2015 DEN BETRIEB SEINES LEHRHERRN IN DER TÜBINGER ALTSTADT: „ICH PLANE GERNE SEHR GENAU VORAU S. ABER MANCHMAL KOMMT ES EBEN ANDERS.“

WWW.GEIGENBAU-GORNOWSKIJ.DE

NUTZUNG VON GRÜNDUNGSFÖRDERUNG IST BRANCHENABHÄNGIG.

Eine Analyse der Verteilung von Förderfällen und Fördermitteln über die verschiedenen Branchen zeigt eine Dominanz dreier Branchen. Knapp 28 Prozent der Förderfälle und auch 28 Prozent des geförderten Kreditvolumens entfallen auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Weitere 18 Prozent der Förderfälle und über 20 Prozent des geförderten Kreditvolumens entfallen auf den Handel. Auf das verarbeitende Gewerbe (Industrie), einen im Bundesländervergleich in Baden-Württemberg besonders starken Sektor, entfallen 12 Prozent der Förderfälle und 19 Prozent des Kreditvolumens. Betrachtet man ausschließlich die Anzahl der Förderfälle, so liegt im Programm Startfinanzierung 80 das Sektor-konglomerat „Sonstige Dienstleistungen“ vorne.

Die beiden Förderprogramme der L-Bank wirken auf die Branchenstruktur ausgleichend. Dominante Branchen werden weniger stark als andere gefördert. Auf das verarbeitende Gewerbe entfallen 32 Prozent der Wertschöpfung, aber nur 19 Prozent des geförderten Kreditvolumens; auf den Handel hingegen nur 9 Prozent der Wertschöpfung, jedoch fast 21 Prozent des geförderten Kreditvolumens.

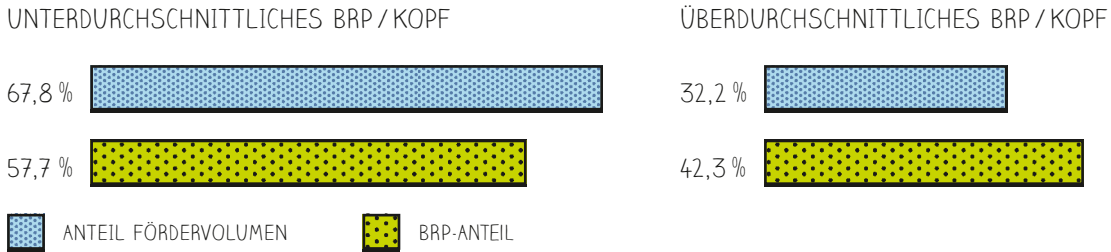
ALLE REGIONEN PROFITIEREN – ABER IN UNTERSCHIEDLICHEM AUSMASS.

In bemerkenswerter Weise ausgleichend wirken die beiden Förderprogramme hinsichtlich der regionalen Verteilung der Fördermittel. Abbildung 1 zeigt diesbezüglich die Verteilung des geförderten Kreditvolumens aus den L-Bank-Programmen und die Verteilung der Wirtschaftsleistung über Kreise mit über- und unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Insgesamt betrug das Bruttoregionalprodukt pro Kopf in Baden-Württemberg 2013 etwa 38.900 Euro, wobei 15 der 44 Kreise ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen und die restlichen 29 Kreise ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen. Abbildung 2 zeigt die regionale Verteilung nach Kreisen der im Studienzeitraum vergebenen Förderkredite an Existenzgründer in absoluter Höhe.

Mit etwas mehr als zwei Dritteln fließt der größte Teil des geförderten Kreditvolumens in Kreise mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Diese Kreise weisen in Summe zwar eine höhere Wirtschaftsleistung auf als die Kreise mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Der Anteil der Wirtschaftsleistung unterdurchschnittlicher Kreise ist jedoch geringer als der auf sie entfallende Anteil des Kreditvolumens. Die geförderten Kredite fließen daher in überproportionalem Ausmaß in Kreise mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftsleistung. Sie wirken somit ausgleichend und unterstützen vorwiegend das Wachstum der Wirtschaftsleistung diesbezüglich unterdurchschnittlicher Kreise.

REGIONALE VERTEILUNG DES FÖRDERVOLUMENS IN RELATION ZUR WIRTSCHAFTSKRAFT

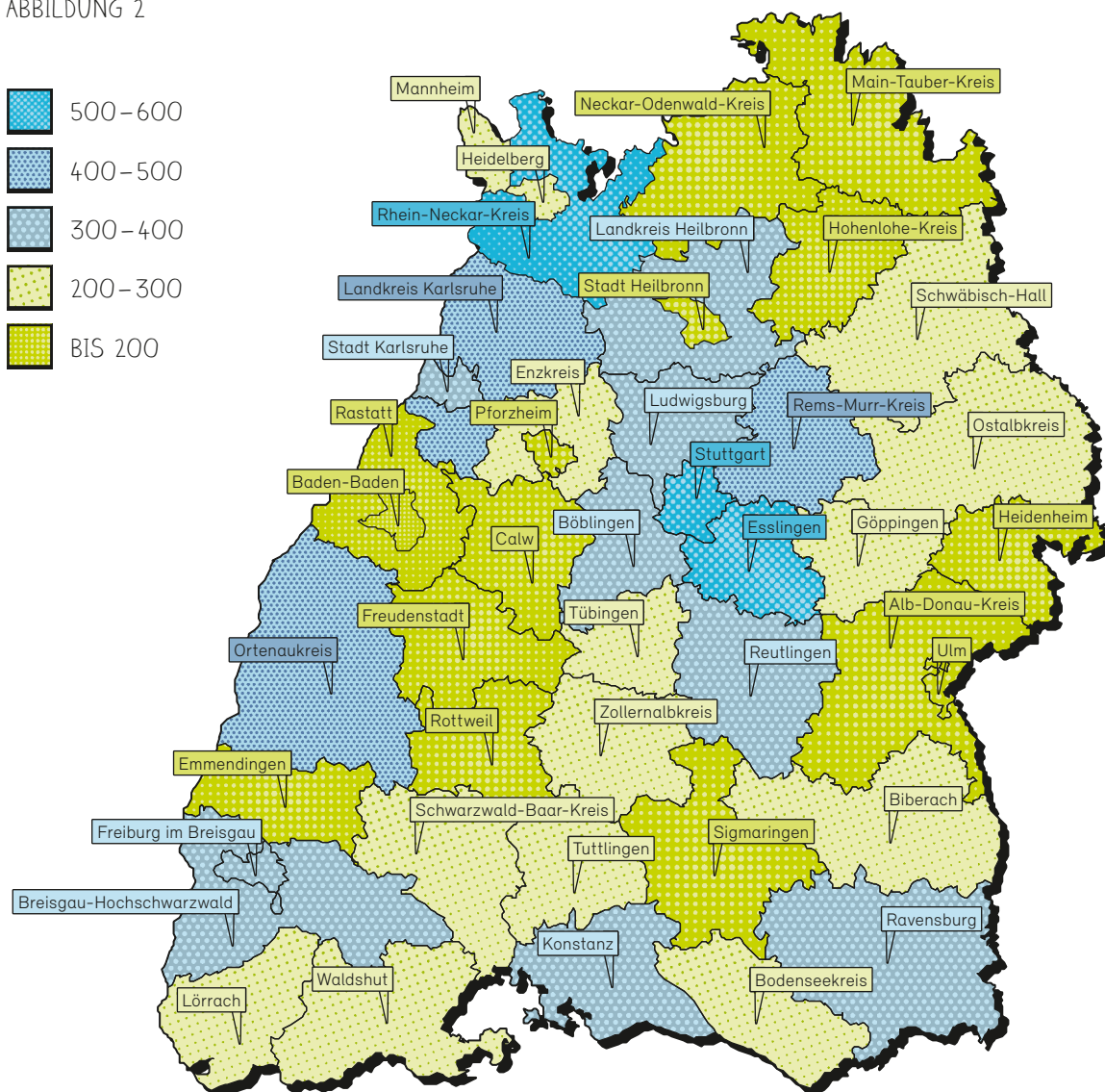
ABBILDUNG 1



Quelle: Haigner/Schneider/Wakolbinger, Dezember 2015

REGIONALE VERTEILUNG DER FÖRDERKREDITE

ABBILDUNG 2



Quelle: Haigner/Schneider/Wakolbinger, Dezember 2015

UTE BINDER IN DIE TAPFFERE SCHNEIDERIN



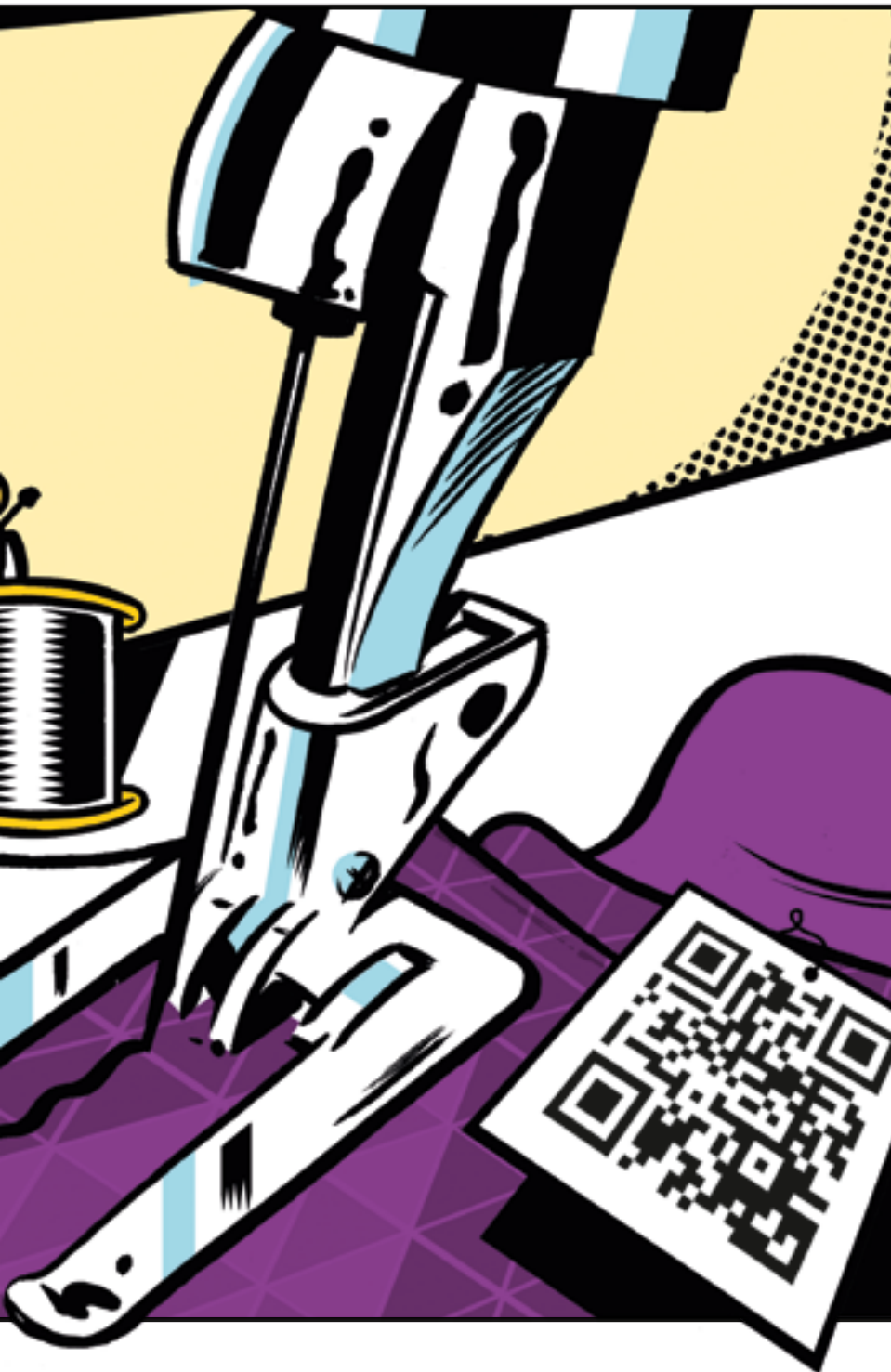
SCHON ZU SCHULZEITEN
HABE ICH FÜR MEIN LEBEN
GERNE GENÄHT ...

... UND WAR – ALS MEIN ERSTES
MODEL – BALD DER SPRICHWÖRT-
LICHE BUNTE HUND IM DORF. DENN
DIE ENTWÜRFE WAREN BEREITS DAMALS
BUNT UND VOLLER LEBEN. MEINE MISSION:
FRÖHLICHKEIT IN DEN ALLTAG BRINGEN – DIE WELT IST SCHON GRAU GENUG.
NACH DEM ABITUR STÜRZTE ICH MICH MIT SCHERE, MASSBAND UND TONNEN-
WEISE IDEEN IN EINE SCHNEIDERLEHRE. IM ANSCHLUSS FAND ICH IN
REUTLINGEN AN DER HOCHSCHULE FÜR MODE- UND TEXTILDISEIN MEINE
NÄCHSTE STATION ZUM GLÜCK – UND IM NAHEGELEGENEN METZINGEN EINE
GANZE STADT AUS OUTLET-STORES.



UTE BINDER IN VÖHRINGEN SÜDLICH VON STUTTGART

UTE BINDER ABSOLVIERT NACH DEM ABITUR EINE SCHNEIDERLEHRE, STUDIERT ANSCHLIESSEND MODE- UND TEXTIL-DESIGN. IHR 2013 GEGRÜNDETES UNTERNEHMEN ROBECODE FINANZIERT SIE MIT HILFE EINES L-BANK GRÜNDER-KREDITS AUS DEM PROGRAMM „STARTFINANZIERUNG 80“. HEUTE VERKAUFT DIE 32-JÄHRIGE AUF IHRER ONLINE-PLATTFORM DESIGNERMODE AUS RECYCELTEN PET-FLASCHEN SOWIE HIGHTECH-FASERN AUS NACHWACHSENDEN ROHSTOFFEN: „MEIN LEBENSTRAUM: DIE EIGENE KREATIVITÄT, DIE EIGENEN ENTWÜRFE UMZUSETZEN, SELBST ZU PRODUZIEREN UND ZU VERMARKTEN.“ WWW.ROBECODE.DE



WÄHREND ANDERE NACH SCHNÄPPCHEN JAGTEN, BEWEGTE ICH MICH INSPIRIERT DURCH DIE KLEIDERSTÄNDER, WIE EIN KUNSTSTUDENT DURCH DEN LOUVRE. DANN BEGANN DIE ZEIT DER PRAKTISCHEN STUDIEN BEI MODEDESIGNERN AUF ISLAND UND IN DEN NIEDERLANDEN. ICH LERNT SEHR VIEL – AUCH DASS EIN MODISCHER MEISTER WOHL IMMER ZWISCHEN GENIE UND WAHNSINN PENDELT. DOCH DORT IN DER FERNE KOCHTE AUCH IMMER ÖFTER HOCH, WAS BEREITS SO LANGE IN MIR BRODELTE: ICH WOLLTE MICH ENDLICH BEFREIEN UND MEIN GANZ EIGENES DING MACHEN. DOCH SO GANZ TRAUTE ICH MICH EINFACH NICHT. DA KAM DAS SCHICKSAL IN GESTALT MEINES BRUDERS ULI INS SPIEL: ER HATTE MOLEKULARE BIOTECHNOLOGIE STUDIERT UND BEGEISTERT MICH FÜR DIE MODERNEN MÖGLICHKEITEN DER NACHHALTIGEN TEXTILPRODUKTION. 2013 WAGTEN WIR GEMEINSAM DEN SPRUNG IN DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT. WIR ENTWICKELTEN EIN EIGENSINNIIGES KONZEPT AUS SLOW FASHION, AUSGEFALLENEN DESIGNS UND SOCIAL-MEDIA-VERTRIEBSMODELL. ROBECODE WAR GEBOREN.

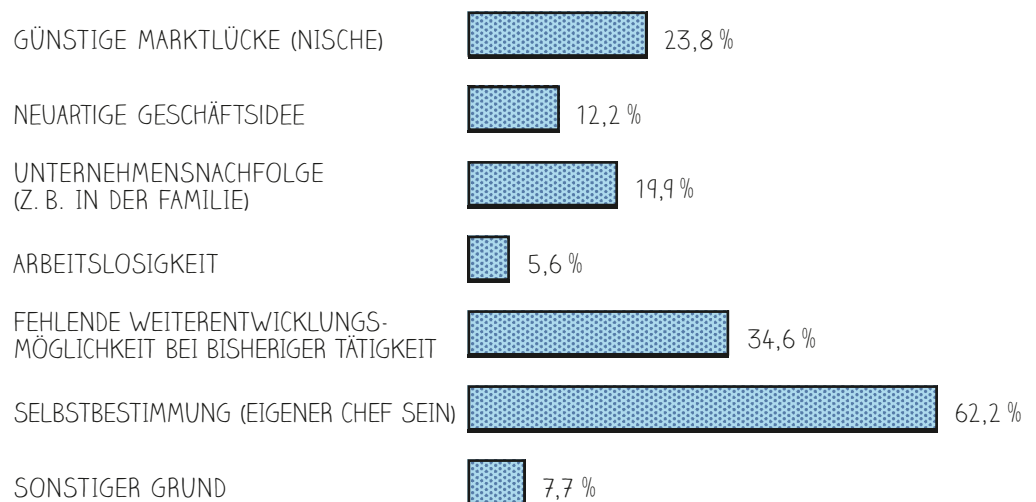
HEUTE, ÜBER ZWEI JAHRE SPÄTER, GEHT ES IMMER NOCH BERGAUF. IM VERGLEICH ZUM VORJAHR KONNTEN WIR DEN UMSATZ VERDOPPELN. UND EBENSO WICHTIG: ICH BRENNE FÜR ROBECODE WIE AM ERSTEN TAG. ICH KANN JEDEN TAG MEINE IDEEN VERWIRKLICHEN UND PRODUZIERE FAIR UND KONKURRENZFÄHIG IN DEUTSCHLAND. MEINE STOFFE SCHONEN UNSERE NATUR – UND HIN UND WIEDER SCHONE ICH SOGAR MEINEN BRUDER. ES IST MEIN GELEBTER TRAUM.

GRÜNDUNGSMOTIVE ÄNDERN SICH – CHANCENGRÜNDER DOMINIEREN.

Zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Existenzgründungsförderung müssen zunächst die alternativen Handlungsoptionen abgefragt werden. Im Rahmen der im Sommer 2015 durchgeführten Online-Befragung wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Motive zur Unternehmensgründung und damit zur Aufnahme eines geförderten Darlehens erhoben. Dabei zeigte sich, dass die geförderten Gründer nicht aus Alternativlosigkeit den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt haben. Weniger als 6 Prozent der Teilnehmer haben aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründet. Vielmehr steht das Motiv der Selbstbestimmung – sein eigener Chef sein – im Vordergrund. Mehr als 62 Prozent aller Befragungsteilnehmer nannten dieses Motiv. Weiterhin ist bemerkenswert, dass mehr als ein Drittel aller an der Befragung teilnehmenden Gründer angaben, dass eine günstige Marktlücke oder eine neuartige Geschäftsidee Auslöser für den Schritt in die Selbstständigkeit waren. Dies und die weite Verbreitung des Motives Selbstbestimmung deuten darauf hin, dass die geförderten Gründer dynamische Menschen sind, die ihre Ideen verwirklichen wollen und das Risiko nicht scheuen.

GRÜNDUNGSMOTIVE

ABBILDUNG 3



Anmerkung: Basis bildet jeweils die Anzahl der Beobachtungen (286) und nicht die Summe gegebener Antworten, Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Haigner/Schneider/Wakolbinger, Dezember 2015

GRÜNDUNGSFÖRDERUNG LOHNT SICH FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG.

In einem zweiten Schritt war zu ermitteln, wie sich Gründerinnen und Gründer ohne die Möglichkeit, die Förderprogramme nutzen zu können, verhalten hätten. Von den 286 befragten Personen gaben 32 Prozent an, dass die Gründung ohne die Möglichkeit einer Förderung nicht erfolgt wäre; bei 48,3 Prozent der Befragten wäre die Gründung trotzdem zum selben Zeitpunkt in Baden-Württemberg erfolgt. 0,3 Prozent hätten ohne die Möglichkeit einer Förderung zwar zum selben Zeitpunkt gegründet, dafür aber nicht in Baden-Württemberg. Bei 17,8 Prozent wäre die Gründung zeitlich verzögert, aber in Baden-Württemberg erfolgt und bei 1,4 Prozent zeitlich verzögert und nicht in Baden-Württemberg. Die Förderung war somit für etwa ein Drittel der Befragten für die Gründung ausschlaggebend.

Von den zwei Dritteln der Befragungsteilnehmer, die auch ohne Förderprogramm, wenn auch gegebenenfalls zeitlich verzögert, in Baden-Württemberg investiert hätten, gaben 39,5 Prozent an, dass sie weniger investiert hätten. Dementsprechend war für ein weiteres Viertel aller Befragungsteilnehmer die Förderung für die Höhe ihrer Investition ausschlaggebend. Bei mehr als der Hälfte aller geförderten Gründer hat die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Förderung somit zumindest eine Erhöhung der Investitionsbereitschaft bewirkt.

Es werden ausschließlich die Investitionen berücksichtigt, die aufgrund der Förderung der L-Bank zustande gekommen sind. Diese Investitionssummen wurden in ein ökonomisches Simulationsmodell eingespielt, in dem zwei Szenarien simuliert wurden: einmal der wirtschaftliche Verlauf mit und einmal der wirtschaftliche Verlauf ohne die Förderung. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Existenzförderungsprogramme dabei in Baden-Württemberg folgende jährliche Effekte ausgelöst haben bzw. auslösen könnten:

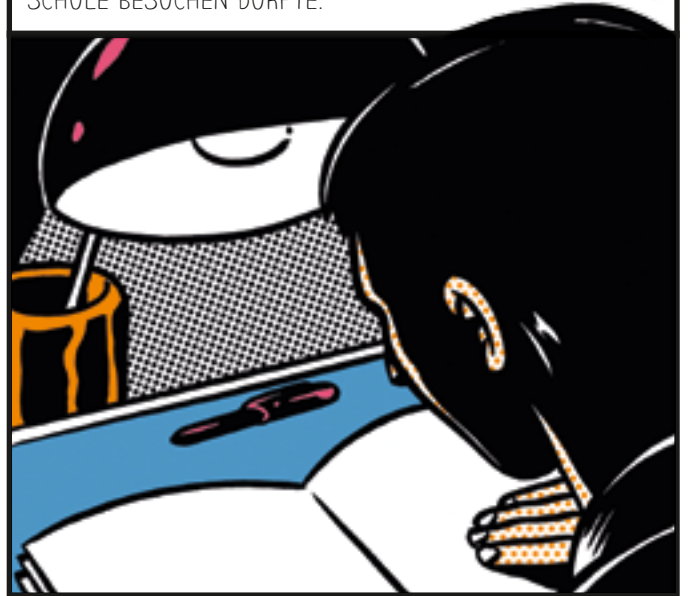
- eine zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen von durchschnittlich jährlich 165 Millionen Euro
- eine zusätzliche Beschäftigung von durchschnittlich jährlich 3.390 Arbeitsplätzen
- ein zusätzliches Regionalprodukt von durchschnittlich jährlich 255 Millionen Euro

Wichtig ist hier das Adjektiv „zusätzlich“, denn diese Effekte treten zusätzlich zu den unmittelbar durch die Förderdarlehen finanzierten Investitionsvorhaben auf. In der Abbildung 4 sind die Entwicklungen des zusätzlichen Regionalproduktes, das auf die Existenzgründungsförderung zurückzuführen ist, sowie die des verfügbaren Einkommens aufgeführt. Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der zusätzlichen Beschäftigung. Der Simulationszeitraum erstreckt sich von 2011 bis 2022, wobei angenommen wurde, dass das Förderprogramm in der für 2011 bis 2014 implementierten Weise auch in den Folgejahren angeboten und in Anspruch genommen wird. Zusätzlich berücksichtigt wurden geplante zukünftige Investitionen der Gründer, die angaben, ohne Förderung nicht bzw. weniger investiert zu haben. Derartige Investitionspläne wurden ebenfalls im Rahmen der Befragung erhoben. Da einige Effekte, insbesondere die geplanten zukünftigen Investitionen, zeitverzögert zum Tragen kommen, wachsen die jährlichen Effekte im Zeitverlauf.

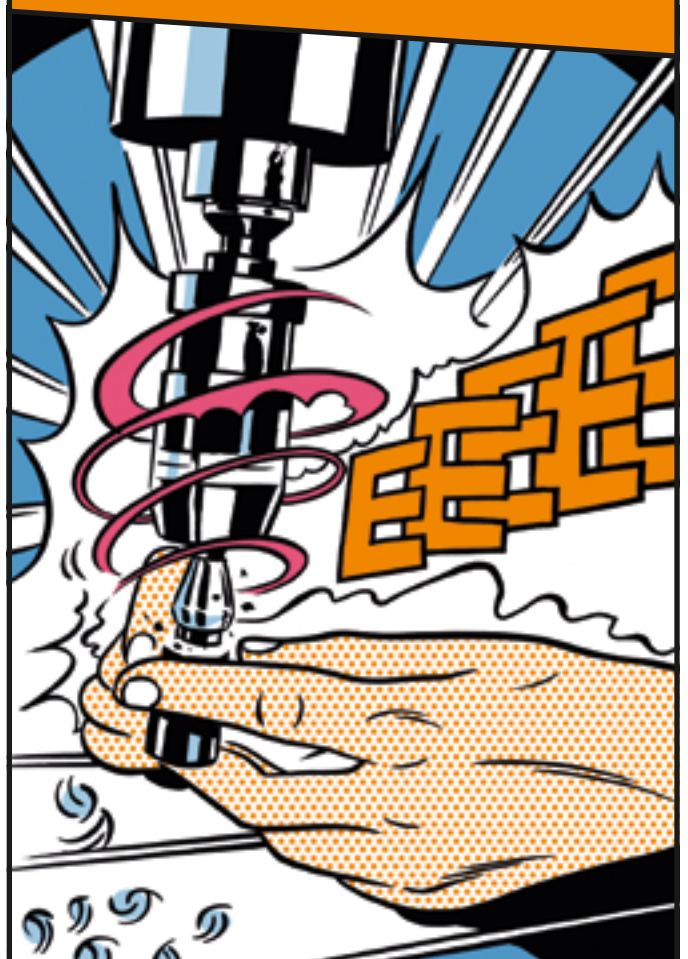
STOJAN
DIMITROV
IN

DER SELF MADE MAN

UND GENAU DAS MUSSTE SICH ÄNDERN, DENN ICH HATTE GROSSE PLÄNE. ICH NUTZTE MEIN BERUFSVORBEREITUNGSJAHR UND BÜFFELTE HART, UM DAS WICHTIGSTE FÜR MEINE ZUKUNFT ZU LERNEN: DEUTSCH. UND DAS SCHAFFTE ICH AUCH – UND ZWAR SO GUT, DASS ICH DIE BERUFSFACHSCHULE BESUCHEN DURFTE.



KURZ DARAUFG BEGANN ICH BEI MOOSMANN CNC-FERTIGUNGSTECHNIK ALS AUSHILFE. ICH WAR FLEISSIG UND ZEIGTE TALENT, WAS DEM INHABER HUBERT MOOSMANN GEFIEL: ER MACHTE MICH ZUM ERSTEN AZUBI DES UNTERNEHMENS.



NEIN, LEICHT WAR ES FÜR MICH SICHER NICHT. ALS ICH MIT 15 JAHREN AUS BULGARIEN NACH DEUTSCHLAND KAM, KONNTE ICH NUR ZWEI WÖRTER DEUTSCH: „HALLO“ UND „TSCHÜSS“.



BALD SCHON DURFTE ICH VERANTWORTUNGSVOLLE AUFGABEN ÜBERNEHMEN UND MACHTE DORT ERFOLGREICH MEINEN ABSCHLUSS. DANN ZOG ES MICH WEITER. IN VERSCHIEDENEN UNTERNEHMEN SAMMELTE ICH ERFAHRUNGEN IN DER QUALITÄTSSICHERUNG UND ARBEITETE MICH STETIG HOCH BIS ZUM PROJEKTLLEITER. INSGEHEIM JEDOCH SCHWEBTE MIR NOCH VIEL MEHR VOR: ICH WOLLTE MEIN EIGENES UNTERNEHMEN.

WOCHE FÜR WOCHE GING ICH DARUM DIE IHK-ANZEIGEN DURCH, BIS ICH EINES TAGES EINEN CNC-BETRIEB ENTDECKTE, DER EINEN NACHFOLGER SUCHTE. DIE BESCHREIBUNG KAM MIR SEHR BEKANNT VOR. DA WURDE MIR KLAR: ES WAR DIE FIRMA MEINES ALTEN AUSBILDERS HUBERT MOOSMANN. DAS WAR MEINE GELEGENHEIT: ICH ZÖGERTE KEINE SEKUNDE UND GRIFF ZUM TELEFON.



NACH NUR WENIGEN TREFFEN HATTE ICH MEINEN ALTEN CHEF ÜBERZEUGT ...

... UND ES KAM ZUM HANDSCHLAG. ER WAR FROH, DASS ER FÜR SEINE ANGESTELLTEN EINEN GEEIGNETEN NACHFOLGER GEFUNDEN HATTE, DEM ER VERTRAUTE. ABER DAS WAR NICHTS GEGEN MEINE FREUDE – DENN ICH HATTE ENDLICH MEIN GROSSES ZIEL ERREICHT. NATÜRLICH WAR FÜR DIE ÜBERNAHME EIN GROSSER KREDIT NÖTIG, ABER DAS STÖRT MICH NICHT. „MAN DARF KEINE ANGST HABEN. NICHT VOR VERÄNDERUNG. UND AUCH NICHT VOR HERAUSFORDERUNGEN.“ NUR SO BIN ICH SO WEIT GEKOMMEN.



STOJAN DIMITROV IN HARDT BEI ROTTWEIL

IM ALTER VON 15 JAHREN UND OHNE DEUTSCHE SPRACHKENNTNISSE KAM STOJAN DIMITROV IM JAHR 1998 AUS BULGARIEN NACH DEUTSCHLAND. VOR WENIGEN MONATEN NUN HAT ER MIT HILFE EINES GRÜNDERDARLEHENS AUS DER L-BANK „GRÜNDERFINANZIERUNG“ DAS UNTERNEHMEN MOOSMANN CNC-FERTIGUNGSTECHNIK IN HARDT BEI ROTTWEIL ÜBERNOMMEN UND TRÄGT JETZT DIE VERANTWORTUNG FÜR 30 MITARBEITER. „ICH HATTE IMMER DEN WUNSCH, MICH MIT EINEM EIGENEN UNTERNEHMEN SELBST ZU VERWIRKLICHEN.“

WWW.MOOSMANN-CNC.DE

Die in den Abbildungen 4 und 5 ausgewiesenen Effekte entstehen dadurch, dass im Rahmen von Gründungen, die ohne Förderungen nicht erfolgt wären, Nachfrage nach Investitionsgütern (direkter Effekt) und nach Vorleistungen (indirekter Effekt) ausgeübt wird. Darüber hinaus entstehen induzierte Effekte, da bei der Produktion von Investitionsgütern und Vorleistungen Einkommen entstehen, die zum Teil wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

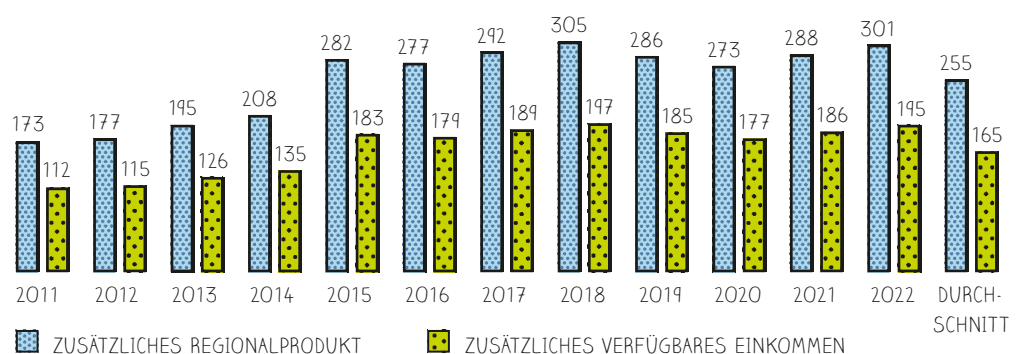
EIN BLICK NACH VORN

Die oben aufgeführten Effekte des Förderprogramms sind an sich schon bedeutend. Sie erscheinen im Lichte zweier weiterer Überlegungen noch bedeutsamer. Einerseits können durch die Investitionen und die damit verbundene Bereitstellung von Arbeitsplätzen die Einnahmen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg aufgrund eines höheren Aufkommens an Umsatzsteuern, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen gesteigert werden. Zudem werden die Sozialbudgets entlastet, da aufgrund der geschaffenen zusätzlichen Arbeitsplätze die Transferzahlungen reduziert werden können. Andererseits, und dieser allerdings schwer abschätzbare Effekt ist wohl noch wichtiger, entstehen durch die Existenzgründungsförderung innovative und leistungsfähige Firmen, die durch ihr Know-how und ihr Wirken die Attraktivität des Standorts Baden-Württemberg steigern und vorbildhaft für andere Firmen wirken.²

AUF DIE EXISTENZGRÜNDUNGSFÖRDERUNG ZURÜCKZUFÜHRENDES ZUSÄTZLICHES REGIONALPRODUKT UND ZUSÄTZLICHES VERFÜGBARES EINKOMMEN

ABBILDUNG 4

IN MIO. €



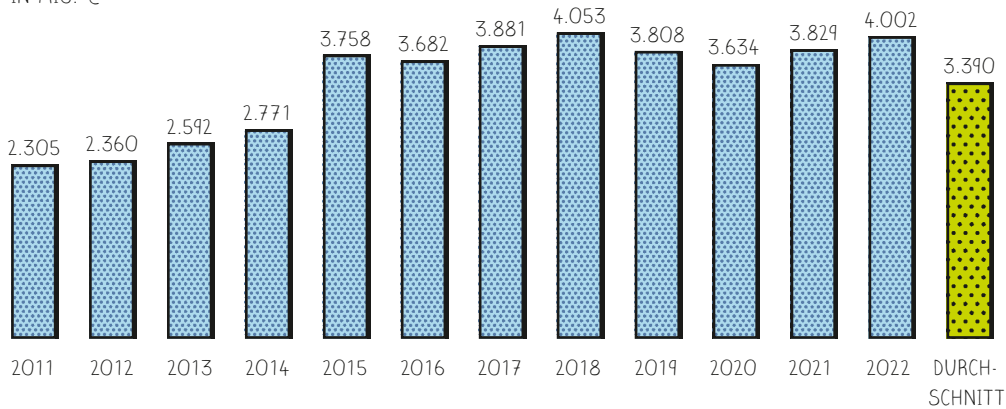
Quelle: Haigner/Schneider/Wakolbinger, Dezember 2015

² Sowohl der Effekt auf die öffentlichen Budgets als auch der Effekt auf die Attraktivität des Standortes Baden-Württemberg ist nicht Gegenstand der vorliegenden Studie. Eine Quantifizierung der beiden Effekte muss daher unterbleiben, ihre Bedeutung sei aber erwähnt.

AUF DIE EXISTENZGRÜNDUNGSFÖRDERUNG ZURÜCKZUFÜHRENDE ZUSÄTZLICHE BESCHÄFTIGUNG

ABBILDUNG 5

IN MIO. €



Quelle: Haigner/Schneider/Wakolbinger, Dezember 2015

Die beiden von der L-Bank aufgelegten Existenzgründungsförderungsprogramme Gründungsfinanzierung und Startfinanzierung 80 werden in hohem Maß in Anspruch genommen. Nahezu die Hälfte aller fremdfinanzierten Gründungen konnte durch ein Förderdarlehen begleitet werden. Die Programme erreichen überwiegend Menschen, die selbstbestimmt ihre Ideen verwirklichen wollen und die die Potenziale der Märkte gut erkennen. Eine regionale Analyse zeigt überdies, dass die Förderungen überproportional in Kreise mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen fließen und somit strukturausgleichend wirken.

Unsere Studie zeigt, dass die volkswirtschaftlichen Effekte der Existenzgründungsförderungen der L-Bank quantitativ bedeutend sind und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Baden-Württemberg leisten. Dies kann konkret im zusätzlichen Bruttoinlandsprodukt, im zusätzlich verfügbaren Einkommen und in einem Beschäftigungsaufbau gemessen werden. Darüber hinaus entstehen neue leistungsfähige und innovative Firmen, die durch ihr Know-how und durch ihr Wirken die Attraktivität des Standortes Baden-Württemberg für andere Investoren weiter verbessern. Gerade diese letztgenannten Effekte, die so ohne weiteres nicht quantifiziert werden können, sind aber mindestens so bedeutend wie der rein wirtschaftliche Effekt.



PROF. DR. FRIEDRICH SCHNEIDER, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz, friedrich.schneider@jku.at



DR. FLORIAN WAKOLBINGER, Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW), Sparkassenplatz 2/1/115, A-6020 Innsbruck, wakolbinger@gaw-mbh.at

BENJAMIN MAERZ IN

DER STERN



DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT BEGANN FÜR MICH MIT EINEM SPRUNG INS KALTE WASSER: MITTEN IM STUDIUM ZUM FOODDESIGNER NUTZTE ICH MIT GERADE MAL 21 JAHREN DIE CHANCE, DAS GELERNT ALS CHEFKOCH IM RESTAURANT ROSE MEINER ELTERN DIREKT ANZUWENDEN. DAS WAR TOLL. DOCH ALS ICH EIN JAHR SPÄTER AUCH NOCH PROVISORISCHER GESCHÄFTSFÜHRER WURDE, BLIEBEN MIR MEIST NUR NOCH DIE NÄCHTE ZUM BÜFFELN.



DOCH ERST MAL ZURÜCK ZUM ANFANG: SCHON ALS KINDER HALFEN MEIN BRUDER UND ICH UNSEREN ELTERN UND WURDEN SO IN KÜCHE, SERVICE UND HOTEL EIN EINGESPIELTES TEAM. IM JAHR 2013 KONNTE DIESES TEAM DANN ENDLICH BEWEISEN, WAS ES DRAUFHATTE: DIESES JAHR WURDE DAS JAHR DER ROSE. MEIN BRUDER STIEG FEST INS UNTERNEHMEN EIN – GEMEINSAM PROFESSIONALISIERTEN WIR DIE STRUKTUREN UND ABLÄUFE. MIT EINEM NEUEN KONZEPT KONNTEN WIR FAST ALLE BEREICHE SCHLANKER UND EFFEKTIVER GESTALTEN UND GLEICHZEITIG DIE QUALITÄT FÜR DIE GÄSTE STEIGERN – NICHT ZULETZT DURCH ZAHLREICHE MODERNISIERUNGEN. SO GEWANN ICH AUCH DIE NÖTIGE ZEIT, UM IN DER KÜCHE LEIDENSCHAFTLICH ZU EXPERIMENTIEREN. DIE INTENSIVE ARBEIT AN MEINER EXTRAVAGANTEN KARTE ZAHLTE SICH SCHNELL AUS. ICH KONNTE ES KAUM FASSEN: IM NOVEMBER 2013 ERHIELT ICH ALS DAMALS JÜNGSTER CHEFKOCH EINEN STERN DES GUIDE MICHELIN.

DER ROSE



SEITHER SORGE ICH MIT MEINEM TEAM VOLLER STOLZ FÜR TÄGLICHE STERNEKÜCHE. MEIN BRUDER CHRISTIAN VERWÖHNT UNSERE GÄSTE ALS SOMMELIER UND MANAGT ALS RESTAURANTLEITER ALLES, WAS NICHT AUF TELLERN LIEGT.

DOCH BEI ALL DER ARBEIT DARF AUCH DAS PRIVATLEBEN NICHT ZU KURZ KOMMEN. ICH BIN SELBST SEIT KURZEM VATER. DARUM SORGEN WIR DAFÜR, DASS UNSER TEAM FÜR SEINE ARBEIT FAIR BEZAHLT WIRD UND PÜNKTLICH NACH HAUSE KANN. UND FALLS ES DOCH MAL ÜBERSTUNDEN GIBT, LÄUFT DIE UHR MIT. DENN UNSERE ROSE HAT KEINE DORNEN – JEDER SOLL SICH AN IHR ERFREUEN.



BENJAMIN UND CHRISTIAN MAERZ IN BIETIGHEIM-BISSINGEN

ZUSAMMEN MIT SEINEM BRUDER CHRISTIAN ÜBERNAHM BENJAMIN MAERZ 2013 VON SEINEN ELTERN DAS HOTEL ROSE IN BIETIGHEIM-BISSINGEN. MIT HILFE EINES L-BANK FÖRDERDARLEHENS AUS DEM PROGRAMM „START-FINANZIERUNG 80“ MODERNISIERTE ER DEN BETRIEB UND FÜHRT IHN HEUTE ERFOLGREICH NACH NEUESTEN MANAGEMENTPRINZIPIEN. DAS MOTTO DES ERST 28 JAHRE ALTEN BENJAMIN MÄRZ: „ICH WEISS, WAS ICH KANN. ABER ICH WEISS AUCH, DASS ICH IMMER NOCH ETWAS NEUES LERNEN KANN.“ WWW.MAERZUNDMAERZ.DE

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT 2015

Die L-Bank hat als Förderbank des Landes Baden-Württemberg den staatlichen Auftrag, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen zu verwalten und durchzuführen. Vor dem Hintergrund dieser gemeinnützigen Aufgaben ist für sie eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung schon immer selbstverständlich gewesen. Sie hat den Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg durch entsprechende Beschlüsse von Vorstand und Verwaltungsrat Mitte 2013 in ihrem Regelwerk verankert und beachtet seitdem seine Vorgaben. Dieser Corporate Governance Bericht betrifft das Geschäftsjahr 2015, die nachfolgende Entsprechenserklärung gilt in vollem Umfang zum Stichtag 31.12.2015.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

Vorstand und Verwaltungsrat der L-Bank erklären:

Den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg (PCGK BW) wurde und wird, soweit sie auf die L-Bank als Anstalt des öffentlichen Rechts anwendbar sind, entsprochen.

Hinsichtlich der Empfehlung in Rn. 106 Satz 4 PCGK BW, wonach die Erteilung von zusätzlichen Aufträgen an den Abschlussprüfer durch den Vorstand der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf, hat der Verwaltungsrat in einem Grundsatzbeschluss betragsmäßig unwesentlichen zusätzlichen Aufträgen an den Abschlussprüfer pauschal vorab zugestimmt; erstmalig im Jahr 2015 hat die L-Bank auf Basis dieser pauschalen Zustimmung einen zusätzlichen Auftrag an den Abschlussprüfer erteilt.

ANTEIL VON FRAUEN IN VORSTAND, VERWALTUNGSRAT UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Zum 31.12.2015 war im zweiköpfigen Vorstand keine Frau vertreten. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf der 18 Mitglieder des Verwaltungsrats (Quote 27,8%) und 77 der 228 Mitarbeiter in Führungspositionen (Quote 33,8%) Frauen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS FÜR 2015 in TEUR				
Name	Feste Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender	682	23	8	712
Dr. Ulrich Theileis Stv. Vorsitzender	488	19	6	513
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser ¹	220	–	3	223
Dr. Karl Epple ²	226	9	5	240
Gesamt	1.615	51	21	1.688

¹ Herr Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser schied mit Wirkung zum 31.05.2015 aus dem Vorstand aus.

² Herr Dr. Karl Epple schied mit Wirkung zum 30.06.2015 aus dem Vorstand aus.

Im Jahr 2015 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 14 TEUR.

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage der für die Beschäftigten der L-Bank geltenden Regelungen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATS FÜR 2015 in TEUR				
Name	Mitgliedschaft Verwaltungsrat	Mitgliedschaft Ausschüsse	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid ¹ Vorsitzender	9,0	3,9	0,9	13,8
Alexander Bonde ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,6	12,0
Reinhold Gall ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	1,1	12,5
Katrin Altpeter ¹	6,0	–	0,2	6,2
Leni Breymaier	6,0	–	0,3	6,3
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,4	11,3
Roger Kehle	6,0	–	0,6	6,6
Gabriele Kellermann	6,0	2,4	0,9	9,3
Dr. Peter Kulitz	6,0	–	0,5	6,5
Klaus-Peter Murawski ¹	6,0	–	0,2	6,2
Dr. Dieter Salomon	6,0	–	0,2	6,2
Claus Schmiedel	6,0	–	0,3	6,3
Edith Sitzmann	6,0	–	0,3	6,3
Franz Untersteller ¹	6,0	2,4	0,3	8,7
Joachim Wohlfeil	6,0	–	0,3	6,3
Clemens Meister	6,0	–	0,6	6,6
Tatjana Aster	6,0	–	0,6	6,6
Thomas Dörflinger	6,0	–	0,6	6,6
Gesamt	114,0	20,4	9,6	144,0

¹ Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat

LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

GRUNDLAGEN

Die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank) ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Sie hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Baden-Württemberg. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die L-Bank der Aufsicht des Landes. Zudem gehört die L-Bank im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism = SSM) zum Kreis der durch die Europäische Zentralbank (EZB) unmittelbar beaufsichtigten Kreditinstitute.

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union (EU) durchzuführen. Sowohl Förderziele als auch operative Plangrößen – wie beispielsweise Kundenkreise und Förderschwerpunkte – werden der L-Bank von ihrem Eigentümer durch das L-Bank-Gesetz, durch politische Schwerpunktsetzung und im programmgebundenen Geschäft zusätzlich durch konkrete Programmrichtlinien vorgegeben. Die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sind demzufolge maßgeblich durch externe Faktoren geprägt und daher von der L-Bank nur eingeschränkt steuerbar.

WIRTSCHAFTSBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 2015 ihren im Jahr 2013 begonnenen robusten Aufschwung fort. Fiel der Jahresanfang – geprägt durch geopolitische Risiken und verhaltene weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen – noch moderater aus als das Schlussquartal des Vorjahres, nahmen die Wachstumsraten im zweiten und dritten Quartal deutlich zu. Die deutsche Konjunktur trotzte dabei auch dem Wiederaufflammen der griechischen Staatsschuldenkrise zur Jahresmitte sowie der von China ausgehenden wirtschaftlichen Abschwächung in den Schwellenländern. Die Exportdynamik wurde dabei begünstigt durch eine hohe Güternachfrage aus dem Euroraum und den USA, niedrige Zinsen, günstiges Rohöl und den niedrigen Eurokurs. Zugleich nahm der Beitrag des inländischen Konsums am Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr einen größeren Stellenwert ein. Auf das Gesamtjahr bezogen verzeichnete das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemäß Statistischem Bundesamt einen Zuwachs von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr (Stand Januar 2016). Der deutsche Arbeitsmarkt war 2015 dank der guten konjunkturellen Entwicklung von einem Beschäftigungsaufbau geprägt. So lag die Arbeitslosenquote laut Bundesagentur für Arbeit durchschnittlich bei 6,4 % und damit um 0,3 % unter dem Wert des Vorjahres.

Die baden-württembergische Wirtschaft folgte im ersten Halbjahr 2015 der Entwicklung auf Bundesebene. Mit einem Wachstum von 3,1 % im Vergleich zum Vorjahr konnte der höchste Wert im Bundesländervergleich erreicht werden. Infolge der konjunkturellen Abschwächung in den Schwellenländern zur Jahresmitte kühlte sich die Stimmung im Südwesten etwas ab. Dennoch expandierte die baden-württembergische Wirtschaft im Gesamtjahr mit knapp 2 % (Statistisches Landesamt, Stand Dezember 2015) erneut stärker als die deutsche Gesamtwirtschaft. Wesentlichen Auftrieb erhielt sie im ersten Halbjahr 2015 aus dem verarbeitenden Gewerbe und dort insbesondere aus dem Fahrzeugbau. Ungeachtet des von zunehmender Unsicherheit geprägten Welt Handels konnte die baden-württembergische Wirtschaft ihre Warenexporte auf einen neuen Höchstwert steigern. Besonders dynamisch entwickelten sich die Exporte in die USA und den Euroraum. Baden-Württemberg erzielte im Bundesvergleich überdurchschnittliche Beschäftigungssteigerungen, die zu einem neuen Höchststand an Erwerbstätigen im Land führten. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich laut Statistischem Landesamt auf 3,8 %, zum Jahresende 2015 lag sie bei 3,7 % (Stand Januar 2016).

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank war im Jahr 2015 geprägt durch das weiterhin niedrige Marktzinsniveau. Zugleich spiegelte eine hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen die wieder anziehende Investitionstätigkeit des baden-württembergischen Mittelstandes wider.

Der Schwerpunkt der Förderaktivitäten lag im abgelaufenen Berichtsjahr bei mittelständischen Unternehmen, Existenzgründern und auf Maßnahmen in der Wohnraumförderung. Deutliche Steigerungen der Neugeschäftszahlen waren vor allem in der Mittelstandsfinanzierung und in der Gründungsfinanzierung zu

verzeichnen. Daneben konnte auch die Wohnraumförderung maßgeblich ausgeweitet werden. Sehr positiv entwickelte sich auch das Segment Infrastrukturförderung. Über alle Geschäftsfelder hinweg hat die L-Bank ihr anvisiertes Ziel eines gleichbleibend hohen Neugeschäftsvolumens realisiert.

Wirtschaftsförderung

Zur Erzielung eines nachhaltigen Wachstums in der baden-württembergischen Wirtschaft und zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen setzt sich die L-Bank in Kooperation mit den Hausbanken für Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe ein. Die Unterstützung erfolgt durch die Vergabe zinsverbilligter Darlehen und Zuschüsse sowie durch die gezielte Übernahme von Risiken. Im Berichtsjahr sorgten das anhaltende konjunkturelle Wachstum und die hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen für einen neuen Höchstwert bei den Neugeschäftsvolumina in der Wirtschaftsförderung. Die gestiegene Investitionsbereitschaft der Unternehmen machte sich in der deutlich erhöhten Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme bemerkbar. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um 19,7 % auf 3.547,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.962,7 Mio. Euro). Der bisherige Höchstwert aus dem Geschäftsjahr 2013 wurde damit um 10,5 % übertroffen.

Die Vergabe von Finanzierungsmitteln in der Existenzgründung erhöhte sich um 24,7 % auf 609,1 Mio. Euro (Vorjahr: 488,4 Mio. Euro). Die Steigerung des Neugeschäfts ist im Wesentlichen auf das Förderprogramm „Gründungsfinanzierung“ zurückzuführen. Durch die Verlängerung des Förderzeitraums von drei auf fünf Jahre hat sich die Nachfrage deutlich erhöht und liegt damit über den Erwartungen. Existenzgründer und junge Unternehmen konnten im Rahmen des Programms mit Darlehen in Höhe von 557,6 Mio. Euro (Vorjahr: 439,9 Mio. Euro) unterstützt werden.

Ebenfalls angestiegen ist das Neugeschäftsvolumen in der Förderung von mittelständischen Unternehmen. Dieses verbesserte sich um 284,2 Mio. Euro auf 2.458,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.174,6 Mio. Euro). Allein in den Förderprogrammen „Wachstumsfinanzierung“ und „Investitionsfinanzierung“ erhöhte sich das Neugeschäft insgesamt um 9,4 % auf 1.166,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.066,6 Mio. Euro). Die „Wachstumsfinanzierung“, in der langfristige Darlehen für typische Investitionsvorhaben im Mittelstand zu vergünstigten Konditionen vergeben werden, ist mit Zusagen von 693,3 Mio. Euro nach wie vor das volumenstärkste Programm. Allerdings konnte das Zusagevolumen des Vorjahres (838,8 Mio. Euro) nicht erreicht werden. Überkompensiert wurde dieser Rückgang durch eine erhebliche Steigerung der ausgereichten Darlehen in der „Investitionsfinanzierung“. Gefördert werden hier betriebliche Investitionen im ländlichen Raum. Durch deutlich attraktivere Konditionen konnte das Neugeschäftsvolumen auf 473,3 Mio. Euro (Vorjahr: 227,8 Mio. Euro) mehr als verdoppelt werden. Die Förderprogramme zur „Ressourceneffizienzfinanzierung“ wurden im Berichtsjahr um die Facetten Materialeffizienz und Umwelttechnik erweitert. Die L-Bank finanziert gezielt Maßnahmen, die den schonenden Umgang mit Ressourcen fördern. In den Programmen der „Ressourceneffizienzfinanzierung“ betrug das Bewilligungsvolumen insgesamt 496,1 Mio. Euro (Vorjahr: 641,4 Mio. Euro). Entgegen den Erwartungen blieb das Neugeschäft, trotz der Einführung von Tilgungszuschüssen, vor allem aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus, unter dem Vorjahreswert. Der „Liquiditätskredit“ konnte zu günstigeren Konditionen angeboten werden. Das Neugeschäft erhöhte sich auf 94,9 Mio. Euro (Vorjahr: 79,7 Mio. Euro). Neben den vorgenannten Programmänderungen hat die L-Bank ein neues Programm zur Innovationsfinanzierung eingeführt. Für innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte erhalten kleine und mittlere Unternehmen zinsverbilligte Darlehen mit Tilgungszuschüssen.

In der Landwirtschaftsförderung erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um 18,9 % auf 171,5 Mio. Euro

(Vorjahr: 144,2 Mio. Euro). Analog zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung machte sich hier die gestiegene Investitionsbereitschaft der Landwirte und landwirtschaftlichen Betriebe bemerkbar. Im Programm „Landwirtschaft – Wachstum“ werden Investitionen in der Landwirtschaft unterstützt, die Produktionskosten senken oder zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen beitragen. Im Berichtsjahr wurden Finanzierungsmittel von insgesamt 85,5 Mio. Euro (Vorjahr: 73,3 Mio. Euro) ausgereicht. Mit dem Programm „Neue Energien – Energie vom Land“ wird die Produktion von Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger gefördert. Das Neugeschäft bewegte sich mit 67,8 Mio. Euro geringfügig über dem Niveau des Vorjahres (65,6 Mio. Euro).

Wohnraumförderung

Mit zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen fördert die L-Bank die Schaffung und den Erwerb eigengenutzten und vermieteten Wohnraums. Durch die Finanzierung von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur energetischen Sanierung und zum barrierefreien Umbau bestehender Objekte. Erwartungsgemäß erhöhte sich im Berichtsjahr das Neugeschäftsvolumen auf 2.168,0 Mio. Euro und verzeichnete damit im Vergleich zum Vorjahr (1.985,9 Mio. Euro) einen Anstieg um 9,2 %. Die im Berichtsjahr erhöhte Nachfrage nach Fördermitteln ist im Wesentlichen auf bankeigene Förderprogramme sowie auf das Programm „Wohnen mit Kind“ zurückzuführen. Zudem erhöhte sich aufgrund der Preisentwicklung auf den Wohnimmobilienmärkten der durchschnittliche Finanzierungsbedarf der Darlehensnehmer, wodurch auch die Nachfrage nach Ergänzungsdarlehen anzog.

In der Wohneigentumsförderung lag das Neugeschäftsvolumen mit insgesamt 1.486,3 Mio. Euro knapp unter dem Vorjahr (1.515,4 Mio. Euro). Die Zusagen im Landeswohnraumförderungsprogramm gingen auf 261,7 Mio. Euro

zurück (Vorjahr: 264,7 Mio. Euro). Mit 757,6 Mio. Euro (Vorjahr: 858,0 Mio. Euro) lag der volumenmäßige Schwerpunkt in der Wohneigentumsförderung unverändert auf den Energieeffizienzprogrammen. Auf das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“, mit dem Neubau und Kauf von energiesparenden Wohnhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt werden, entfielen Darlehen in Höhe von 529,4 Mio. Euro (Vorjahr: 532,3 Mio. Euro). Einzelmaßnahmen, die deutliche Energieeinsparungen bewirken, sowie Umbauten zur Erreichung eines Effizienzhausstandards wurden im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ in einem Volumen von 228,2 Mio. Euro gefördert (Vorjahr: 325,6 Mio. Euro). Die rückläufige Nachfrage in diesem Programm ist vor allem auf das niedrige Marktzinsniveau zurückzuführen. Zugleich ist festzustellen, dass insbesondere bei Sanierungsmaßnahmen mit kleineren Volumina eine erhöhte Bereitschaft zur Eigenfinanzierung der Verbraucher besteht. Im Förderprogramm „Wohnen mit Kind“ werden Familien mit Kindern beim Erwerb oder Neubau eines Eigenheims gefördert. Das Programm genießt einen hohen Bekanntheitsgrad und ist vergleichsweise einfach zu beantragen. Das Zusagevolumen erhöhte sich um 11,0% auf 333,0 Mio. Euro (Vorjahr: 300,0 Mio. Euro). Die Nachfrage im Förderprogramm „Wohnen mit Zukunft“ zog spürbar an und lag bei 36,7 Mio. Euro (Vorjahr: 20,0 Mio. Euro). Insbesondere seit Mitte des Jahres verbesserte Konditionen und der schlanke Antragsprozess trugen zu dieser Entwicklung bei.

In den verschiedenen Programmen der Mietwohnraumförderung werden der Bau und die Sanierung von Mietwohnraum in Baden-Württemberg gefördert. Die insgesamt zugesagten Finanzierungsmittel erhöhten sich auf 629,3 Mio. Euro und lagen damit deutlich über dem Vorjahr (452,1 Mio. Euro). In den bankeigenen Förderprogrammen konnten die Zusagen nennenswert von 265,2 Mio. Euro auf insgesamt 456,1 Mio. Euro gesteigert werden. Entgegen den Erwartungen entwickelte sich das Volumen im Landeswohnraumförderprogramm. Das Neugeschäft ging auf 112,7 Mio. Euro zurück (Vor-

jahr: 132,6 Mio. Euro). Für Neubauten konnte zwar ein deutlicher Nachfrageanstieg auf 90,8 Mio. Euro (Vorjahr: 76,2 Mio. Euro) verzeichnet werden, dieser konnte jedoch das stark rückläufige Finanzierungsvolumen für Modernisierungsvorhaben nicht kompensieren. Der Rückgang auf 16,2 Mio. Euro (Vorjahr: 56,4 Mio. Euro) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass viele Investoren infolge beihilferechtlicher Vorgaben zur Renditebeschränkung vermehrt ohne Fördermittel und unter Verwendung eigener liquider Mittel ihre Projekte finanzieren.

Sehr positiv entwickelte sich die Förderung von Wohnungseigentümergeinschaften mit einem Neugeschäftsvolumen von 23,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18,4 Mio. Euro). Hier wird deutlich, dass sich die gemeinschaftliche Darlehensaufnahme zur energetischen Sanierung oder zum barrierefreien Umbau von Mehrfamilienhäusern auf dem Markt etabliert hat.

Das im Berichtsjahr 2015 neu eingeführte Förderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ war ebenfalls sehr gut nachgefragt. Bereits im ersten Jahr konnten hier 28,5 Mio. Euro an Landeszuschüssen für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zugesagt werden.

Sonstige Entwicklungen

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg bietet die L-Bank Finanzierungslösungen für kommunale und soziale Infrastrukturprojekte an und unterstützt die öffentliche Hand bei der Realisierung von Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen oder andere Finanzierungsformen. So beteiligt sich die L-Bank unter anderem an Konsortialfinanzierungen von Public-Private-Partnerships und finanziert Konzessions- und Mietmodelle. Beispielsweise unterstützt die L-Bank in diesem Segment auch den Bau von Bürgerwindparks. Schließlich begleitet sie ihren Eigentümer bei infrastrukturellen Vorhaben. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage im öffentlichen Sektor

wurden im Berichtsjahr Neugeschäftsvolumina in Höhe von insgesamt 3.652,4 Mio. Euro realisiert (Vorjahr: 2.637,4 Mio. Euro).

Als Dienstleister für das Land Baden-Württemberg übernimmt die L-Bank die Vergabe einer Vielzahl von Finanzhilfen und auch deren Verwaltung. Neben Mitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union werden Subventionen der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH ausgereicht. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 7.989 Neubewilligungen mit einem Volumen von 1.224,3 Mio. Euro (Vorjahr: 809,6 Mio. Euro) bearbeitet. Durch neu eingeführte Programme und Steigerungen bei den etablierten Programmen lag das Volumen deutlich über dem Vorjahresniveau. Die wesentlichen Programme waren nach wie vor die Krankenhausfinanzierung (400,3 Mio. Euro; Vorjahr: 317,3 Mio. Euro) sowie Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz, Altlasten und Wasserkraft (132,7 Mio. Euro; Vorjahr: 102,0 Mio. Euro). In der Technologie- und Wirtschaftsförderung wurden Mittel in Höhe von 115,2 Mio. Euro (Vorjahr: 62,0 Mio. Euro) zugesagt. Daneben reichte die L-Bank im Auftrag von Bund und Land Bundeseltern- und Betreuungsgeld aus. Das Bewilligungsvolumen im Elterngeld lag mit 856,5 Mio. Euro knapp über dem Vorjahr (840,3 Mio. Euro). Das Volumen im Betreuungsgeld ging auf 116,0 Mio. Euro (Vorjahr: 197,7 Mio. Euro) zurück. Das rückläufige Volumen ist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückzuführen, wonach das Betreuungsgeld gegen das Grundgesetz verstößt. Ab dem 21.07.2015 wurde kein Betreuungsgeld mehr bewilligt.

Das Beteiligungsportfolio der L-Bank umfasst im Wesentlichen strategische und kreditersetzende Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg. Der Buchwert des Gesamtportfolios betrug zum Bilanzstichtag 231,0 Mio. Euro (Vorjahr: 594,1 Mio. Euro).

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hält,

belief sich zum Jahresende 2015 auf 117,8 Mio. Euro (Vorjahr: 488,9 Mio. Euro). Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf der Veräußerung von zwei Finanzbeteiligungen.

Über den L-EA Mittelstandsfonds beteiligt sich die L-Bank als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Mit einem Teilvolumen von bis zu 100,0 Mio. Euro engagiert sich die L-Bank bei Unternehmen der IT- und Softwarebranche, deren Produkte bereits am Markt eingeführt sind, die aber finanzielle Unterstützung für ihr weiteres Wachstum benötigen (Teilportfolio Venture Capital). Die L-Bank geht Neuengagements derzeit nur im Teilportfolio Venture Capital ein, weswegen sich das Investitionsvolumen inklusive Nachrangdarlehen auf 19,1 Mio. Euro (Vorjahr: 30,7 Mio. Euro) reduzierte. Zum Bilanzstichtag beinhaltete das Portfolio des L-EA Mittelstandsfonds 21 Engagements mit einem Investitionsvolumen von 184,0 Mio. Euro (Vorjahr: 170,5 Mio. Euro). Das Teilportfolio Venture Capital belegte davon mit sieben Engagements 41,6 Mio. Euro (Vorjahr: fünf Engagements, 27,4 Mio. Euro). Der Buchwert der Beteiligungen des L-EA Mittelstandsfonds sowie der weiteren kreditersetzenden Beteiligungen belief sich auf 92,3 Mio. Euro (Vorjahr: 82,2 Mio. Euro).

Die L-Bank betreibt über Tochtergesellschaften Technologie- und Gewerbeparks in Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Reutlingen. Durch die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden Unternehmen in ihrem Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft immobilienwirtschaftlich unterstützt. Die Parks heben sich vom sonstigen gewerblichen Vermietungsangebot insbesondere durch ihr Parkmanagement und ergänzende Serviceleistungen, unter anderem in Form von Konferenz- und Schulungsräumen sowie Kindergärten und Grundschulklassen, ab. Neben den Technologie- und Gewerbeparks betreibt die L-Bank auch verschiedene nationale Infrastrukturprojekte sowie das German Centre in Indonesien. Zum 31.12.2015 lag der

Buchwert der Unternehmen zur Standortentwicklung bei 21,0 Mio. Euro (Vorjahr: 23,0 Mio. Euro).

Zum 30.11.2015 hat die L-Bank ein Teilportfolio von Krediten an sächsische Wohnungsunternehmen im Nennwert von insgesamt 878,3 Mio. Euro an die Sächsische Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, veräußert.

Im Rahmen ihrer Aktiv-/Passivsteuerung verfolgte die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich zu mehr als zwei Dritteln aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen.

LAGE

Ertragslage

Die Ertragslage der L-Bank wird durch die nachstehende betriebswirtschaftlich orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden die handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen und andere Förderaufwendungen als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt. Der Zinsüberschuss ging im Berichtsjahr aufgrund des niedrigen Zinsniveaus um 10,1 Mio. Euro bzw. 2,7% zurück. Der Rückgang fiel jedoch aufgrund der Sonderausschüttung eines Beteiligungsunternehmens deutlich niedriger aus als erwartet. Der Zinsüberschuss blieb unverändert die wichtigste Ertragsquelle der L-Bank.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 42,4 Mio. Euro) war unverändert geprägt durch die Zahlungen des Landes für Dienstleistungen der L-Bank. Hierzu gehören insbesondere die Ausreichung von Mitteln der Familienförderung (Eltern-, Erziehungs- und Betreuungsgeld) und die Gewährung von Finanzhilfen (EU-Strukturförderung u. a.).

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen

auf Sachanlagen umfassen, sind erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 3,4% auf 171,2 Mio. Euro (Vorjahr: 165,6 Mio. Euro) gestiegen. Ursächlich für die Steigerung waren im Wesentlichen der erstmalige Beitrag zum europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds, IT-Kosten sowie Tariflohnerhöhungen und höhere Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge.

Das Nettoergebnis aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen hat sich positiv entwickelt (2015: 4,7 Mio. Euro, Vorjahr: -4,9 Mio. Euro). Ursächlich hierfür waren hauptsächlich Erträge im Zusammenhang mit einer Venture-Capital-Finanzierung. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen war nur leicht rückläufig und betrug 241,3 Mio. Euro (Vorjahr: 247,4 Mio. Euro).

Das Bewertungsergebnis hat sich erwartungsgemäß von 61,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 42,6 Mio. Euro vermindert, blieb damit aber weiterhin positiv. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Risikovorsorgeauflösungen aus dem Fördergeschäft in Sachsen. Damit betrug das Betriebsergebnis 283,9 Mio. Euro (Vorjahr: 308,4 Mio. Euro). Das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank belief sich auf 279,2 Mio. Euro (Vorjahr: 307,5 Mio. Euro).

Im Jahr 2015 wurden im Rahmen der Fördertätigkeit der L-Bank 114,5 Mio. Euro (Vorjahr: 114,2 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg betrug unverändert 14,1 Mio. Euro. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit 100,0 Mio. Euro (Vorjahr: 130,0 Mio. Euro) dotiert.

Der Jahresüberschuss belief sich auf insgesamt 50,6 Mio. Euro (Vorjahr: 49,2 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 50,9 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, hiervon 50,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 0,9 Mio. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro				
	01.01.2015 bis 31.12.2015	01.01.2014 bis 31.12.2014	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	365,4	375,5	-10,1	-2,7
Provisionsüberschuss	42,4	42,4	0,0	0,0
Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/ Aufwendungen	4,7	-4,9	9,6	<-100,0
Verwaltungsaufwendungen	171,2	165,6	5,6	3,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	241,3	247,4	-6,1	-2,5
Bewertungsergebnis	42,6	61,0	-18,4	-30,2
Betriebsergebnis	283,9	308,4	-24,5	-7,9
Ertragsteuern	4,7	0,9	3,8	>100,0
Verteilungsfähiges Ergebnis	279,2	307,5	-28,3	-9,2
Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	114,5	114,2	0,3	0,3
Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	14,1	14,1	0,0	0,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	100,0	130,0	-30,0	-23,1
Jahresüberschuss	50,6	49,2	1,4	2,8

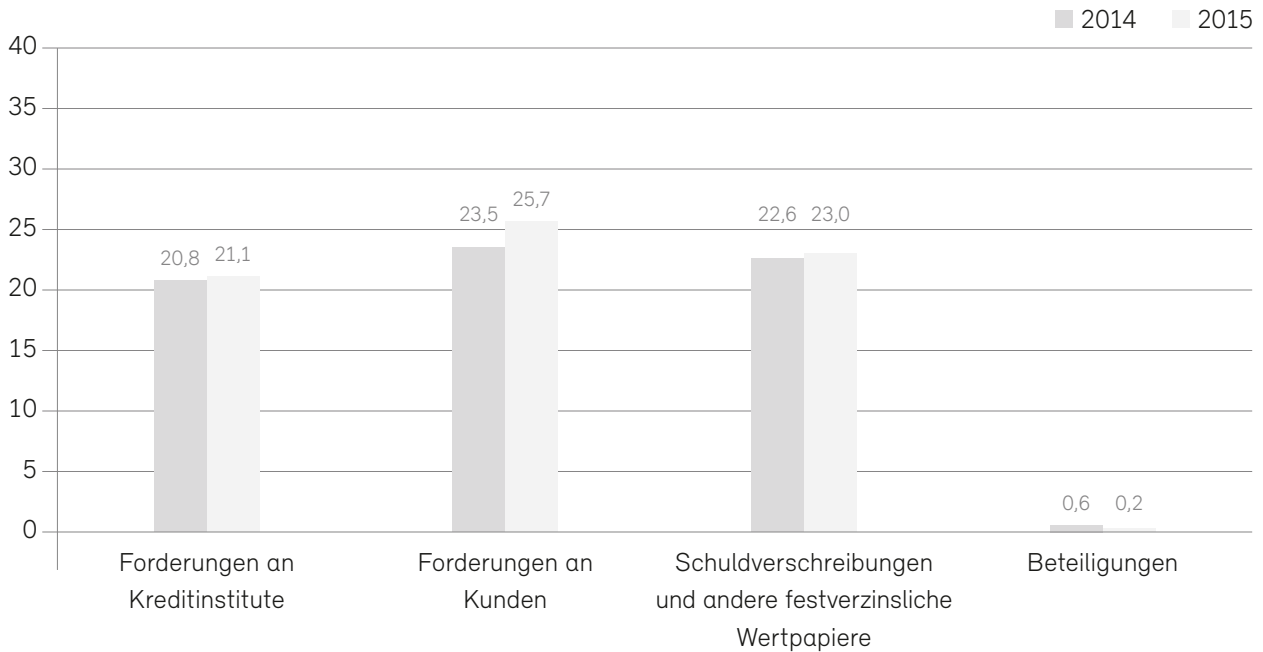
Vermögenslage

Die Bilanzsumme der L-Bank bewegte sich erwartungsgemäß auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorjahr und betrug zum Stichtag 73.294,9 Mio. Euro (Vorjahr: 70.190,1 Mio. Euro). Die leichte Zunahme resultierte vornehmlich aus höheren Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite standen dem im Wesent-

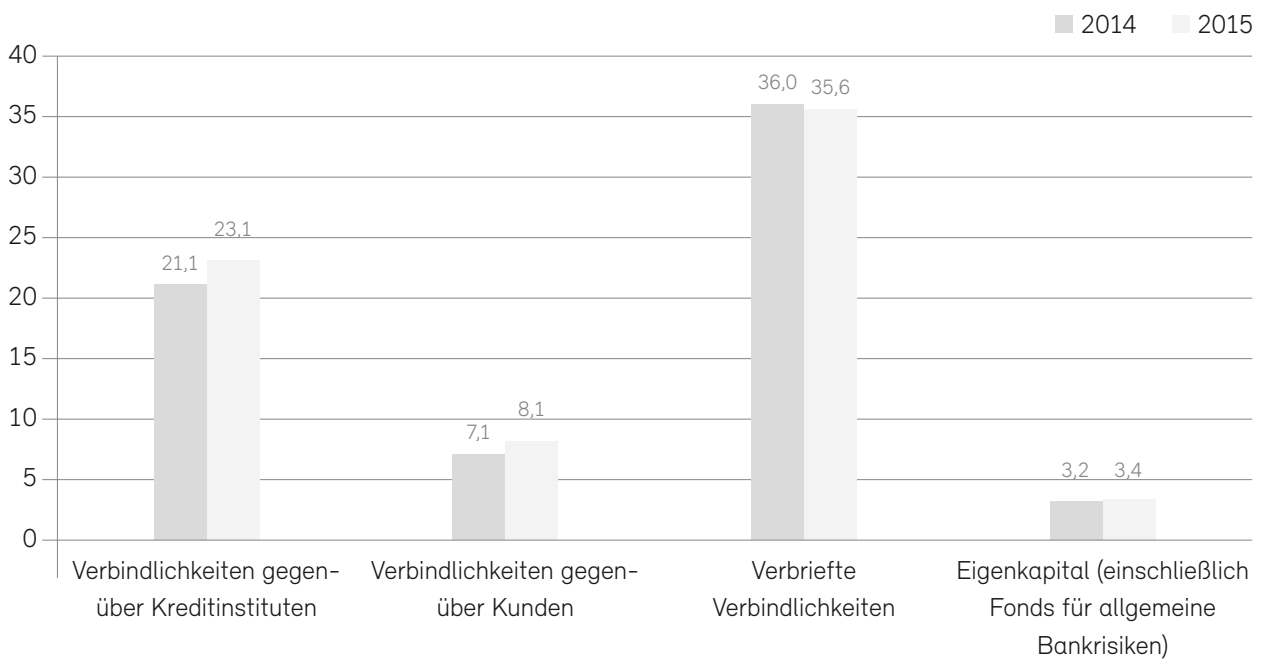
lichen höhere Refinanzierungen bei Kreditinstituten und Kunden gegenüber.

Das Geschäftsvolumen, das auch Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 4,3 % auf 81.320,5 Mio. Euro (Vorjahr: 77.995,2 Mio. Euro).

AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER AKTIVSEITE in Mrd. Euro



AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER PASSIVSEITE in Mrd. Euro



Finanzlage

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA. Zudem können Kreditinstitute L-Bank-Anleihen als Aktiva der höchsten Liquiditätsstufe in der kurzfristigen Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) anrechnen.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsvarianten erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag weiterhin im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das zum 31.12.2015 mit 21.890,6 Mio. Euro (Vorjahr: 21.341,9 Mio. Euro) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden wieder eine fünfjährige Benchmark-Anleihe über 1.500,0 Mio. Euro sowie zwei Benchmark-Anleihen über je 1.000,0 Mio. US-Dollar mit Laufzeiten von je zwei Jahren begeben. Daneben wurden Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen, vornehmlich in Euro, US-Dollar und britischen Pfund, emittiert. Zu erwähnen sind zudem zwei Refinanzierungen über insgesamt 350,0 Mio. australische Dollar mit Laufzeiten von drei bzw. zehn Jahren sowie eine vierjährige Anleihe über 250,0 Mio. Neuseeland-Dollar. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen ging erwartungsgemäß auf 5.158,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8.776,9 Mio. Euro) zurück. Die Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 9.187,9 Mio. Euro (Vorjahr: 9.446,3 Mio. Euro).

Zusätzlich nutzte die L-Bank für verschiedene Förderprogramme die Refinanzierungsangebote der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, soweit dies aufgrund der Programmkompatibilität der Institute möglich war.

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr gesichert, sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden jederzeit eingehalten.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Eigenmittel zum 31.12.2015 vor Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der L-Bank.

EIGENMITTEL in Mio. Euro	
Hartes Kernkapital nach Abzugspositionen	3.231,6
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugspositionen	0,0
Ergänzungskapital nach Abzugspositionen	515,4
Summe der Eigenmittel	3.747,0

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG VON GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der L-Bank waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

PERSONAL

Die L-Bank beschäftigte zum Bilanzstichtag 1.236 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.250). Die erstmals seit Jahren rückläufige Mitarbeiterzahl ist im Wesentlichen auf altersbedingte Austritte zurückzu-

führen. Die Fluktuationsquote ist mit 3,82 % (Vorjahr: 2,47 %) leicht gestiegen. Personelle Veränderungen ergaben sich vor allem durch interne Umstrukturierungen, die Einrichtung zentraler Stabsstellen und aufgrund erhöhter aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Zum 01.04.2015 wurde im Bereich Kreditanalyse die Abteilung Kreditsekretariat neu geschaffen, in welcher besonders die Zuständigkeiten für die bankweiten grundsätzlichen Regelungen zum Kreditgeschäft zentralisiert wurden. Im Bereich Justizariat erfolgte die Einrichtung eines zentralen Kreditvertragsmanagements. Der neue Bereich Unternehmensfinanzierung und Marktmanagement vereinigt Aufgaben verschiedener Förderdisziplinen mit dem Ziel einer marktgerechten und zukunftsorientierten Ausrichtung des Fördergeschäfts.

Unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung strebt die L-Bank bei der Besetzung von Führungsfunktionen eine angemessene Geschlechterverteilung an, das heißt in der Regel eine Berücksichtigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen. 33,8 % (Vorjahr: 33,6 %) der Führungskräfte sind weiblich. Auf der Ebene unterhalb des Vorstands machte der Anteil der weiblichen Führungskräfte 32,1 % (Vorjahr: 32,0 %) aus. Insgesamt beschäftigt die L-Bank mehr Frauen als Männer: Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag zum Bilanzstichtag bei 58,2 % (Vorjahr: 58,5 %).

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die L-Bank unter anderem eine flexible Arbeitszeitordnung und Eltern-Kind-Büros an. Außerdem berücksichtigt sie individuelle Teilzeitwünsche ihrer Mitarbeiter. So waren zum Bilanzstichtag unverändert 24,8 % der Mitarbeiter in Teilzeit tätig. Freie Stellen werden grundsätzlich mit dem Hinweis ausgeschrieben, dass eine Besetzung auch in Teilzeit möglich ist.

Der demografische Wandel und die damit einhergehende Altersstruktur stellt auch die L-Bank vor Herausforderungen. 530 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Vorjahr: 538) sind 20 oder mehr Jahre bei der L-Bank beschäftigt, das Durchschnittsalter beträgt unverändert 46,2 Jahre. Der betrieblichen Nachwuchsförderung kommt damit eine besondere Bedeutung zu.

NACHHALTIGKEITSBERICHT

Ein auf nachhaltige Entwicklung der L-Bank und des Landes Baden-Württemberg ausgerichtetes Handeln ergibt sich aus dem gesetzlichen Förderauftrag der Bank und stellt die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit dar. Die L-Bank trägt dazu mit passenden Förderangeboten bei. Daneben besitzt die L-Bank als Landesunternehmen eine besondere Verantwortung für Umweltschutz und vorbildliches unternehmerisches Handeln.

Um den Nachhaltigkeitsgedanken in baden-württembergischen Unternehmen zu verbreiten und zu verankern, hat die vom Land ins Leben gerufene Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit die WIN-Charta entwickelt. Die L-Bank übernimmt als einer der Erstunterzeichner eine Vorreiterrolle und engagiert sich bei der weiteren Verbreitung der WIN-Charta. Über die im Rahmen der WIN-Charta verfolgten Nachhaltigkeitsziele und deren Zielerreichung informiert die L-Bank in einem WIN-Charta Nachhaltigkeitsbericht. Gleichzeitig werden in diesem Bericht neue Ziele für die kommende Berichtsperiode gesetzt und so ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess eingeleitet. Mit der Teilnahme an Projekten zur Optimierung des betrieblichen Mobilitätsmanagements erfüllt die L-Bank ihren Nachhaltigkeitskodex und ihre Nachhaltigkeitsleitlinien mit Leben.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2015 nicht ereignet.

PROGNOSEBERICHT

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Konjunktur bleiben unverändert günstig. Der weiterhin niedrige Ölpreis, die dauerhaft niedrigen Zinsen und der relativ niedrige Außenwert des Euro sind für die deutsche Volkswirtschaft ein Wachstum induzierendes Umfeld. Der wirtschaftliche Aufschwung ist stabil, da er sowohl von der Binnenwirtschaft als auch von der Exportwirtschaft getragen wird. In der Gesamtbeurteilung ist für 2016 eine Fortsetzung des moderaten Aufschwungs der deutschen Wirtschaft absehbar. Gegenläufig wirken sich verschiedene Exporteffekte auf die deutsche Konjunktur aus. Die erwartete Erholung der Konjunktur im Euroraum und das prognostizierte Erstarren der US-Wirtschaft werden im Verlauf des Jahres 2016 die deutsche Exportwirtschaft stützen. Dennoch muss damit gerechnet werden, dass dieser Effekt die voranschreitende Abkühlung auf den Weltmärkten nicht kompensieren kann, die insbesondere von den Schwellenländern ausgeht. Zugleich befördert die positive Entwicklung der Binnennachfrage eine Zunahme der Importe. Die Binnenkonjunktur wird im Jahr 2016 noch stärker als im vergangenen Jahr zur Wachstumsstütze für die deutsche Gesamtkonjunktur werden. Der starke Arbeitsmarkt, weiterhin steigende Reallöhne und Renten sowie der dauerhafte Niedrigzins wirken stimulierend auf den privaten Konsum. Zusätzliche Impulse wird die Binnennachfrage durch die Bewältigung der Flüchtlingsintegration sowie durch den steigenden Staatskonsum aufgrund der in Aussicht gestellten Infrastrukturoffensive erfahren, die insbesondere den Dienstleistungssektor begünstigen. In Summe geht die L-Bank von einem stabilen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in einem Intervall zwischen 1,5 % und 1,7 % aus. Dieses Wachstum lässt eine Beschäftigungsausweitung erwarten. Dennoch wird sich die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der nach und nach am Arbeitsmarkt ankommenden Asylbewerber erhöhen. Das Gemeinschaftsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2015 prognostiziert

einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,5 % im Jahr 2016.

Die größten Wachstumsrisiken gehen von den geopolitischen Gefahren des Terrorismus sowie der anhaltenden unsicheren europapolitischen Gemengelage um den Ukraine-Russland-Konflikt, der wirtschaftlichen Lage in Griechenland und den Neuwahlen in Polen und Spanien aus. Zudem birgt die Unsicherheit über die Schärfe einer möglichen Wirtschaftskrise in China konjunkturelle Risiken.

Die Wirtschaft Baden-Württembergs profitierte im Jahr 2015 von ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter und Automobile sowie ihren Stärken im Ausfuhrgeschäft. Diese Abhängigkeit vom Export dürfte sich im kommenden Jahr weniger positiv auswirken. Aufgrund der im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Exportorientierung könnte eine merkliche Abkühlung der Weltkonjunktur das baden-württembergische Wachstum stärker beeinträchtigen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg prognostiziert für 2016 ein reales BIP-Wachstum von vergleichsweise vorsichtigen 1,5 % (Stand Dezember 2015). Bei einer zu erwartenden guten Baukonjunktur geht die L-Bank von einem in der Tendenz leicht höheren realen Wirtschaftswachstum zwischen 1,6 % und 1,8 % aus. Die baden-württembergischen Exporteure dürften von einem Anziehen der US-Konjunktur stärker profitieren, als dass sie ein Abschwächen der Konjunktur in den Schwellenländern beeinträchtigen könnte. Der robuste Arbeitsmarkt und die Aussicht auf deutliche Einkommenssteigerungen dürften auch im Jahr 2016 den privaten Konsum zu einer wichtigen Wachstumsstütze werden lassen. Für das kommende Jahr erwartet die L-Bank für Baden-Württemberg weiterhin steigende Erwerbstätigenzahlen, wenn auch mit 0,7 % in gemäßigerem Ausmaß als 2015.

Wesentliche Aspekte der Geschäftstätigkeit der L-Bank werden auch im Jahr 2016 die Förderung von mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern sowie

Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum sein. Dabei ist im Wesentlichen eine Fortführung der Fördertätigkeit mit den bestehenden Programmen geplant. Angesichts der wirtschaftlichen Prognosen wird insgesamt mit einer moderaten Nachfrageentwicklung gerechnet.

Insgesamt ist zu erwarten, dass in der Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung das Rekordjahr 2015 nicht nur nicht erreicht wird, sondern dass es zu einem deutlichen Volumenrückgang bei den Förderprogrammen kommen wird. Der Fokus in der Wirtschaftsförderung wird zum einen auf dem Angebot von einfach abzuwickelnden Programmen mit geringer Subvention liegen. Zum anderen setzt die L-Bank ihre Förderschwerpunkte im Rahmen der Digitalisierung 4.0 und der Energiewende. Die im Herbst 2015 neu eingeführten Programme Innovationsfinanzierung und InnovFin70 sind inzwischen am Markt etabliert, sodass mit einer Steigerung der Nachfrage zu rechnen ist. Darüber hinaus bietet die L-Bank ab April 2016 mit dem Programm Weiterbildungsfinanzierung 4.0 den Unternehmen ein neues, schlankes Programm im Hausbankenverfahren an. Mit den mittelfristigen Darlehen können die Unternehmen berufliche Qualifizierungsmaßnahmen finanzieren. Die Neuordnung der Beteiligungsaktivitäten führt zu einer Konzentration auf den Venture Capital-Bereich mit Fokus auf die Technologiefelder IT und Internet. Zudem hat sich die L-Bank zum Jahresbeginn 2016 an einem externen Mittelstandsfonds beteiligt, der etablierte Unternehmen insbesondere bei den anstehenden Herausforderungen aus der zunehmenden Digitalisierung der Produkte und Wertschöpfungsketten (Industrie 4.0) begleitet. Die Aktivitäten in der Standortentwicklung sollen insbesondere durch Erschließung neuer Standorte für Technologieparks ausgebaut werden; unverändert bleibt der Verkauf von Objekten in den Parks Teil der Gesamtstrategie.

Bei der Förderung von privatem Wohneigentum orientieren sich die Fördertatbestände unter anderem an der Energieeinsparverordnung. Diese hat zum 01.01.2016

eine deutliche Verschärfung der Anforderungen bei Neubauten gebracht. Dadurch stellt die L-Bank in der Energieeffizienzfinanzierung – Bauen die Förderung des Standards KfW-Effizienzhaus 70 für Neubauten zum 01.02.2016 ein. Allein dadurch entfällt ein Fördervolumen von ca. 200 Mio. Euro. Bei der Eigentumsfinanzierung BW im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms erwartet die L-Bank keine nennenswerten Änderungen im Geschäftsjahr 2016. Die Mietwohnraumförderung des Landes dürfte im Jahr 2016 eine erhebliche Zunahme erfahren. Gründe hierfür sind einerseits die optimierten Förderbedingungen (Darlehenshöchstbeträge, Steigerung der zulässigen Eigenkapitalrenditen, Möglichkeit einer reduzierten Miet- und Belegungsbindung von zehn Jahren). Des Weiteren stehen verschiedene größere Konversionsflächen (Heidelberg, Mannheim) zur Entwicklung an, die mit erheblichen Neubauzahlen verbunden sind. Es besteht weiterhin, auch bedingt durch die hohen Flüchtlingszahlen, ein enormer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum.

Trotz des in Summe relativ stabilen konjunkturellen Umfelds prognostiziert die L-Bank im Jahr 2016 ein deutlich rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikoversorge/Bewertungen. Dies ist zum einen auf die Erwartung zurückzuführen, dass der Zinsüberschuss deutlich zurückgehen wird, da sich die Zinsen auch im kommenden Jahr auf niedrigem Niveau bewegen werden und da keine Sonderausschüttungen von Beteiligungsunternehmen erwartet werden. Zum anderen wird sich der Sachaufwand für das Bankgeschäft merklich erhöhen. Dies resultiert überwiegend aus IT-Aufwendungen für die Umsetzung rechtlicher Vorgaben und für die Modernisierung der IT-Landschaft. Im Vergleich zum Berichtsjahr plant die Bank ein schlechteres Bewertungsergebnis. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass die hohen Risikoversorgeauflösungen des Berichtsjahres nicht als im gleichen Umfang wiederholbar eingeschätzt werden können.

Die Bilanzsumme wird sich im Jahr 2016 auf vergleichbarem Niveau wie im Berichtsjahr bewegen.

Bezüglich der Refinanzierung erwartet die L-Bank aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie weiterhin problemlos Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bank ist am nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt gut und diversifiziert aufgestellt.

Insgesamt prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2016 ein im Vergleich zum Jahr 2015 deutlich rückläufiges Neugeschäftsvolumen. Bedeutende Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage werden nicht erwartet.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit und deren Reporting an den Vorstand,
- die Erstellung eines Sanierungsplanes mit Handlungsoptionen für den Fall des Eintritts von Ereignissen mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,

- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die Einrichtung einer Compliance- und einer Risikocontrolling-Funktion sowie einer Internen Revision.

Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug hat das Land Baden-Württemberg die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sowie eine explizite und unbedingte Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank übernommen.

Auf Basis des öffentlichen Förderauftrags formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird. Die Geschäftsaktivitäten der L-Bank werden aus aufsichtsrechtlicher Sicht von der Europäischen Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Behörden reguliert und überwacht. Diese Aufsicht zielt vornehmlich auf die Überwachung der Einhaltung des CRR/CRD 4-Regelwerkes entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht ab. Weiter bewertet die deutsche Bankenaufsicht die interne Risikotragfähigkeit der L-Bank auf Grundlage des Leitfadens zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte vom 12.12.2011. Der von der Europäischen Zentralbank festgelegte SREP-Aufschlag auf die in der CRR vorgegebenen Mindestkapitalquoten deckt auch Elemente der internen Risikotragfähigkeit ab. Insoweit bestehen bezüglich Bewertung der internen Risikotragfähigkeit eine europäische und eine deutsche Regelung nebeneinander. Die folgenden Aussagen zur internen Risikotragfähigkeit basieren auf dem genannten Leitfaden der deutschen Bankenaufsicht und gehen bei der Ermittlung des internen Risikodeckungspotenzials von der in der CRR geforderten Mindestkapitalquote aus.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand. Dieser hat die Umsetzung des Risikomanagements auf verschiedene Risikomanager sowie auf die Risikocontrolling-Funktion, die Compliance-Funktion, die Leitung der Internen Revision und das Security Office delegiert. Diese sind hierarchisch direkt unterhalb des Vorstandes angesiedelt und haben zur Unterstützung der Erfüllung der übertragenen Aufgaben ein Stresstestkomitee, einen Arbeitskreis „Sanierungsplanung“ sowie einen Ausschuss „Regulatory Compliance“ installiert. Der Risikovorstand (Chief Risk Officer/CRO) hat die bankweite Verantwortung für die Bewertung und Überwachung aller Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken. Er berichtet exklusiv über die genannten Risiken im Vorstand. Die Risikocontrollingfunktion ist direkt dem CRO unterstellt und berichtet direkt an diesen.

Der Verwaltungsrat wird vom Vorstand regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling sowie über sonstige risikorelevante Sachverhalte informiert. Der Verwaltungsrat hat verschiedene Ausschüsse gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen: In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken sowie über Rechts-, Reputations- und Compliance-Risiken. Weiter wird der Risikoausschuss über die Risikostrategien sowie über Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, informiert. Der Risikoausschuss berät den Vorstand in Fragen der Gesamtrisikobereitschaft sowie der Risikostrategien. Der Risikoausschuss ist auch zuständig für die Erörterung des Prüfungsberichts mit dem Abschlussprüfer und Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses sowie der Fassung des Gewinnverwendungsbeschlusses durch den Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat beabsichtigt,

für die zuletzt genannten Aufgaben einen eigenständigen Prüfungsausschuss zu installieren.

Der Personalausschuss nimmt die Aufgaben eines Nominierungs- und eines Vergütungskontrollausschusses wahr. Er ist auch zuständig für die Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsrates zur Vergütung der Geschäftsleitung sowie dessen dienstvertragliche und sonstige vertragliche Angelegenheiten. Er fasst Beschlüsse zu Grundsätzen der Beschäftigungsverhältnisse der leitenden Angestellten sowie der übrigen Bediensteten und bestellt die Generalbevollmächtigten.

Der Vorstand legt ein Zinsänderungsrisiko- und Währungsprofil fest, für dessen Umsetzung der Bereich Treasury zuständig ist. Dieser Bereich ist auch für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese steuern entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Basis dieser Bewertungen ist eine unternehmensweite Datenbank, in der alle Geschäfte der Bank mit ihren Ausprägungen normiert abgelegt sind. Die im Rahmen des Risikomanagements erstellten Auswertungen werden regelmäßig mit den bilanzorientierten Auswertungen sowie den Datengrundlagen für das Meldewesen (z. B. CRR) abgeglichen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung

aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Bank geht Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in kontrolliertem Maß ein und steuert diese unter Beachtung aufsichtlicher und betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Bezüglich des operationellen Risikos verfolgt die Bank die Strategie der Vermeidung, wobei sie hier nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vorgeht.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende kreditnehmerbezogene Limite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner fungiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge und gibt ein Zweitvotum ab. Zur umfassenden Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Die Stabsstelle Compliance ist ebenfalls dem Gesamtvorstand unterstellt und verantwortet die Unternehmenscompliance, die Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie die Wertpapiercompliance.

Das Security Office ist insbesondere für die Unterstützung des Vorstandes in allen Fragen zur Informationssicherheitspolitik, für die Koordination der Informati-

onssicherheit und der entsprechenden Maßnahmen, für die Überwachung der Wirksamkeit der Sicherheitsmaßnahmen, für die kontinuierliche Verbesserung und Weiterentwicklung des Sicherheitsprozesses sowie für das mit der Informationssicherheit zusammenhängende Berichtswesen zuständig.

Das Risikomanagement der L-Bank berücksichtigt Beteiligungen insoweit, als aus diesen bzw. durch diese Verluste entstehen können, die die L-Bank in ihrer Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nachhaltig wesentlich negativ beeinflussen.

GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand eine Zielgröße hinsichtlich der Kernkapitalquote fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Adressenausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamtrisikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leiten sich die Risikostrategien ab. In den Risikostrategien legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in den Risikostrategien seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotenzial bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden auf Basis einer regelmäßigen und fortgeschriebenen Risikoinventur das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Die Bank konnte auf Basis eigener Verlusthistorien Kreditkorrelationen bestimmen, weshalb ab 01.01.2015 bei der Überprüfung der Risikotragfähigkeit kein Risikodeckungspotenzial für Modellrisiken vorzuhalten war. Weiter hat die Bank festgestellt, dass die zur Ermittlung des Value-at-Risk für Marktpreisrisiken unter anderem auf Basis einer Spiegelung der historischen Entwicklung simulierten Zinsänderungen Stressszenarien darstellen, weshalb diese ab 01.01.2015 nicht mehr bei der Bestimmung des Value-at-Risk berücksichtigt wurden. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Risikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in

Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen im Wesentlichen im Laufzeitband bis 24 Monate Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegenden Zinsmeinungen werden aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, zumindest wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung. Darüber hinaus unterstellen die deutsche und die europäische Aufsicht Marktpreisrisiken aufgrund der Anlage des Eigenkapitals in längerfristige Titel.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimierten Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Refinanzierungsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Überwachung des Risikodeckungspotenzials unter Fortführungs- und Liquidationsaspekten

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Steuerung der Risiken erfolgen mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts ohne Unterstützungsmaßnahmen des Gewährträgers nachhaltig zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit im Sinne des sogenannten Liquidationsansatzes. Die Risikotragfähigkeit wird monatlich geprüft und dem Vorstand bzw. dem zuständigen Aufsichtsorgan berichtet.

Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten ökonomischen Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dienen zunächst nur die nicht zur Erfüllung der Kapitalunterlegung nach den Anforderungen der CRR benötigten Eigenmittel. Da die Risiken auf Basis einer Halte-dauer von einem Jahr ermittelt werden, werden die Eigenmittelanforderungen angesetzt, die gemäß Phase-in-Regelung zwölf Monate nach Bewertungsstichtag gelten werden. Aus Vorsichtsgründen erhöht die Bank die geforderte Quote um 0,5 Prozentpunkte. In einem zweiten Schritt werden diese freien Kapitalbestandteile um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit den Eigenmitteln vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden. Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit über den Betrachtungsstichtag hinaus wird geprüft, wie sich das so ermittelte Risikodeckungspotenzial in den nächsten zwölf Monaten ohne Berücksichtigung von Erträgen aus Neugeschäft, aber unter Hinzurechnen

von möglichen – in den jeweiligen Value-at-Risk-Werten nicht enthaltenen – Verlustpotenzialen (insbesondere aus Embedded Options) entwickelt.

Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0% Value-at-Risk(VaR)-Limite festgelegt. Hiervon ausgenommen sind Geschäftsvorfälle, für die z. B. aufgrund zu geringer Anzahl eine valide Bestimmung eines VaR nicht möglich ist. Für derartige Geschäftsvorfälle ermittelt die Bank ein Verlustpotenzial auf Basis vereinfachter Verfahren. Die Bank legt die VaR-Limite unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategien fest. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund „technischer“ Vorgänge ohne Ausweitung der Risikoposition ein VaR erhöht (z. B. unveränderte Anlage des Eigenkapitals, aber simulierter Zinsanstieg). Um sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter Berücksichtigung derartiger technischer Vorgänge gegeben ist, stellt die Bank einen Verlustpuffer zur Verfügung. Die Summe aus VaR-Limiten und Verlustpuffern bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0% des Risikodeckungspotenzials ausschöpft. Bei dieser Gegenüberstellung von möglichen Verlusten und Risikodeckungspotenzial berücksichtigt die Bank keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Risikoarten. Die Gegenüberstellung von Verlustlimiten zum Risikodeckungspotenzial (Überprüfung der Risikotragfähigkeit) wird monatlich durchgeführt und dem Vorstand gemeldet.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das Risikodeckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter „Risikoposition“ werden die Anrechnungsbeträge für Adressenausfallrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

AUFSICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	31.03.2015	30.06.2015	30.09.2015	31.12.2015
Risikoposition in Mio. Euro	21.777,0	21.760,9	21.629,8	19.726,0
Kernkapital in Mio. Euro	3.008,4	3.213,9	3.213,9	3.231,6
Kernkapitalbedarf in Mio. Euro (6,0 %)	1.306,7	1.305,7	1.297,8	1.183,6
Eigenmittel in Mio. Euro	3.528,8	3.719,8	3.694,9	3.747,0
Kernkapitalquote in %	13,81	14,77	14,86	16,38
Gesamtkapitalquote in %	16,20	17,09	17,08	19,00

Unter Berücksichtigung der zwölf Monate nach Berechnungsstichtag geltenden CRR-Anforderungen und des bankinternen Aufschlags von 0,5 Prozentpunkten auf

die Mindestkernkapitalquote ergibt sich folgendes freies Kernkapital:

	31.03.2015	30.06.2015	30.09.2015	31.12.2015
Freies Kernkapital in Mio. Euro	1.257,7	1.452,8	1.444,0	1.638,6

Zum Bilanzstichtag ergibt sich bei einem freien Kernkapital von 1.638,6 Mio. Euro, einem Gewinn des abgelaufenen Jahres von 150,6 Mio. Euro (vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach § 340g HGB) sowie anrechnungsfähigen Vorsorgereserven in Höhe von rund 127,9 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risikodeckungspotenzial von 1.917,1 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial steht die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäftsstrategie und den Risikostrategien beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 940,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilt sich zum Bilanzstichtag wie nachfolgend aufgeführt.

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am ökonomischen Risikodeckungspotenzial beträgt hiernach zum Bilanzstichtag 49,0 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug er zwischen 49,0 % und 60,5 %.

GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN PER 31.12.2015

in Mio. Euro

	Limit
Gesamtverlustobergrenze	940,0
Adressenausfallrisiken	400,0
Marktpreisrisiken	250,0
Liquiditätsrisiken	150,0
Operationelle Risiken	10,0
Verlustpuffer für vereinfacht bewertete Geschäftsvorfälle	10,0
Verlustpuffer	120,0
Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial in %	49,0

Liquidationsansatz

In einer weiteren Berechnung wird der Wert der Bank als ökonomisches Risikodeckungspotenzial dargestellt, wobei auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen sowie die negativen Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS) berücksichtigt werden. Diesem werden neben den Adressenausfallrisiken, den Marktpreisrisiken, den Liquiditätsrisiken und den operationellen Risiken auch die Spread- und Migrationsrisiken gegenübergestellt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs der Wertpapiere und Credit Default Swaps aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Emittenten mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines rating-unabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere und Credit Default Swaps aufgrund marktweiter Spread-schwankungen durch historische Simulation bewertet.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein Barwert der Bestände von 5.434,9 Mio. Euro. Diesem stehen barwertige Verwaltungsaufwendungen von 270,0 Mio. Euro, barwertige erwartete Risikokosten von 423,8 Mio. Euro sowie stille Lasten aus CDS von 0,2 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein barwertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 4.740,9 Mio. Euro ergibt. Dieses ist zum Bilanzstichtag durch VaR-Werte in Höhe von insgesamt 4.012,4 Mio. Euro zu insgesamt 84,6 % belegt, wobei im Liquidationsansatz ein Konfidenzniveau von 99,98 % angewendet wird. Die Belegung der wertorientierten Gesamtverlustobergrenze lag im Jahr 2015 zwischen 62,5 % und 84,6 %.

Kapitalplanung

Die Bank hat wie in den Vorjahren kurz-, mittel- und langfristige Simulationsrechnungen erstellt, die auf der aktuellen bzw. erwarteten Risikolage aufsetzen und die neuen aufsichtlichen Regelungen berücksichtigen.

Dabei wird das vorgerechnete Risikodeckungskapital nicht in vollem Umfang zur Abdeckung von Risiken bereitgestellt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass neben den neuen aufsichtlichen Regelungen weitere Erhöhungen des Eigenmittelbedarfs auf die Banken zukommen. Auf Basis dieser Vorrechnungen ist die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Fortführungs- als auch nach dem Liquidationsansatz gegeben.

Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über VaR-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die Finanzmarktkrise offenbarte jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Aufgrund der Tatsache, dass finanzmathematische Modelle naturgemäß nicht alle Ereignisse abbilden können, erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

Im Rahmen dieser Analysen werden vom Stresstestkomitee zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmenden Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten ermittelt. Hierbei wird unter anderem auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringver-

fahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analysesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt, und es wird retrograd errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stress-tests). Die Bank hat zum 01.10.2015 die bis dato durchgeführten inversen Stresstests durch die Belastungsanalysen, die im Rahmen der Sanierungsplanung durchzuführen waren, ersetzt und auf diese Weise die Sanierungsplanung in das Risikomanagementsystem eingebunden.

Die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien beruht auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden.

Bei den Adressenausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Diese Szenarien umfassen sowohl Sensitivitätsanalysen bezüglich der verschiedenen Risikofaktoren als auch Szenarioanalysen, bei denen bestimmte außergewöhnliche, aber mögliche Ereignisse simuliert werden. So wird z. B. in einem Szenario – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge in außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hin-

sichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen.

Die Methoden zur Risikoquantifizierung, die bei der Risikotragfähigkeitsüberprüfung im Jahr 2015 eingesetzt wurden, sind nach Berücksichtigung der im Rahmen der Risikoinventur 2015 beschlossenen Änderungen der Messverfahren bzw. deren Annahmen angemessen für die interne Risikosteuerung und werden im Jahr 2016 weiterhin verwendet. Notwendige unterjährige Anpassungen sind vom Vorstand zu genehmigen.

RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Als wesentliche Risikoarten wurden das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko identifiziert.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in der Gefahr, dass ein Geschäftspartner seinen vertraglich vereinbarten Verpflichtungen nicht nachkommt. Diese Verpflichtung kann aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG oder aus der Erfüllungspflicht eines Zug-um-Zug-Geschäftes resultieren. Die Nichterfüllung eines Vertrages geht

auf individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende Ursachen zurück. Politische Ursachen, die die Nichterfüllung eines Vertrages zur Folge haben, werden von der Bank als Länderrisiko klassifiziert. Das Länderrisiko wird durch Länderlimite begrenzt. Länderspezifische Transfer- und Konvertierungsrisiken ordnet die Bank dem Rechtsrisiko und damit dem operationellen Risiko zu.

Die aktive Steuerung des Adressenausfallrisikos beginnt im Rahmen der Kreditgewährung mit

→ der Einstufung der Bonität des Kreditnehmers (inklusive Überprüfung der Kapitaleinstufungsfähigkeit),

→ der Einhaltung des Länderrisikolimits,
 → der eventuellen Hereinnahme von Sicherheiten,
 → der Ermittlung einer ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikomarge und
 → der Überprüfung der Notwendigkeit eines zweiten Votums.

Im Rahmen der Steuerung des Adressenausfallrisikos gibt die Bank für die einzelnen Geschäftssegmente eine Mindestrisikoklasse im Rahmen des 14-stufigen Systems vor. Über Ausnahmen von diesen Mindestrisikoklassen entscheidet der Vorstand.

Geschäftssegmente	Risikoklasse
Kredite im Programmgeschäft	Bonitätsmäßige Voraussetzungen für das Programmgeschäft sind in den zwischen dem Land Baden-Württemberg und der L-Bank abgestimmten Förderprogrammen und bankinternen Arbeitsanweisungen festgelegt
Sonstige Kredite (inklusive Wertpapieren und Geldanlagen)	1 bis 5
Strukturierte Produkte (ABS)	1 und 2
Zinsderivate ohne Besicherung	1 bis 3
Zinsderivate mit Besicherung	1 bis 5
Kreditderivate	1 bis 5
Länder (Transferrisiko)	1 bis 12, jedoch kein Neugeschäft in den Euro-Peripheriestaaten Banksteuerung: schwerpunktmäßig Risikoklasse 1 bis 2

Zur Begrenzung von Verlusten wird bei allen Kreditentscheidungen, bei denen für die Bank ein Adressenausfallrisiko begründet bzw. ein bestehendes erhöht wird, auf eine angemessene Besicherung geachtet, soweit dies aufgrund der Rechtsform oder Bonität der Adresse banküblich ist. Um das Kreditrisiko durch die Hereinnahme von Sicherheiten zu begrenzen, darf dabei der Wert der gestellten Sicherheit nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen.

Durch den Ausfall von Krediten entstehen der Bank Verluste. Zum Ausgleich dieser Verluste wären risikoorientierte Margen zu erheben. Aufgrund des Geschäftsmodells der L-Bank ist es jedoch nicht möglich, für die programmgebundenen Förderkredite risikoorientierte, individuell zu bestimmende Margen festzulegen. Im Bereich der Banksteuerung werden vornehmlich Geschäfte mit Adressen von Kapitalmarktteilnehmern abgeschlossen. Für diese Kreditnehmer werden auf dem

Kapitalmarkt überwiegend Credit Spreads gehandelt, sodass die L-Bank die Marge nur bedingt beeinflussen kann. Bei allen Krediten, bei denen die Marge nicht von Dritten festgelegt ist (Programmdarlehen) und bei denen die Kondition nicht auf dem Kapitalmarkt festgelegt wird, wird eine auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierende Risikomarge ermittelt und in die Kreditentscheidungsfindung einbezogen.

Für das Kreditgeschäft besteht in der L-Bank bis einschließlich der Ebene des Vorstandes eine Trennung in die Bereiche Markt und Marktfolge. Der Unternehmensbereich I ist Marktbereich, und der Unternehmens-

bereich II ist Marktfolgebereich. Diese aufbauorganisatorische Trennung ist auch für den Vertretungsfall durchgängig gewährleistet. Da risikorelevante Kreditentscheidungen der Zustimmung der Marktfolge (Zweitvotierung) bedürfen und die Marktfolge insbesondere für das Kreditrisikocontrolling zuständig ist, werden durch die aufbauorganisatorische Trennung des Kreditgeschäftes in die Bereiche Markt und Marktfolge unausgewogene Kreditentscheidungen verhindert.

Die Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditportfolios zum 31.12.2015 nach Produktarten.

KREDITPORTFOLIO ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro						
	Privatkunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Darlehen	5.873,0	7.583,8	16.851,7	2.466,4	32.774,8	44,8
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	2.367,0	8.900,0	11.266,9	15,4
Wertpapiere (IHS)	0,0	936,3	8.552,0	12.553,3	22.041,6	30,1
Wertpapiere (ABS)	0,0	0,0	48,2	60,8	109,0	0,1
Wertpapiere (CLN)	0,0	0,0	500,0	0,0	500,0	0,7
Wertpapiere gesamt	0,0	936,3	9.100,2	12.614,1	22.650,6	30,9
CDS	0,0	0,0	145,0	3.607,8	3.752,8	5,1
Bürgschaften	0,0	521,0	378,9	16,0	915,8	1,3
Finanzderivate	0,0	0,0	1.370,3	0,0	1.370,3	1,9
Termingelder	0,0	0,0	135,6	0,0	135,6	0,2
Beteiligungen	0,0	142,4	2,0	94,5	238,9	0,3
Kontokorrentkonten, Bargeld	0,0	0,0	43,2	85,7	128,9	0,2
Leihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	5.873,0	9.183,5	30.393,8	27.784,3	73.234,6	100,0

QUANTITATIVE BEWERTUNG DURCH BERECHNUNG EINES VALUE-AT-RISK

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten VaR-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der externen bzw. internen Ratingklasse, der der Kunde nach Analysen der Bank zugeordnet ist. Dabei werden neben dem Rating des Kunden auch die jeweilige Branchen-zugehörigkeit sowie sonstige risikorelevante Portfolio-merkmale berücksichtigt. Die Berechnung basiert auf einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenz-niveau von 99% im Fortführungsansatz bzw. 99,98% im Liquidationsansatz. Liegt eine ausreichende eigene

Ausfallhistorie vor (bei Privatkunden und Unternehmens-kunden des Mietwohnungsbaus), gehen selbst ermit-telte Kreditnehmerkorrelationen in die Bewertung ein. Andernfalls werden die regulatorischen Kreditnehmer-korrelationen verwendet. Bei der Ermittlung des Ver-lustbetrags werden gestellte Barsicherheiten, Grund-pfandrechte auf Wohnimmobilien sowie im Rahmen des Hausbankenverfahrens an Endkreditnehmer ver-gebene Kredite als Sicherheiten berücksichtigt. Für den verbleibenden Blankoanteil wird in den Geschäfts-feldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ und „Öffentliche Hand“ eine Restkapitaldienstfähigkeit von 55% und für das Geschäftsfeld „Unternehmen und Selbstständige“ eine Restkapitaldienstfähigkeit von 30% angesetzt.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2015:

VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2015 in Mio. Euro										
	01.01.2015		31.03.2015		30.06.2015		30.09.2015		31.12.2015	
	Limit	Bele-gung	Limit	Bele-gung	Limit	Bele-gung	Limit	Bele-gung	Limit	Bele-gung
Gesamtverlust-obergrenze	940,0	347,4	940,0	257,6	940,0	379,6	940,0	391,7	940,0	374,4
Anteil Adressen-ausfallrisiken in %	42,6	68,5	42,6	74,9	42,6	55,6	42,6	54,0	42,6	49,4
Adressen-ausfallrisiken	400,0	237,8	400,0	193,0	400,0	211,1	400,0	211,4	400,0	185,0
Privatkunden	60,0	40,5	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0
Unternehmen aus dem Finanzsektor	100,0	64,4	140,0	108,1	140,0	112,1	140,0	119,5	140,0	77,8
Sonstige Unternehmen	190,0	132,9	150,0	84,9	150,0	99,0	150,0	91,9	150,0	107,2
Öffentliche Hand	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0	50,0	0,0

Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Risikovorsorge trägt die Bank akut gewordenen Adressenausfallrisiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Netto-positionen von den Buchwerten abgezogen werden.

Eventuell bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risiko-deckungskapital zur Verfügung (z. B. ungebundene Vorsorgereserven nach § 340f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten Risikopositionswerten der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro

	Privatkunden		Unternehmenskunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote in %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2010	87,9	7.749,9	674,2	11.887,1	31,6	34.156,0	0,0	14.273,0	793,7	68.066,0	1,2
31.12.2011	100,4	7.251,9	567,1	11.659,9	31,6	33.710,5	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0
31.12.2012	88,6	6.771,8	505,8	10.959,8	31,6	31.236,1	0,0	23.941,6	626,0	72.909,2	0,9
31.12.2013	92,9	6.373,7	432,1	10.886,2	31,6	31.300,6	0,0	23.846,3	556,6	72.406,8	0,8
31.12.2014	87,6	6.091,8	373,2	11.006,3	21,9	30.211,3	0,0	23.039,4	482,7	70.348,9	0,7
31.03.2015	96,5	6.019,2	349,4	11.357,1	70,0	32.285,9	35,8	23.203,3	551,7	72.865,5	0,8
30.06.2015	94,3	5.966,8	339,9	11.078,2	70,0	32.626,4	35,8	25.708,0	540,0	75.379,4	0,7
30.09.2015	92,2	5.916,2	318,3	10.369,6	70,0	35.023,9	35,8	26.444,2	516,3	77.753,9	0,7
31.12.2015	88,8	5.873,0	265,4	9.183,5	15,0	30.393,8	35,8	27.784,3	405,0	73.234,6	0,6

Qualitative Bewertung mit Hilfe von Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Adressenausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern

im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN														
Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100
Extern (S&P)		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Default	Default
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	Investment Grade						Non-Investment Grade							

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um den Blankokreditanteil und dadurch das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Wert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankokreditanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherungswert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger

Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung der Risikostruktur werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet.

Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z. B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten Risikopositionswerten der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro						
Risikoklasse	Privatkunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
1	1.875,8	3.789,8	7.801,9	21.884,5	35.352,1	48,3
2	8,7	178,7	2.936,7	5.466,0	8.590,2	11,7
3		909,2	6.016,4	31,3	6.956,9	9,5
4	3.527,5	1.808,5	11.281,7	50,0	16.667,6	22,8
5	62,9	963,1	1.741,1		2.767,0	3,8
6	331,4	404,2	366,2	278,3	1.380,1	1,9
7	0,1	444,0	17,5		461,7	0,6
8		222,3	182,9	2,6	407,8	0,6
9		71,3	48,7		120,0	0,2
10		72,4		0,0	72,4	0,1
11	31,5	47,3	0,6		79,4	0,1
12	15,6	93,4		0,0	109,1	0,1
13		77,4			77,4	0,1
14	19,4	101,8		71,7	192,8	0,3
Gesamt	5.873,0	9.183,5	30.393,8	27.784,3	73.234,6	100,0

In obigem Bestand in Höhe von 73.234,6 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 26.403,4 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten. Mit Ausnahme der Rückkäufe eigener Emissionen und angekaufter Wert-

papiere mit einer Restlaufzeit bei Erwerb von unter einem Jahr sind alle Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bank behandelt deshalb die Wertpapiere wie Kredite und wendet dementsprechend das gemilderte Niederstwertprinzip an. Im Wertpapierbestand

der Bank besteht keine Abschreibung aufgrund dauerhafter Wertminderung. Die pauschalierte Vorsorge in Höhe von 20,0 Mio. Euro auf das unbesicherte Wertpapierportfolio der Europeripheriestaaten wurde 2015 um 5,0 Mio. Euro auf 15,0 Mio. Euro vermindert. Die Wertpapiere und CDS weisen nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/ CDS ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro			
Risiko- klasse	Bestand	Stille Lasten	Spread- risiken
1	18.443,7	20,3	798,8
2	4.966,1	13,3	90,7
3	565,6	1,7	10,0
4	1.324,3	8,9	41,0
5	729,6	3,7	16,5
6	295,3	0,0	10,9
7	30,0	0,0	0,3
8	0,0	0,0	0,0
9	48,7	14,6	6,8
10	0,0		0,0
11	0,0		0,0
12	0,0		0,0
13	0,0		0,0
14	0,0		0,0
Gesamt	26.403,4	62,5	975,1

Überwachung von problembehafteten Krediten

Bei den problembehafteten Krediten unterscheidet die Bank zwischen non-performing loans und forborne loans, wobei es auch solche Kredite gibt, die beide Merkmale aufweisen.

Zu den Krediten in der Problemerkreditbearbeitung werden alle Kredite gemäß § 19 KWG (das heißt inklusive außerbilanzieller und derivativer Geschäfte) gerechnet, bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalbetreuung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbetreuung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Das Volumen an Problemerkrediten umfasst auch die non-performing loans sowie den Teil an forborne loans, die sich nicht in der Bewährungszeit befinden. Die Bank unterscheidet bei Problemerkrediten zwischen sonstigen Problemerkrediten (Risikoklassen 9 bis 12), Sanierungsengagements (Risikoklasse 13) und Abwicklungsengagements (Risikoklasse 14). Zum 31.12.2015 betrug der Bestand in der Problemerkreditbearbeitung 746,4 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank.

BESTAND IN DER PROBLEMKREDITBEARBEITUNG ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro

	Risiko- bestand gesamt	Problemkreditbestand		Sanie- rung	Abwick- lung	Abwick- lungsquote in %	Wert- berichti- gungen
		Gesamt	In %				
Privatkunden	5.873,0	214,9	3,7	176,3	38,6	0,7	81,2
Unternehmen aus dem Finanzsektor	30.393,8	49,2	0,2	49,2	0,0	0,0	0,0
Sonstige Unterneh- men und Selbst- ständige	9.183,5	410,7	4,5	301,2	109,5	1,2	234,1
Öffentliche Hand	27.784,3	71,6	0,3	0	71,6	0,3	35,9
Gesamt	73.234,6	746,4	2,0	526,7	219,7	0,3	351,2

Als non-performing loans klassifiziert die Bank Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen mindestens einer der folgenden Sachverhalte vorliegt:

- Einzelwertberichtigung oder Abschreibung
- Zahlungsverzug größer 90 Tage
- Risikoklasse 13 und schlechter
- Kredite mit Forbearance-Maßnahmen innerhalb der Bewährungszeit

Der Bestand an non-performing loans beträgt zum Jahresende 512,9 Mio. Euro. Hiervon sind 226,0 Mio. Euro (44,1 %) durch werthaltige Sicherheiten gedeckt. Für den verbleibenden Teil (286,9 Mio. Euro bzw. 55,9 %) bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 219,4 Mio. Euro.

Forborne loans sind Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen die Bank dem Kreditnehmer Zugeständnisse (z. B. in Form von Stundungsvereinbarungen, Tilgungsstreckungen, Tilgungsaussetzungen oder Umschuldungen) aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingeräumt hat, um eine nicht mehr gegebene oder akut gefährdete Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers wiederherzustellen bzw. zu sichern. Ein Kredit ist zwei Jahre nach Beseitigung der finanziellen Schwie-

rigkeiten noch als forborne loan auszuweisen (Bewährungszeit). Der Bestand an forborne loans beträgt zum Jahresende 297,3 Mio. Euro.

Bewertung von Risikokonzentrationen

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt, wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei diesen generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 46,9 % außerhalb des Realkreditbereichs. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko bezüglich Wohn-

immobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturresilienz der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat außerdem die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der zum maßgeblichen Zeitpunkt herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region von der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. 58,3 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich demnach in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturresilienz. Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturresilienz des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturresilienz auf.

Ein weiteres Sicherheitskonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den erhaltenen Gewährleistungen in Höhe von rund 9.053,3 Mio. Euro (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.505,7 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 1.001,6 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 546,0 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts,

die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken in Höhe von 28.615,2 Mio. Euro. In diesem Betrag enthalten sind auch Forderungen gegenüber Zentralbanken und sonstigen öffentlichen Stellen, die gemäß Delegierter Verordnung (EU) Nr. 1222/2014 der Kommission vom 08.10.2014 bei der Bestimmung des Grades der Verflechtung eines Instituts mit dem Finanzsystem nicht zu berücksichtigen sind. Das Ansteckungsrisiko, das für die L-Bank aus Forderungen gegenüber Banken entstehen kann, ist als äußerst gering einzustufen. Die L-Bank reicht Kredite zur Förderung der Wirtschaft über Hausbanken aus. Aus diesem Grund entfällt zum 31.12.2015 ein Volumen in Höhe von 16.087,9 Mio. Euro auf diese Hausbankendarlehen. Diese Bankenforderungen sind über die Abtretung der Forderung an den Endkunden an die L-Bank abgesichert. Ein Volumen von 716,8 Mio. Euro geht darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. 11.810,5 Mio. Euro des Bankenengagements gehen auf Geschäfte zurück, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 11.810,5 Mio. Euro sind 7.755,6 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 404,6 Mio. Euro über Pfandbriefe abgesichert. Nach Abzug der Forderungen gegenüber Zentralbanken und multilateralen Entwicklungsbanken verbleibt ein unbesichertes Volumen in Höhe von 2.636,9 Mio. Euro. Dieses entfällt zu rund 83,3 % auf die Risikoklassen 1 bis 4 und zu rund 16,7 % auf die Risikoklassen 5 bis 8.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 87,5 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon wiederum sind 58,2 % im Land Baden-Württemberg angesiedelt.

REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro						
	Privat- kunden	Unternehmen und Selbstständige	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	5.872,8	8.709,8	25.245,1	24.225,0	64.052,6	87,5
Belgien		0,0	6,0	105,0	111,0	0,2
Finnland				303,0	303,0	0,4
Frankreich	0,2	17,9	440,2	689,7	1.148,1	1,6
Griechenland						0,0
Irland			510,1		510,1	0,7
Italien			98,0	250,4	348,4	0,5
Luxemburg		10,0	45,8		55,8	0,1
Niederlande		105,9	860,4	438,8	1.405,1	1,9
Österreich		82,5	263,4	853,2	1.199,1	1,6
Portugal		8,5			8,5	0,0
Spanien			74,4		74,4	0,1
Dänemark			146,2	298,8	445,0	0,6
Großbritannien*		10,7	381,9	191,5	584,1	0,8
Schweiz	0,0	93,8	290,5		384,3	0,5
Restl. Europa			28,7	428,8	457,5	0,6
Europa gesamt	0,3	329,2	3.145,5	3.559,4	7.034,4	9,6
USA		138,2	423,5		561,7	0,8
Kanada	0,0	0,0	519,1	0,0	519,1	0,7
Internationale Organisationen **	0,0	0,0	994,0	0,0	994,0	1,4
Restl. Ausland		6,3	66,6		72,9	0,1
Ausland gesamt	0,3	473,7	5.148,7	3.559,4	9.182,0	12,5
Gesamt	5.873,0	9.183,5	30.393,8	27.784,3	73.234,6	100,0

* Inklusive Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

** Weltbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Bank für Wiederaufbau, Europäischer Investitionsfonds.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten Europeripheriestaaten lag der Risikobestand zum 31.12.2015 bei rund 941,4 Mio. Euro. Davon sind rund 40,0 Mio. Euro (4,2 %) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 250,0 Mio. Euro (26,5 %) werden von Staaten geschuldet. Weitere rund 58,0 % bzw. 546,0 Mio. Euro entfallen auf ungarantierte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 60,0 Mio. Euro (6,4 %).

Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und kreditnehmerbezogenen Limiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da diese Geschäfte im Wesentlichen im Rahmen der Banksteuerung getätigt werden und die Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will. Zur risikoadäquaten Steuerung wurde festgelegt, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht förderpolitisch verbindlich vorgegeben ist, eine marktübliche risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitenbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

Das Adressenausfallrisiko wird stark von der konjunkturellen Situation, dem Niedrigzinsniveau, aber auch von der Veränderung in den Lebenssituationen (z. B. Scheidung) bestimmt. Es ist zu erwarten, dass sich ein Andauern des Niedrigzinsniveaus weiterhin positiv auf das Adressenausfallrisiko auswirkt. Weiter kann sich eine konjunkturelle Verbesserung positiv auf die Risikostruktur des Portfolios auswirken und Auflösungen von Wertberichtigungen zur Folge haben.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen dementsprechend nur im Bankbuch. Marktpreisrisiken existieren in der Bank hauptsächlich in Form von Zinsänderungsrisiken und – in vernachlässigbarem Maß – Währungsrisiken.

Die Bank hat die aufgrund der gegenüber den Bediensteten zugesagten Altersvorsorgen investierten Mittel nicht separiert. Diese Anlagen sind Bestandteil des Euro-Bankbuchs. Die aus den Altersvorsorgezusagen zu erwartenden Auszahlungen werden deshalb auf Basis der für die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen angesetzten Auszahlungen bei der Bewertung des Marktpreisrisikos berücksichtigt.

Marktpreisrisiken aus strukturierten Geschäften und aus Fremdwährungsgeschäften werden durch entsprechende Microhedges ausgeschlossen. Die rechnerischen Marktpreisrisikopositionen gehen im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurück. Die Vermeidung sonstiger Zinspositionen, vor allem im mittel- und langfris-

tigen Bereich, erfolgt hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps. Der Bestand an Zinsswaps (inklusive Swaptions) betrug zum 31.12.2015 nominal 76.511,0 Mio. Euro. Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 18.566,5 Mio. Euro. Die Sicherungsbeziehungen werden über Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB sowie im Rahmen der Währungsumrechnung nach § 256a i. V. m. § 340h HGB und der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs im Sinne von BFA 3 grundsätzlich auch bilanziell abgebildet.

Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines VaR-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation an. Aufgrund der auch im ersten Halbjahr 2015 weiter zurückgegangenen Zinssätze wurden bei der Ermittlung des VaR ab 31.05.2015 relative Zinsänderungen nicht mehr berücksichtigt. Zur Abbildung eines entsprechenden Umfangs an historischen Zinsänderungen wurde ab dem 31.05.2015 der Beobachtungszeitraum von 250 Tagen auf 1.250 Tage verlängert. Demnach werden seit 31.05.2015 zur täglichen Überwachung der Steuerungsmitte zwei Modelle berechnet und der höhere Risikowert angesetzt.

Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit werden aus Fortführungs- und Liquidationsperspektive je ein Modell mit einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 % und einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet. Dabei werden die Risiken im Fortführungsansatz aus periodischer Sicht dargestellt. Die Übersicht gibt einen Überblick über die Parametrisierung der aktuell durchgeführten Berechnungen:

PARAMETRISIERUNG DER HISTORISCHEN SIMULATION

	Haltedauer (Handelstage)	Historischer Betrach- tungszeitraum (Handelstage)	Konfidenz- niveau	Anwendung
Absolute Zinsänderungen	10 und 25	1.250	99,00 %	Tgl. Limitüberwachung
Absolute Zinsänderungen	250	2.500	99,00 %	RTF, Fortführungsansatz, periodisiert
Absolute Zinsänderungen	250	5.000	99,98 %	RTF, Liquidationsansatz

Nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2015:

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2015 in Mio. Euro

	01.01.2015		31.03.2015		30.06.2015		30.09.2015		31.12.2015	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	347,4	940,0	257,6	940,0	379,6	940,0	391,7	940	374,4
Anteil Marktpreisrisiken in %	26,6	21,2	26,6	11,3	26,6	16,4	26,6	8,7	26,6	17,5
Marktpreisrisiken	250,0	73,6	250,0	29,0	250,0	62,4	250,0	33,9	250,0	65,4

Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktcontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegungen untersucht. Unter anderem werden auch die

Auswirkungen einer aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf die Eigenmittel überprüft. Da die offenen Zinsrisikopositionen im mittel- und langfristigen Bereich im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurückgehen, stellen nur Szenarien mit steigenden Zinsen Stresssituationen dar. Bei den hierbei ausgewiesenen Risiken handelt es sich in großen Teilen um einen kalkulatorisch entgangenen Mehrertrag. Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve:

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200-BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE				
	Jahresende 31.12.2015	Maximum 2015	Minimum 2015	Durchschnitt 2015
Barwertverlust in Mio. Euro	396,2	514,4	368,7	437,5
Anteil an den Eigenmitteln in %	10,6	14,5	10,0	12,0
Barwertverlust mit Fälligstellung Eigenkapital in Mio. Euro	49,5	101,3	2,5	50,4
Anteil an den Eigenmitteln in %	1,3	2,7	0,1	1,4

STEUERUNG DER MARKTPREISRIKIKEN

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen VaR-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten VaR-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

Der Ausweis von Zinsänderungsrisiken geht hauptsächlich auf die längerfristige Anlage des Eigenkapitals zurück. Eine Reduzierung der Zinsänderungsrisiken wäre somit nur durch eine kurzfristige Anlage des Eigenkapitals möglich. Insoweit stehen sich in der L-Bank Zinsänderungsrisiken und Ertragsrisiken unauflösbar diametral entgegen. Ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst in der L-Bank zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung. Insgesamt konnte somit eine kosten- und strukturoptimierte Refinanzierung entsprechend der Planung erreicht werden. Liquiditätsreserven mussten zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Das Refinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Die Ermittlung des VaR für dieses Risiko erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS REFINANZIERUNGSRIKIKO 2015 in Mio. Euro

	01.01.2015		31.03.2015		30.06.2015		30.09.2015		31.12.2015	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	347,4	940,0	257,6	940,0	379,6	940,0	391,7	940,0	374,4
Anteil Liquiditätsrisiken in %	6,9	0,0	6,9	9,5	16,0	25,0	16,0	34,5	16,0	29,8
Liquiditätsrisiken	65,0	0,0	65,0	24,4	150,0	95,0	150,0	135,3	150,0	111,6

Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wurde bis 30.09.2015 auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung überwacht. Diese Liquiditätskennziffer ist voraussichtlich noch bis zur Vollumsetzung der Liquiditätsregeln aus Basel III zur LCR (voraussichtlich 01.01.2018) zu melden. Seit 01.10.2015 ist das Zahlungsunfähigkeitsrisiko gemäß CRR i. V. m. der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zusätzlich anhand der LCR zu messen und einzuhalten. Um den Instituten eine schrittweise Anpassung an die neue Mindestanforderung zu gewähren, ist zunächst ein Erfüllungsgrad der LCR von 0,6 einzuhalten.

Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus

LIQUIDITÄTSKENNZAHL 2015 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG UND LIQUIDITY COVERAGE RATIO NACH CRR I. V. M. DER DELEGIERTEN VERORDNUNG (EU) 2015/61

Monat	Liquiditätskennzahl (LiqV)	Liquidity Coverage Ratio (CRR)	Liquidity Coverage Ratio (deIVO)
Januar	4,23	-	-
Februar	3,58	-	-
März	5,39	-	-
April	3,80	-	-
Mai	4,03	-	-
Juni	4,50	-	-
Juli	2,82	-	-
August	2,41	-	-
September	2,45	-	-
Oktober	3,08	3,60	3,58
November	5,58	11,19	10,07
Dezember	2,93	2,03	2,10
Durchschnittliche Kennzahl	3,73	5,61	5,25

Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Im Rahmen der

Liquiditätssteuerung werden auch Stressszenarien durchgeführt. In einem institutsspezifischen Stressszenario werden die vorzeitigen Liquiditätsabflüsse durch die Ausübung aller Kündigungsrechte aus Passivgeschäften innerhalb eines Monats unterstellt. In einem marktweiten Stressszenario wird die sofortige Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen in allen Laufzeiten um 100 bp bei gleichzeitigem Kursrückgang aller Wertpapiere in Höhe des Haircuts simuliert. Außerdem werden beide Szenarien ohne Berücksichtigung risikomindernder Korrelationseffekte kombiniert betrachtet.

Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN ZUM 31.12.2015 in Mio. Euro

	Liquiditätsvorausschau	Stressszenario institutseigene Ursachen	Stressszenario marktweite Ursachen	Stressszenario institutseigene und marktweite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	15.254,0	15.254,0	14.562,2	14.562,2
Liquiditätsbedarf	2.160,4	2.160,4	2.191,0	2.191,0
Freier Liquiditätspuffer	13.093,6	13.093,6	12.371,2	12.371,2
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	14.836,7	14.836,7	13.843,4	13.843,4
Liquiditätsbedarf	8.339,6	8.382,8	8.339,6	8.382,8
Freier Liquiditätspuffer	6.497,1	6.453,9	5.503,8	5.460,6

Die geringen Abweichungen der Liquiditätsvorausschau von den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichtsprinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre 3 bis 10 erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten. Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prologationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats sind limitiert. Daneben wird das Anschlussrefinanzierungsrisiko ab 01.01.2016 durch die Limitierung der pro Laufzeitjahr notwendigen Refinanzierungsgeschäfte begrenzt. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird monatlich bewertet und über die Einhaltung der Steuerungsvorgaben wird zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern täglich berichtet.

Aufgrund der expliziten Garantie des Landes Baden-Württemberg für die Refinanzierungen der Bank kann sich die L-Bank sehr günstig refinanzieren. In Zeiten angespannter Finanzmärkte verbesserten sich die eigenen Refinanzierungsspreads deutlich. Chancen ergeben sich für die Bank, sofern die Anleger verstärkt ihr Geld in sichere Adressen anlegen. Eine Verschlechterung der Bonität des Landes Baden-Württemberg hätte nachteilige Auswirkungen auf die Refinanzierungsspreads der L-Bank. Da die L-Bank jedoch das Fördergeschäft in hohem Umfang über Mittel der KfW bzw. der Landwirtschaftlichen Rentenbank refinanziert und das Förderhilfsgeschäft nur betreibt, wenn günstige Refinanzierungsmittel beschafft werden konnten, würde sich diese Verschlechterung der Refinanzierungsspreads nicht auf das gesamte Kreditvolumen auswirken.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Die Bank hat das bei Adressenausfallrisiken zusätzlich auftretende Transfer- und Konvertierungsrisiko als Rechtsrisiko eingestuft.

Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadens-

ereignissen verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringer Anzahl Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadens-

folge zeigten. Eine fundierte Berechnung des VaR auf Basis historischer Datenreihen ist daher nicht möglich.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

VALUE-AT-RISK FÜR DAS OPERATIONELLE RISIKO 2015 in Mio. Euro										
	01.01.2015		31.03.2015		30.06.2015		30.09.2015		31.12.2015	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	940,0	347,4	940,0	257,6	940,0	379,6	940,0	391,7	940,0	374,4
Anteil operationelle Risiken in %	1,1	0,9	1,1	1,2	1,1	0,8	1,1	0,8	1,1	0,8
Operationelles Risiko	10,0	3,1	10,0	3,1	10,0	3,0	10,0	3,0	10,0	3,0

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche implizite und explizite Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Änderungen betrieblicher Prozesse oder Strukturen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. Euro, IT-Berechtigungsmanagement zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen). Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Um sicherzustellen, dass nur solche Geschäfte eingegangen werden, die die Bank risikoadäquat bearbeiten und steuern kann, wird bei neuartigen Geschäften ein Neu-Produkt-Prozess durchlaufen. Vor erstmaliger Geschäftsaufnahme wird dabei anhand von Testfällen überprüft, inwieweit das Geschäft mit den bestehenden Prozessen und Verfahren abgebildet werden kann. Ergebnis dieses Testdurchlaufs ist jeweils ein Konzept, in dem alle mit dem neuen Geschäft verbundenen personellen, organisatorischen, DV-technischen, bilanz- und steuerrechtlichen Konsequenzen dargestellt werden.

Weiter wird durch die laufende Überprüfung der Einhaltung entsprechender gesetzlicher Rechtsvorschriften

(z. B. Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz) das operationelle Risiko verringert. Aufgrund der Neuregelung der MaRisk und im Einklang mit dem Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg wurde im Berichtsjahr die bestehende Compliance-Funktion ausgebaut. Die Compliance-Funktion soll Risiken ausschließen, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können. Hierzu hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die L-Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hinzuwirken. Zu den Aufgaben von Compliance gehört auch die Überwachung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie zum Datenschutz. Deren Einhaltung wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet.

Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Transferrisiken insgesamt nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs und/oder der Währungskonvertierbarkeit aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bear-

beitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Bestands an Handelsgeschäften, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankgeschäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In Regelungen zur „Geschäftsführung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

SANIERUNGSPLANUNG

Die L-Bank wurde von der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgefordert, einen Sanierungsplan zu erstellen. Bei der Erstellung des Sanierungsplanes hat die L-Bank die entsprechenden einschlägigen Regulierungsvorgaben auf europäischer Ebene sowie das deutsche Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) beachtet. Der Sanierungsplan ergänzt die in der L-Bank bestehenden Instrumente zur Risiko- und Gesamtbanksteuerung, die darauf abzielen, die Reaktionsfähigkeit der L-Bank zur Vermeidung zukünftiger Krisensituationen zu stärken.

Der Vorstand der L-Bank hat einen Arbeitskreis „Sanierungsplanung“ installiert, der unter Federführung des Bereichs Controlling den Sanierungsplan erstellt hat.

Der Sanierungsplan beinhaltet eine strategische Analyse, an die sich eine Darstellung der bemerkenswerten Geschäfte, Funktionen und Beziehungen anschließt. Weiter werden im Sanierungsplan das methodische Vorgehen bei der Auswahl der Sanierungsindikatoren vorgestellt und diese beschrieben. Die Wirksamkeit der ausgewählten Handlungsoptionen wird in Belastungsanalysen überprüft. Der Sanierungsplan enthält auch eine Zuordnung der Zuständigkeiten für den Sanierungsprozess.

Strategische Analyse

In der strategischen Analyse wird deutlich, dass die L-Bank ein Instrument der mittelbaren Staatsverwaltung ist. Das Land Baden-Württemberg hat über das L-Bank-Gesetz sowie über sogenannte Förderprogrammrichtlinien Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten und die Risikofaktoren des Adressenausfallrisikos. Aus diesem Grund haftet das Land Baden-Württemberg in verschiedener Weise für die L-Bank. Diese Haftungsmechanismen unterscheiden sich deutlich von Hilfeleistungen aus steuerlichen Geldern, die im Falle einer eingetretenen Notlage für Wettbewerbsbanken bereitgestellt werden können. Eine Bewertung der Anfälligkeit der L-Bank allein anhand der wesentlichen Geschäftsaktivitäten, kritischen Funktionen und Verflechtungen wäre nicht sachgerecht.

Die Analyse der L-Bank zeigt weiter, dass aufgrund der Bonitätsstruktur der Kreditnehmer aus den Geschäftsaktivitäten keine Bestandsgefahr für die L-Bank oder das Finanzsystem entstehen kann und dass die L-Bank keine kritischen Funktionen für die Realwirtschaft bereitstellt. Auch aus den Verflechtungen der L-Bank mit dem Finanzsystem können keine bestandsgefährdenden Risiken für die L-Bank oder das Finanzsystem ausgehen. Aufgrund ihres Geschäftsmodells und des zu beachtenden L-Bank-Gesetzes hat die L-Bank Konzentrationsrisiken auf bestimmte öffentliche Adres-

sen und Banken. Weiter bestehen Konzentrationsrisiken hinsichtlich der regionalen Ausrichtung (Land Baden-Württemberg) und der Branchenausrichtung (Wohnimmobilien, Finanzsektor, öffentliche Verwaltung). Diese Konzentrationsrisiken wurden bei der Modellierung der Belastungsanalysen berücksichtigt.

Sanierungsindikatoren

Die Sanierungsindikatoren haben das Ziel, negative Entwicklungen hinsichtlich Kapital- und Liquiditätsausstattung, Qualität der Vermögenswerte, Profitabilität, Refinanzierungsquellen und -konditionen sowie der ökonomischen Entwicklung im Tätigkeitsgebiet frühzeitig anzuzeigen. Soweit aufgrund des Geschäftsmodells und der Geschäftsstruktur möglich, wurden die von der Aufsicht verpflichtend vorgegebenen Sanierungsindikatoren übernommen und um spezifische Sanierungsindikatoren erweitert. Die ausgewählten Sanierungsindikatoren setzen auf dem bereits implementierten Kennzahlensystem der L-Bank auf und ergänzen dieses. Das Reporting der Sanierungsindikatoren erfolgt im Rahmen des monatlichen Risikoberichts unter anderem anhand eines Dashboards.

Handlungsoptionen

Bei der Evaluierung der Handlungsoptionen war dem Umstand, dass die L-Bank als Förderbank Teil der mittelbaren Staatsverwaltung ist, Rechnung zu tragen. Deshalb waren viele der Handlungsoptionen, die unter anderem von der EZB für am Wettbewerb teilnehmende Institute vorgeschlagen werden, für den Sanierungsplan der L-Bank nicht geeignet. Die ausgewählten Handlungsoptionen wurden dahingehend priorisiert, dass den Handlungsoptionen, die die L-Bank ohne Mitwirkung von Dritten umsetzen kann, ein höherer Priorisierungsgrad zugewiesen wurde als den Handlungsoptionen, bei denen die Mitwirkung Dritter notwendig ist.

Belastungsanalysen

In den Belastungsanalysen konnte die Wirksamkeit der Handlungsoptionen bestätigt werden. Bei der Modellierung der Belastungsanalysen wurden die Risikofaktoren, denen die L-Bank besonders ausgesetzt ist, berücksichtigt. Beim idiosynkratischen Szenario wurde auf die Besonderheit in der Geschäftsausübung als Förderbank abgestellt. Dabei zeigt sich, dass bei allen Szenarien zunächst Handlungsoptionen ohne Mitwirkung des Bundeslandes Baden-Württemberg eingesetzt werden können.

Sanierungsgovernance

Die Sanierungsgovernance setzt auf bestehende Strukturen und Berichtswege auf. Bei der Überschreitung von Schwellenwerten wird ein Krisengremium einberufen, in dessen Rahmen die Geschäftsleitung zusammen mit den verschiedenen betroffenen Fachbereichen über Ursache und Nachhaltigkeit des Schwellenüberschritts diskutiert sowie über das Ergreifen von Handlungsoptionen berät. Weiter entscheidet die Geschäftsleitung in diesem Zusammenhang über die Kommunikationsmaßnahmen. Aufgrund der Tatsache, dass in der L-Bank alle risikorelevanten Entscheidungen von der Geschäftsleitung getroffen werden, werden auch Sanierungsmaßnahmen ausschließlich von der Geschäftsleitung entschieden.

Ergebnis

Insgesamt kommt die L-Bank zu dem Ergebnis, dass sie aufgrund ihrer Geschäftsaktivitäten und Verflechtungen keine Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems oder die Realwirtschaft darstellt. Sie verfügt über Handlungsoptionen, mit denen bestandsgefährdende Situationen verhindert werden können.

WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich

Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Jahresabschluss und Lagebericht werden aus der Finanzbuchhaltung abgeleitet. Insbesondere für den Lagebericht werden ergänzend Finanz- und Risikocontrollingdaten aus dem internen Managementinformationssystem herangezogen, die einem vergleichbaren internen Kontrollsystem unterliegen. Jahresabschluss und Lagebericht werden zudem in ihrer Gesamtheit weiteren manuellen Kontrollen im Vier-Augen-Prinzip unterzogen.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Karlsruhe, 09.03.2016

Dr. Axel Nawrath

Dr. Ulrich Theileis

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Verwaltungsrat und seine beiden Ausschüsse haben die ihnen durch Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Der Risikoausschuss übt nach seiner Geschäftsanweisung die gesetzlichen Aufgaben des Prüfungs- und des Risiko-

ausschusses aus und hat bestimmte Zuständigkeiten im Kreditgeschäft, während dem Personalausschuss nach seiner Geschäftsanweisung die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses und bestimmte Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten übertragen wurden.

Im Laufe des Jahres 2015 hat der Verwaltungsrat zweimal und haben seine Ausschüsse zusammen siebenmal getagt. Ein Verwaltungsratsbeschluss wurde im Umlaufverfahren eingeholt. Die seiner Zustimmung bedürftigen Geschäftsvorfälle hat der Verwaltungsrat in seinen Sitzungen beraten und beschlossen; außerdem hat er mit dem Vorstand geschäftspolitische Themen und die Strategien erörtert. Hervorzuheben ist die im zweiten Halbjahr 2015 begonnene Grundsatzdiskussion des Risikoausschusses über die künftige Wahrnehmung seiner Aufgaben und über die Ausgestaltung seiner Arbeitsweise.

Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Geschäftsjahr 2015 gemäß den in Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung verankerten Vorgaben regelmäßig über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige und wesentliche Geschäftsvorfälle. Außerhalb der Sitzungen des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse geschah dies durch Übersendung entsprechender schriftlicher Berichte.

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2015 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer hat dem Risikoausschuss in seiner Funktion als Prüfungsausschuss während der laufenden Abschlussprüfung über deren Stand berichtet und nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats und des Risikoausschusses in seiner Funktion als Prüfungsausschuss über den Jahresabschluss 2015 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss in seiner Funktion als Prüfungsausschuss erörterten den Bericht des Abschlussprüfers und erhoben nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 29. April 2016 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2015 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 50.878.557,88 Euro den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 Euro zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 878.557,88 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, den 29. April 2016

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
Dr. Nils Schmid MdL
Finanz- und Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	90
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	94
Kapitalflussrechnung der L-Bank	96
Eigenkapitalspiegel der L-Bank	97
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	98
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	118
Anlage zum Jahresabschluss der L-Bank	118
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	119
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	119

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2015

AKTIVSEITE	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand		39.455,82		44.090,66
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 32.320.320,54 (EUR 38.402.500,49)		32.320.320,54		38.402.500,49
			32.359.776,36	38.446.591,15
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig		368.847.667,81		350.594.759,25
b) andere Forderungen		20.695.478.116,90		20.419.717.987,34
			21.064.325.784,71	20.770.312.746,59
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN			25.669.571.644,27	23.475.321.677,25
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 5.353.665.229,24 (EUR 6.183.620.756,85) Kommunalkredite EUR 11.298.518.454,68 (EUR 8.572.752.987,61)				
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
a) Geldmarktpapiere				
a) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (EUR 99.896.370,00)		0,00		149.887.000,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 5.848.015.104,70 (EUR 4.975.618.124,08)	5.954.799.744,86			5.156.500.948,72
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 14.693.484.559,44 (EUR 14.552.325.711,89)	16.990.812.870,59			16.872.176.807,31
		22.945.612.615,45		22.028.677.756,03
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag EUR 73.050.000,00 (EUR 373.700.000,00)		73.442.097,76		376.340.162,28
			23.019.054.713,21	22.554.904.918,31
Übertrag			69.785.311.918,55	66.838.985.933,30

AKTIVSEITE	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Übertrag	69.785.311.918,55	66.838.985.933,30
5. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 1.986.360,52 (EUR 301.986.360,47)	211.740.120,37	572.798.395,71
6. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	19.309.201,92	21.309.201,82
7. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 53.869.892,53 (EUR 62.597.017,86)	53.914.588,89	62.668.402,97
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.282.744,16	10.184.454,53
9. SACHANLAGEN	105.981.183,25	108.115.608,25
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	1.963.902.510,16	1.784.073.625,62
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1.146.475.855,35	791.955.648,82
SUMME DER AKTIVA	73.294.918.122,65	70.190.091.271,02

JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2015

PASSIVSEITE	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
a) täglich fällig		5.659.507,64		6.363.902,81
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		23.057.126.272,64		21.106.229.651,38
			23.062.785.780,28	21.112.593.554,19
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	152.100.922,17			120.655.474,52
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.944.940.021,29			6.975.093.961,28
		8.097.040.943,46	8.097.040.943,46	7.095.749.435,80
3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN				
a) begebene Schuldverschreibungen			35.583.686.436,34	35.983.355.643,03
4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN			53.914.588,89	62.668.402,97
darunter: Treuhandkredite EUR 53.869.892,53 (EUR 62.597.017,86)				
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN			23.897.144,78	354.718.480,80
6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.924.394.108,11	1.034.322.604,54
7. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		231.869.397,00		200.006.151,79
b) andere Rückstellungen		191.357.289,10		168.063.244,25
			423.226.686,10	368.069.396,04
8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			374.137.287,12	394.010.623,55
Übertrag			69.543.082.975,08	66.405.488.140,92

PASSIVSEITE	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Übertrag		69.543.082.975,08	66.405.488.140,92
9. GENUSSRECHTSKAPITAL		356.529.800,00	539.925.800,00
10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKRISIKEN		630.000.000,00	530.000.000,00
11. EIGENKAPITAL			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	999.426.789,69		999.426.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) andere Gewinnrücklagen	1.465.000.000,00		1.415.000.000,00
d) Bilanzgewinn	50.878.557,88		50.250.540,41
		2.765.305.347,57	2.714.677.330,10
SUMME DER PASSIVA		73.294.918.122,65	70.190.091.271,02
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		5.138.636.750,51	5.485.405.440,29
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN			
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.886.925.669,03	2.319.685.131,44

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2015 BIS 31.12.2015

	2015 EUR	2015 EUR	2015 EUR	2014 EUR
1. ZINSERTRÄGE AUS				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.145.123.794,54			1.261.990.197,72
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	600.266.618,27			623.367.226,86
		1.745.390.412,81		1.885.357.424,58
2. ZINSAUFWENDUNGEN		1.513.983.031,34		1.624.861.199,12
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 103.727.727,67 (EUR 108.457.366,59)				
			231.407.381,47	260.496.225,46
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS				
a) Beteiligungen			30.298.638,49	6.584.622,93
4. PROVISIONSERTRÄGE			46.263.568,12	47.634.343,63
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN			3.843.440,44	5.279.197,90
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE			14.252.453,37	8.318.515,32
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	76.767.283,75			74.853.274,89
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 7.370.619,96 (EUR 5.502.923,96)	19.583.016,59			17.386.369,05
		96.350.300,34		92.239.643,94
b) andere Verwaltungsaufwendungen		63.878.431,62		56.081.629,09
			160.228.731,96	148.321.273,03
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN			10.907.726,69	17.307.004,34
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN			34.309.624,80	32.875.035,17
Übertrag			112.932.517,56	119.251.196,90

	2015 EUR	2014 EUR
Übertrag	112.932.517,56	119.251.196,90
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ EUR 100.000.000,00 (EUR 130.000.000,00)	64.392.567,88	93.434.823,40
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	6.953.810,25	24.434.197,52
12. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	55.493.759,93	50.250.571,02
13. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	4.681.511,87	878.163,52
14. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	184.230,59	184.230,64
15. JAHRESÜBERSCHUSS	50.628.017,47	49.188.176,86
16. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	250.540,41	1.062.363,55
	50.878.557,88	50.250.540,41
17. BILANZGEWINN	50.878.557,88	50.250.540,41

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2015

	01.01.–31.12.2015 TEUR	01.01.–31.12.2014 TEUR
Periodenergebnis	50.628	49.188
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	38.069	75.133
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	10.808	17.307
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen (ohne Wertpapiere)	7.755	1.799
Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	14.489	54.278
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Anlagewerten	-2	-49
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-7.560	-18.990
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-640.118	1.723
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	-290.121	-284.770
Veränderung der Forderungen an Kunden	-2.240.048	203.053
Veränderung der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-459.180	1.637.664
Veränderung anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-525.596	-1.454.581
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.950.192	-2.595.396
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.001.292	-612.249
Veränderung der verbrieften Verbindlichkeiten	-399.669	3.210.110
Veränderung anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	486.762	-639.576
Zinsüberschuss	-231.407	-260.496
Ertragsteueraufwand	4.682	878
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	2.615.223	2.015.147
Gezahlte Zinsen	-1.743.698	-1.756.374
Ertragsteuerzahlungen	-4.682	-878
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-362.181	-357.079
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	379.776	28.701
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-16.913	-92.861
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	858	49
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-4.966	-6.549
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	27
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2.661	-2.340
Cashflow aus Investitionstätigkeit	356.094	-72.973
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	48.576
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	48.576
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	38.447	419.923
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-362.181	-357.079
Cashflow aus Investitionstätigkeit	356.094	-72.973
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	48.576
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	32.360	38.447

EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2015

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	Erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklagen TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
Stand zum 31.12.2013	250.000	950.851	1.315.000	101.063	2.616.914
Zuführung zur Kapitalrücklage		48.576			48.576
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			100.000	-100.000	0
Jahresüberschuss 2014				49.188	49.188
Stand zum 31.12.2014	250.000	999.427	1.415.000	50.251	2.714.678
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			50.000	-50.000	0
Jahresüberschuss 2015				50.628	50.628
Stand zum 31.12.2015	250.000	999.427	1.465.000	50.879	2.765.306

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Der Jahresabschluss der L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde daher entsprechend § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Angaben nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG (länderspezifische Berichterstattung) finden sich in der Anlage zum Jahresabschluss. Die übrigen Angaben nach § 26a Abs. 1 KWG und die Angaben nach Art. 435 ff. CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012) sind in einem eigenständigen Offenlegungsbericht enthalten, der jährlich aktualisiert und zeitnah auf der Internetseite der L-Bank veröffentlicht wird.

GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256a i. V. m. 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 30.12.2015 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis eines Bewertungsüberhangs erfolgt in einem Ausgleichsposten in der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340a ff. HGB). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Wesentlichen unverändert zum Vorjahr.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in den Zinserträgen, negative Zinsen aus Geldaufnahmen in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderrufliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden soweit möglich Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung. Für latente Risiken wurde eine pauschalisiert ermittelte Vorsorge angesetzt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen werden mit 2 %, künftige Rentenanpassungen mit 1,6 % bzw. 2 % in die Berechnung einbezogen. Die Rückstellungen werden pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser beträgt 3,89 % (Vorjahr: 4,53 %).

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Aufwandsrückstellungen im Sinne des § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a.F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweck-

entsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen (inkl. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) in Höhe von 31 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Überprüfung des Bankbuchs im Sinne von IDW RS BFA 3 zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung erfolgt nach einem barwertorientierten Ansatz. Basis der Berechnung bilden die Buchwerte (Ansatz in der Bilanz), diskontierte Cashflows sowie die Risikokosten und die zukünftigen Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen.

Aus der Bewertung der Geschäfte ergab sich unverändert kein Rückstellungsbedarf.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSZUSAMMENHÄNGEN

Zur Absicherung bilanzieller Risiken werden derivative Sicherungsgeschäfte und Garantien hereingenommen. Derivative Geschäfte schließt die Bank zur Absicherung der Gesamtzinsrisikoposition oder einzelgeschäftsbezogen ab. Der Ergebnisbeitrag der Derivate wird grundsätzlich im Zinsergebnis gezeigt.

Soweit notwendig werden Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft als Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB zusammengefasst. Bei diesen Bewertungseinheiten stimmen die bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect Hedges). Die bilanzielle Abbildung erfolgt in diesem Fall nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen

(Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

In der unten stehenden Tabelle sind die Grundgeschäfte der Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB dargestellt. Die angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 30.12.2015 in EUR umgerechnet.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT				
	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko
Vermögensgegenstände	516.431	61.284	–	455.147
Schulden	620.370	329.469	290.901	–
gesamt	1.136.801	390.753	290.901	455.147

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
täglich fällig	368.848	350.595
bis drei Monate	1.189.789	1.477.620
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.939.216	3.767.708
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.622.132	6.851.025
mehr als fünf Jahre	9.944.341	8.323.365
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
bis drei Monate	806.838	757.455
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.940.115	1.969.461
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.733.451	5.730.626
mehr als fünf Jahre	16.189.168	15.017.780
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
im Folgejahr fällig	1.640.372	2.473.222
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
täglich fällig	5.659	6.364
bis drei Monate	1.214.102	1.457.428
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.662.598	1.041.062
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.633.436	6.190.497
mehr als fünf Jahre	13.546.991	12.417.243
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
täglich fällig	152.101	120.655
bis drei Monate	1.249.238	846.836
mehr als drei Monate bis ein Jahr	43.721	212.234
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	422.663	317.583
mehr als fünf Jahre	6.229.318	5.598.441
VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN		
im Folgejahr fällig	17.096.091	14.534.981

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	7.261.818
FORDERUNGEN AN KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	53.864	83.126
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	615.561	110.795
– nachrangige Forderungen	17.545	30.642
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.661.834	1.669.238
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	22.623.091	21.969.005
– nicht börsennotiert	410.963	605.900
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteiliger Zinsen) von 22.507.028 TEUR. Davon haben Wertpapiere mit einem Buchwert von 2.608.468 TEUR einen Marktwert von 2.546.157 TEUR. Auf eine Abschreibung wurde verzichtet, da aufgrund der dauerhaften Halteabsicht kurzfristige Marktschwankungen nicht berücksichtigt werden.		

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
BETEILIGUNGEN		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	231	68.866
TREUHANDVERMÖGEN		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
– Forderungen an Kreditinstitute	46.952	53.834
– Forderungen an Kunden	6.918	8.763
– sonstige Vermögensgegenstände	45	71
SACHANLAGEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	86.419	89.227
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.580	7.540
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
davon nachrangig	7.522	7.523
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	878.328	462.366
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	47.851	61.002
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	337.539
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN		
In dieser Position sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	426.168

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
TREUHANDVERBINDLICHKEITEN		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.327	3.514
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51.543	59.083
- sonstige Verbindlichkeiten	45	71
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	3.030	4.755
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	15.654	3.517
NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN UND GENUSSRECHTE		
- Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten	10.785	18.619
- Zinsaufwendungen für Genussrechte	21.749	26.003

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags aller nachrangigen Verbindlichkeiten.

Währung	Betrag in TEUR	Zinssatz %	Fälligkeit bis
EUR	78.860	0,00	01.09.2036
EUR	40.000	2,27	14.11.2023
JPY	75.953	2,14	24.08.2018
JPY	37.977	1,79	07.09.2016

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen der CRR zur Anrechnungsfähigkeit. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	1.855.519	1.333.286
– Forderungen aus Swaps	76.715	416.693
– Kunstgegenstände	14.682	14.653
– Partizipationsscheine	7.522	7.523
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab geleistete Einmalzahlungen aus Swaps	213.743	261.526
SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
– endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	12.164	342.743
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
– vorab erhaltene Einmalzahlungen aus Swaps	1.905.656	1.025.986
RÜCKSTELLUNGEN		
unter den anderen Rückstellungen:		
– Rückstellungen für zinsverbilligte Darlehen	82.943	71.462
EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:		
– Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	376.569	544.569
– Credit Default Swaps	3.752.787	3.959.046
Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme leitet sich aus dem Risiko- management der Bank ab. Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 96,9 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating. Die Credit Default Swaps verpflichten die L-Bank als Sicherungsgeber ausschließlich zu Ausgleichsleistungen für das Ausfallrisiko im Sinne von IDW RS BFA 1. Es ist beabsichtigt, die Credit Default Swaps bis zur Fälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten.		
ZINSERTRÄGE		
– negative Zinsen aus Geldanlagen	3.610	136
PROVISIONSERTRÄGE		
– Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	37.333	37.658
SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		
– Erträge im Zusammenhang mit Venture-Capital-Finanzierungen	5.118	–
– Erträge aus Vermietung	4.794	4.589

EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
ZINSAUFWENDUNGEN		
– negative Zinsen aus Geldaufnahmen	5.198	601
ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	383	375
– für andere Bestätigungsleistungen	30	–
SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	24.929	19.814
GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN		
– Vermögensgegenstände	4.531.326	3.957.378
– Schulden	25.679.878	25.271.078
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von	235	71

SICHERHEITSLAISTUNGEN

Für Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind Wertpapiere in Höhe von insgesamt 3.366 Mio. EUR (Vorjahr: 11.312 Mio. EUR) hinterlegt.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 2.629 Mio. EUR (Vorjahr: 2.618 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden.

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2015 einen Bilanzwert in Höhe von 17 Mio. EUR (Vorjahr: 17 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 und 3a HGB, die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV), die der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren.

In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Die derivativen Geschäfte gliedern sich wie folgt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte 31.12.2015	Nominal- werte 31.12.2014	Marktwerte positiv 31.12.2015	Marktwerte negativ 31.12.2015	Marktwerte positiv 31.12.2014	Marktwerte negativ 31.12.2014
in Mio. EUR						
ZINSRISIKEN						
Zinsswaps	76.206	73.372	2.919	-5.961	3.341	-6.205
Zinsrisiken – gesamt	76.206	73.372	2.919	-5.961	3.341	-6.205
WÄHRUNGSRISIKEN						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	9.331	9.230	179	-24	334	-6
– Währungs-, Zinswährungsswaps	18.566	17.963	2.309	-1.464	1.387	-1.293
Währungsrisiken – gesamt	27.897	27.193	2.488	-1.488	1.721	-1.299

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergeben sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von 1.856 Mio. EUR sind die Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktiver Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2015 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 3.042 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet, da in den aktiven und passiven Bilanzposten zinsinduzierte stille Reserven enthalten sind, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.

DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG	Nominal-	Nominal-	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte	Marktwerte
	werte	werte	positiv	negativ	positiv	negativ
in Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2014
– Banken in der OECD	89.739	87.822	4.804	–5.841	4.511	–6.128
– Öffentliche Stellen in der OECD	0	66	0	0	0	–3
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	14.364	12.677	603	–1.608	551	–1.373
Gesamt	104.103	100.565	5.407	–7.449	5.062	–7.504

DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungs-	Währungs-
	31.12.2015	31.12.2014	risiken	risiken
Nominalwerte in Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Restlaufzeiten bis drei Monate	1.352	1.825	10.531	6.667
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.844	8.333	4.827	5.676
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	31.596	29.944	7.979	10.120
mehr als fünf Jahre	37.414	33.270	4.560	4.730
Gesamt	76.206	73.372	27.897	27.193

Es bestehen keine Handelsgeschäfte.

BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 31.12.2015. Es werden Zinskurven, Wechselkurse, CFC-, Swaption- und FX-Volatilitäten einbezogen, die die Bank von externen Anbietern erhält. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z. T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)

ANGABEN ZUR STEUERPFlicht

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1. Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.641	183
2. Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.448	-5.070
3. BrandMaker GmbH, Karlsruhe	35,65	7.191	-5.790
4. CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	6.945	-1.291
5. DBAG Expansion Capital Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	21,77	10.216	189
6. Digital Commerce Network GmbH, Karlsruhe	42,33	-804	-172
7. GUTEX Holzfaserplattenwerk H. Henselmann GmbH & Co. KG, Waldshut-Tiengen	36,50	24.966	4.729
8. H. Henselmann Verwaltungsgesellschaft mbH, Waldshut-Tiengen	36,57	423	8
9. iQuest Holding GmbH, Frankfurt/Main	27,83	1.284	518
10. MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	56.429	4.419
11. Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	**	**
12. OnSee Holding GmbH, Bruchsal	47,71	***	***
13. ONVENTIS GmbH, Stuttgart	34,35	634	130
14. PT German Centre Indonesia II, Tangerang/Indonesia	98,42	343****	-146****
15. Rhitex-Bauplatten Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Waldshut-Tiengen	36,55	101	5
16. Selbca Holding GmbH, Berlin	36,55	2.915	-4.755
17. Staufen.AG Beratung Akademie Beteiligung, Köngen	25,10	5.568	4.244
18. StEP Stuttgarter Engineering Park GmbH, Stuttgart	100,00	4.082	-1.751

ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A ABS. 4 NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
19. Strohheker Holding GmbH, Pforzheim	49,50	1.245	-399
20. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	**	**
21. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	12.235	1.631
22. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	8.318	946
23. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	**	**

* Jeweils des letzten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt.

** Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

*** Wegen Neugründung liegt noch kein Abschluss vor.

**** Umrechnungskurs: 1 EUR = 15.081,3 IDR.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaffungs- kosten 01.01.2015 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen kumuliert TEUR	Abschreibungen kumuliert TEUR	Buchwert 31.12.2015 TEUR	Jahres- Abschreibungen 2015 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	22.168.106						22.507.028	-
Beteiligungen	835.645						211.740	-8.044
Anteile an verbun- denen Unternehmen	27.534						19.309	-
Immaterielle Anlagewerte	30.738	2.661	-161	-	-	-24.955	8.283	-4.563
Sachanlagen	224.734	4.966	-1.812	-	-	-121.907	105.981	-6.345
Sonstige Vermögensgegen- stände	14.675	29	-	-	-	-22	14.682	-
					Nettoveränderung nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -293.208			

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Vorstands für 2015 in TEUR	Feste Vergütung	Sonstige geldwerte Vorteile	Vergütungen von Dritten im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand	Gesamt
Dr. Axel Nawrath Vorsitzender	682	23	8	712
Dr. Ulrich Theileis Stv. Vorsitzender	488	19	6	513
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser ¹	220	-	3	223
Dr. Karl Eppele ²	226	9	5	240
Gesamt	1.615	51	21	1.688

1 Herr Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser schied mit Wirkung zum 31.05.2015 aus dem Vorstand aus.

2 Herr Dr. Karl Eppele schied mit Wirkung zum 30.06.2015 aus dem Vorstand aus.

Im Jahr 2015 erhielten die Mitglieder des Vorstands Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 14 TEUR. Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage der für die Beschäftigten der L-Bank geltenden Regelungen.

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS

Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats für 2015 in TEUR	Mitgliedschaft Verwaltungsrat	Mitgliedschaft Ausschüsse	Sitzungsgeld	Gesamt
Dr. Nils Schmid ¹ Vorsitzender	9,0	3,9	0,9	13,8
Alexander Bonde ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	0,6	12,0
Reinhold Gall ¹ Stv. Vorsitzender	7,5	3,9	1,1	12,5
Katrin Altpeter ¹	6,0	–	0,2	6,2
Leni Breymaier	6,0	–	0,3	6,3
Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach	6,0	3,9	1,4	11,3
Roger Kehle	6,0	–	0,6	6,6
Gabriele Kellermann	6,0	2,4	0,9	9,3
Dr. Peter Kulitz	6,0	–	0,5	6,5
Klaus-Peter Murawski ¹	6,0	–	0,2	6,2
Dr. Dieter Salomon	6,0	–	0,2	6,2
Claus Schmiedel	6,0	–	0,3	6,3
Edith Sitzmann	6,0	–	0,3	6,3
Franz Untersteller ¹	6,0	2,4	0,3	8,7
Joachim Wohlfeil	6,0	–	0,3	6,3
Clemens Meister	6,0	–	0,6	6,6
Tatjana Aster	6,0	–	0,6	6,6
Thomas Dörflinger	6,0	–	0,6	6,6
Gesamt	114,0	20,4	9,6	144,0

¹ Es besteht eine Pflicht zur Ablieferung an das Land Baden-Württemberg.

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

VERGÜTUNGEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
- Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	1.463	1.130
- Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	145	155
- für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	25.895	17.249

KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
- Vorstand	-	417

ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2015 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter*	493	672	1.165
davon: Vollzeitbeschäftigte	469	399	868
davon: Teilzeitbeschäftigte	24	273	297
* ohne Auszubildende und Praktikanten.			

MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

DR. ULRICH THEILEIS, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz

Mitglied des Aufsichtsrats

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –, Dresden

Mitglied des Verwaltungsrats

ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2015		
<p>Dr. Axel Nawrath Vorsitzender</p>	<p>Ordentliche Mitglieder</p>		<p>Beratende Mitglieder</p>
<p>Dr. Ulrich Theileis Stv. Vorsitzender seit 01.06.2015</p>			
<p>Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser Stv. Vorsitzender bis 31.05.2015</p>	<p>Dr. Nils Schmid MdL Finanz- und Wirtschaftsminister - Vorsitzender -</p>	<p>Roger Kehle Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e. V.</p>	<p>Clemens Meister Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
<p>Dr. Karl Eppele bis 30.06.2015</p>	<p>Alexander Bonde Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz - Stv. Vorsitzender -</p>	<p>Gabriele Kellermann Mitglied des Vorstands der BBBank eG</p>	<p>Joachim Wohlfeil Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe</p>
	<p>Reinhold Gall MdL Innenminister - Stv. Vorsitzender -</p>	<p>Dr. Peter Kulitz Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm</p>	<p>Tatjana Aster Vorsitzende des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
	<p>Katrin Altpeter MdL Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>	<p>Klaus-Peter Murawski Staatssekretär im Staatsministerium</p>	<p>Thomas Dörflinger Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart</p>
	<p>Leni Breymaier Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg</p>	<p>Dr. Dieter Salomon Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg e. V.</p>	
	<p>Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach Geschäftsführer der Doertenbach & Co. GmbH</p>	<p>Claus Schmiedel MdL Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion</p>	
		<p>Edith Sitzmann MdL Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>	

Stellvertretende Mitglieder

<p>Dipl.-Kfm. Helmut Althammer Geschäftsführer der Althammer GmbH & Co. KG</p>
<p>Catharina Clay Landesbezirksleiterin IG BCE Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Roman Glaser Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V.</p>
<p>Wilhelm Freiherr von Haller Co-Leiter Privat- und Firmenkunden Deutsche Bank AG bis 30.06.2015</p>
<p>Klaus Maier MdL seit 17.03.2015</p>
<p>Peter Hofelich MdL bis 28.02.2015</p>
<p>Jürgen Lämmle Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>
<p>Andrea Lindlohr MdL Stv. Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>

<p>Helmfried Meinel Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>
<p>Rainer Reichhold Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart</p>
<p>Wolfgang Reimer Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>
<p>Rolf Schumacher Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft seit 01.02.2015</p>
<p>Ingo Rust MdL Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft bis 31.01.2015</p>
<p>Dr. Florian Stegmann Ministerialrat Leiter der Abteilung I im Staatsministerium</p>
<p>Joachim Walter Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg</p>
<p>Dr. Herbert O. Zinell Ministerialdirektor im Innenministerium</p>

Weitere stellvertretende Mitglieder

<p>Matthias Broß Regierungsrat Referent im Referat Haushalts- und Steuerpolitik, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium</p>
<p>Joachim Hauck Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>
<p>Volker Jochimsen Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium</p>

<p>Johann-Christoph Kleinschmidt Ministerialrat Leiter der Zentralstelle im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>
<p>Walter Leibold Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>
<p>Jutta Lück Ministerialdirigentin Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>

VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 50.878.557,88 EUR den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 878.557,88 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 9. März 2016

L-Bank

Dr. Axel Nawrath Dr. Ulrich Theileis

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

LÄNDERSPEZIFISCHE BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –) ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union durchzuführen.

Die L-Bank hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Es bestehen keine Niederlassungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Sämtliche im Jahresabschluss dargestellten Angaben im Sinne von § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG beziehen sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland.

Der Umsatz der L-Bank stellte sich für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

	2015 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	262	267
Provisionsüberschuss	42	43
sonstige betriebliche Erträge	14	8
Umsatz	318	318

Im Jahresdurchschnitt 2015 beschäftigte die L-Bank 1.071 (Vorjahr: 1.057) Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten. Der Gewinn vor Steuern betrug im Geschäftsjahr 2015 55 Mio. EUR (Vorjahr: 50 Mio. EUR).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 5 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Diese betrafen ausschließlich nicht erstattungsfähige Kapitalertragsteuern zuzüglich Solidaritätszuschlag. Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG ist die L-Bank von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

Weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr hat die L-Bank öffentliche Beihilfen erhalten.

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2015

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 9. März 2016

Dr. Axel Nawrath Dr. Ulrich Theileis

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in

Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 11. März 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ralf Steffan
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
L-Bank

Schlossplatz Tel. 0721 150-0
76113 Karlsruhe Fax 0721 150-1001

Börsenplatz 1 Tel. 0711 122-0
70174 Stuttgart Fax 0711 122-2112

www.l-bank.de



Druck: Dr. Cantz'sche Druckerei Medien GmbH

